

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

25. Sitzung
19. August 2013

Beginn: 12.07 Uhr
Schluss: 19.00 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/1100
**Gesetz über die Feststellung des
Haushaltsplans von Berlin für die
Haushaltsjahre 2014 und 2015
(Haushaltsgesetz 2014/2015 – HG 14/15)**

[0131](#)
GesSoz
Haupt

Hier: Einzelplan 11

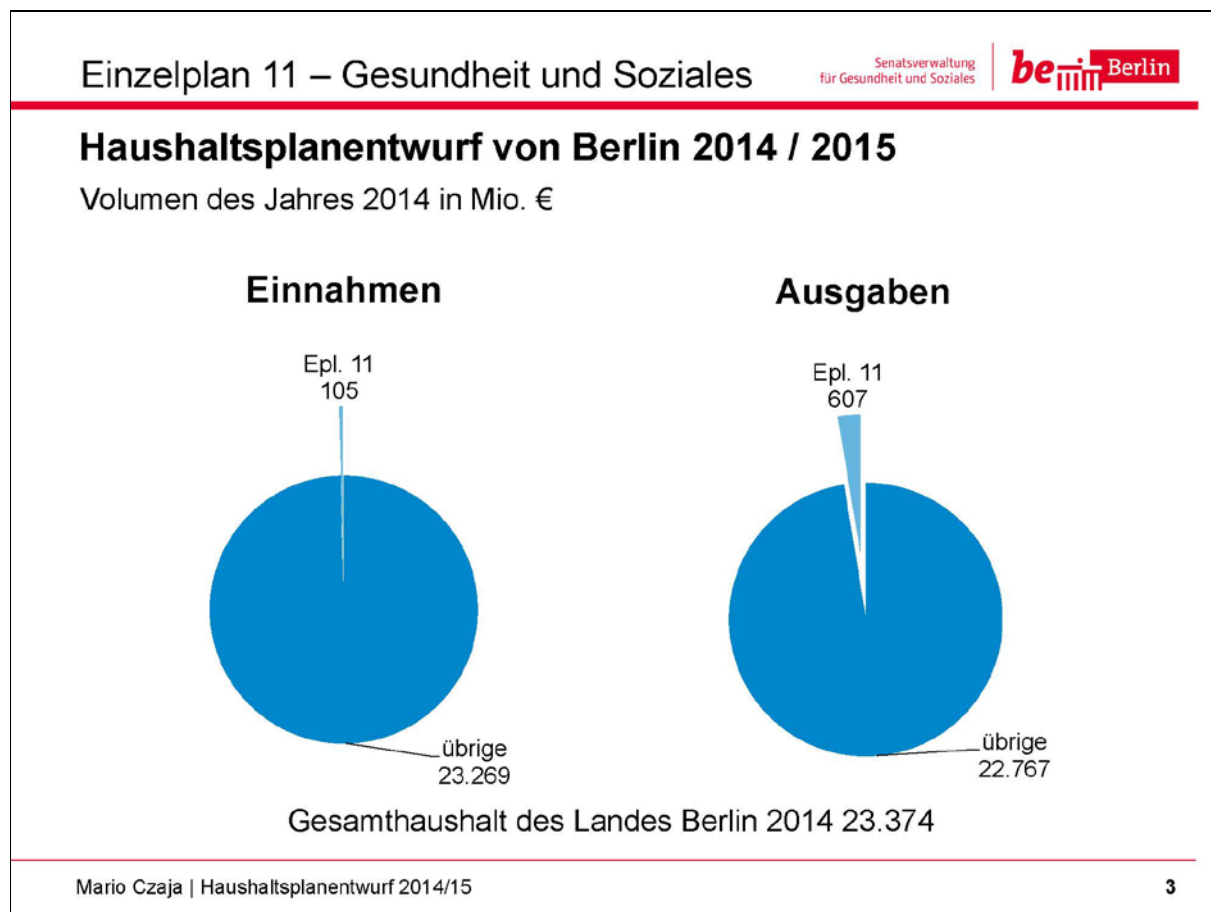
Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass Senator Czaja zunächst eine Einführung in den Haushalt geben werde. Die Fraktionen hätten sich darauf verständigt, die Generalausprache zu Beginn der zweiten Lesung durchzuführen. Beratungsgrundlage für die heutige Sitzung sei die vom Ausschussbüro erstellte Synopse, in der alle Fragen der Fraktionen aufgeführt seien.

Weiteres Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

* Die in der gedruckten Fassung des Protokolls schwarz-weiß sichtbaren Abbildungen sind in der PDF-Datei in der Dokumentation des Abgeordnetenhauses in den Originalfarben dargestellt.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist auf den Internetauftritt der Senatsfinanzverwaltung, aus dem deutlich werde, dass der Bereich Soziales rund 3,4 Mrd. Euro umfasse. Diese Summe beziehe sich auf die gesamten Sozialausgaben, die ministeriell von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Verwaltung im Rahmen von Ausführungsvorschriften, Rechtsverordnungen oder der Umsetzung von Bundesgesetzen begleitet würden.

In Berlin würden allein 1,4 Mrd. Euro für die Kosten der Unterkunft – KdU – verausgabt. Damit sei der Sozialetat der zweitgrößte Ausgabeposten nach dem Bildungsressort.

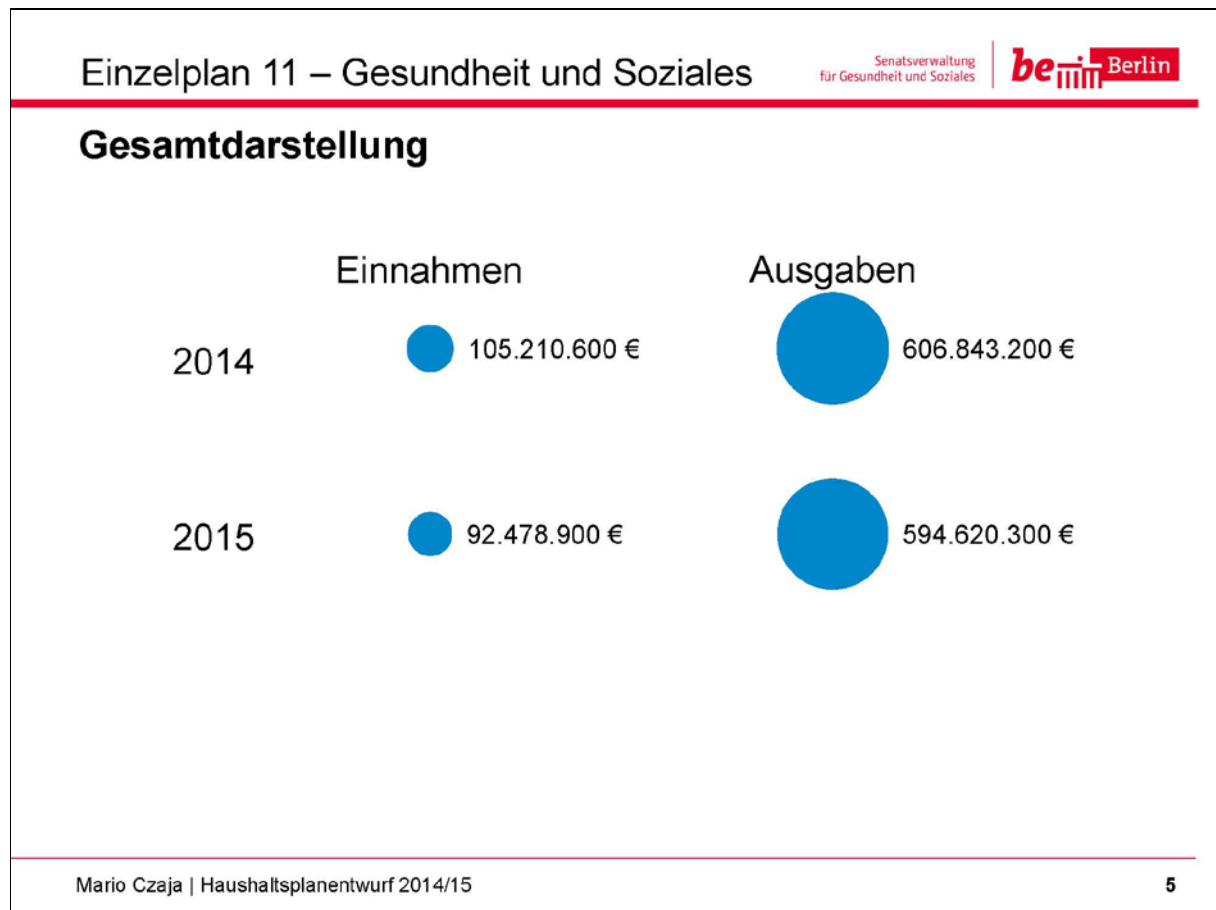


Der Haushaltsplan für die Jahre 2014/2015 beinhalte Einnahmen in Höhe von 105 Mio. Euro. Dabei gehe ein großer Teil auf eine Einnahme aus der Deutschen Klassenlotterie zurück, die für Maßnahmen gegen Glücksspielsucht ausgereicht werde. Ein weiterer großer Block seien die Investitionskostenzuschläge aus dem Gesundheitsstrukturgesetz zur Finanzierung der Krankenhäuser in den neuen Bundesländern. Im Bereich Soziales seien es der Anteil des Bundes an den Entschädigungsleistungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, die Ausgleichsabgaben nach SGB IX sowie der Anteil des Bundes an den Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge.

Die größten Ausgabeblocks entfielen auf die Krankenhausfinanzierung, den Maßregelvollzug mit 51,8 Mio. Euro, die Drogen- und Suchthilfe, sowie das Integrierte Gesundheitsprogramm und das Integrierte Sozialprogramm. Im Sozialbereich entfielen allein 140 Mio. Euro auf den Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen der Sonder- und Zusatzversorgungssys-

teme der früheren DDR. Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten sowie Ausgaben für Asylbewerber seien weitere große Ausgabeblöcke.

Die Vorgaben der Finanzverwaltung sowie die Koalitionsvereinbarung sähen als oberstes Ziel die Haushaltskonsolidierung an. Deshalb solle der jährliche Ausgabenzuwachs nicht mehr als 0,3 Prozent betragen. Die Fortschreibung der Verwaltungsausgaben solle auf dem Niveau von 2013 erfolgen, die Investitionsausgaben seien auf 1,4 Mrd. Euro begrenzt.



Die Einnahmen sanken. Dies hänge insbesondere mit den Operationellen Programmen der EU zusammen; die Rate für das Land Berlin werde sich verringern. Der Senat habe bislang noch keine Entscheidung getroffen, wie die Schwerpunkte bei der Umsetzung von ESF und EFRE aussehen sollten. Deshalb könne er heute alle Fragen zu diesem Themenkomplex nicht beantworten.

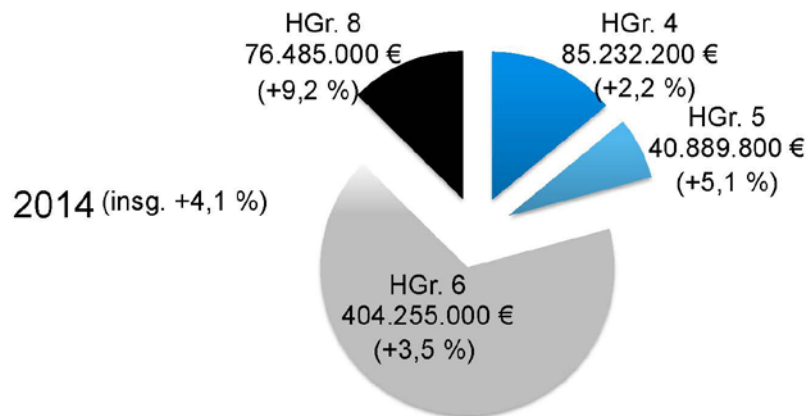
Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

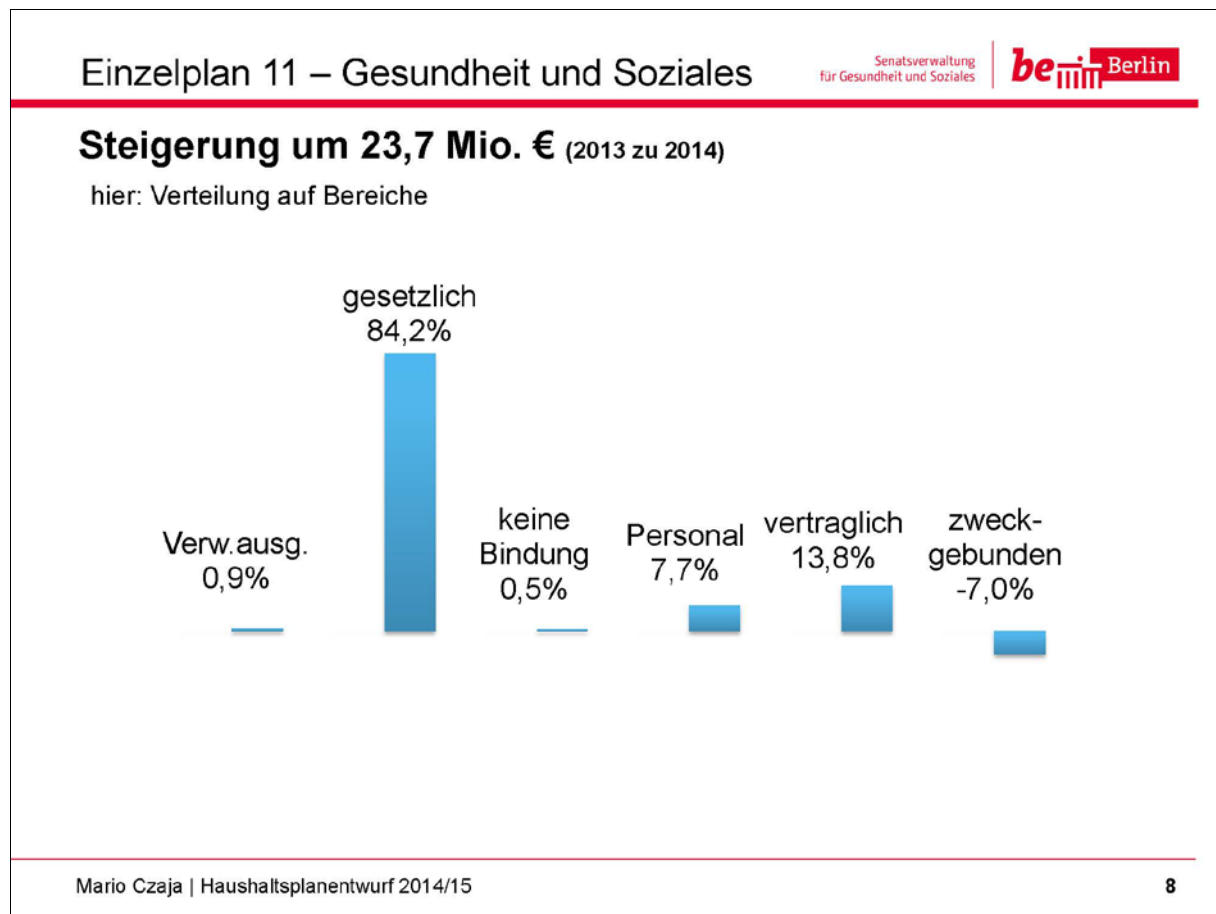


Ausgaben nach Hauptgruppen

(proz. Veränderung ggü. 2013)



Bei den Ausgaben entfielen mit Abstand die meisten auf die Hauptgruppe 6.



Im Haushalt seien lediglich geringe Spielräume für politische Schwerpunktsetzungen enthalten. Lediglich 0,5 Prozent des Haushalts seien ungebunden. Es bestünden vertragliche Bindungen durch IGP und ISP sowie den Stadtteilzentrenvertrag. Darüber hinaus bestehe die Pflicht, mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH – BIM – einen Vertrag abzuschließen. Daneben bestünden gesetzliche Verpflichtungen, die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der früheren DDR mit 139 Mio. Euro zu unterstützen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit 43 Mio. Euro, Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht mit 25 Mio. Euro sowie für Entschädigungen von Opfern von Gewalttaten 20 Mio. Euro aufzubringen. Ebenfalls zweckgebunden seien Ausgaben für Maßnahmen gegen Glücksspielsucht sowie für Maßnahmen aus den EU-Förderprogrammen. Der wesentliche Teil der Ausgabe-Steigerungen basiere deshalb auf gesetzlichen oder vertraglichen Vorgaben.

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales			Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales	be  Berlin
Aufwuchs ggü. 2013				
Zentrale Stelle Kinderschutz, Schwangerschaftskonfliktberatung	+365.500 €	+365.000 €		
Notfallfonds nicht krankenversicherter Migranten	+300.000 €	+300.000 €		
Forensisch-Therapeutische Ambulanz	+396.000 €	+377.000 €		
Asylbewerber	+10.000.000 €	+10.000.000 €		

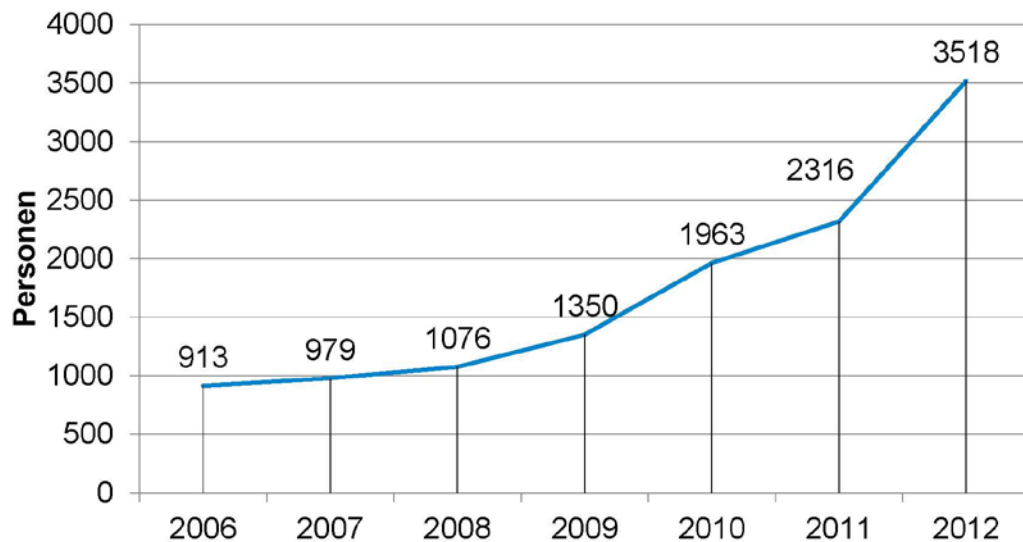
Die finanziellen Aufwüchse verteilten sich innerhalb seines Ressorts wie folgt: Die Zentrale Stelle für Kinderschutz und die Tarifierungen für die Schwangerenkonfliktberatung schlugen mit 365 500 Euro im Jahr 2014 und 365 000 Euro im Jahr 2015 zu Buche. Dies beinhaltet die Ausgaben für das Einlade- und Rückmeldewesen, das gemeinsam mit SenBild JugWiss finanziert werde. Der Notfallfonds für nicht krankenversicherte Migranten werde mit je 300 000 Euro versehen. Diese Maßnahme sei Bestandteil des Aktionsprogramms Roma, das gemeinsam mit SenArbIntFrau finanziert werde. Die Forensisch-Therapeutische Ambulanz sei bislang ausschließlich aus dem Einzelplan 06 finanziert worden. Mit der Justizverwaltung sei aber vereinbart worden, diese Finanzierung gemeinsam vorzunehmen, wofür 396 000 Euro im Jahr 2014 sowie 377 000 Euro im Jahr 2015 bereitgestellt würden.

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales



Zugänge von Asylbegehrenden in Berlin



Mario Czaja | Haushaltsplanentwurf 2014/15

10

Für die Unterbringung von Asylbewerbern würden im Haushalt 10 Mio. Euro mehr veranschlagt, weil die Zahl der Asylbewerber kontinuierlich steige. Im Jahr 2012 habe es rund 3 500 Asylbewerber gegeben, für das Jahr 2013 werde von ungefähr 5 000 ausgegangen. Er merke an, dass heute mit der Belegung der Einrichtung in Hellersdorf begonnen werde, weil am Freitag die Baugenehmigung erteilt worden sei.

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales



Aufwuchs ggü. 2013

Zentrale Stelle Kinderschutz, Schwangerschaftskonfliktberatung	+365.500 €	+365.000 €
Notfallfonds nicht krankenversicherter Migranten	+300.000 €	+300.000 €
Forensisch-Therapeutische Ambulanz	+396.000 €	+377.000 €
Asylbewerber	+10.000.000 €	+10.000.000 €
Zuschuss KMV	+3.800.000 €	+3.800.000 €
Zuschuss Klinisches Krebsregister (KKR)	+260.000 €	+760.000 €
Tarifanpassung Zuwendungsempfänger	+550.000 €	+750.000 €
BIM-Nutzungsvereinbarung	+1.000.000 €	+1.000.000 €
Summe	+16.121.500 €	+16.602.000 €
Aufwuchs zu Ansatz 2013 in %	2,8%	2,8%
Zuschüsse für Investitionen nach dem LKG	+11.200.00 €	+18.051.000 €

Auch der Zuschuss für das Krankenhaus des Maßregelvollzugs – KMV – erhöhe sich aufgrund steigender Fallzahlen auf 3,8 Mio. Euro. Die Höhe der Zuschüsse habe sich an dem Ist des Jahres 2013 ausgerichtet, wobei es weiter generelles Ziel sei, die ambulante Forensik zu stärken. Im Jahr 2010 habe die durchschnittliche Patientenzahl bei 651 gelegen, im Jahr 2012 habe sie bei 694. Die Kosten pro Patient lägen in etwa bei 75 000 Euro, wobei er darauf hinweise dass es sich nicht um Fixkosten, sondern um einen Durchschnittswert handele. Über die Anzahl der Patienten könne im Übrigen nicht die Senatsverwaltung entscheiden, vielmehr gehe diese auf richterliche Anordnungen zurück.

Das Klinische Krebsregister solle einen Zuschuss in Höhe von 260 000 Euro im Jahr 2014 sowie 760 000 Euro im Jahr 2015 erhalten. Weiterhin sei eine Tarifanpassung für die Zuwendungsempfänger im Haushalt enthalten. Im Jahr 2014 werde der Personalkostenanteil um 2,2 Prozent sowie um 3 Prozent im Jahr 2015 erhöht, was 550 000 Euro und 750 000 Euro entspreche. Schließlich müssten für den Flächenzuwachs aufgrund des Ressortneuzuschnitts sowie für Vorgaben der BIM 1 Mio. Euro mehr ausgegeben werden. Darin seien auch die Ausgaben für die Absicherung des Krisenstabes sowie ein Notstromaggregat enthalten. Damit summiere sich der Mehraufwand im Jahr 2014 auf 16,121 Mio. Euro sowie auf 16,602 Mio. Euro im Jahr 2015 und läge bei 2,8 Prozent.

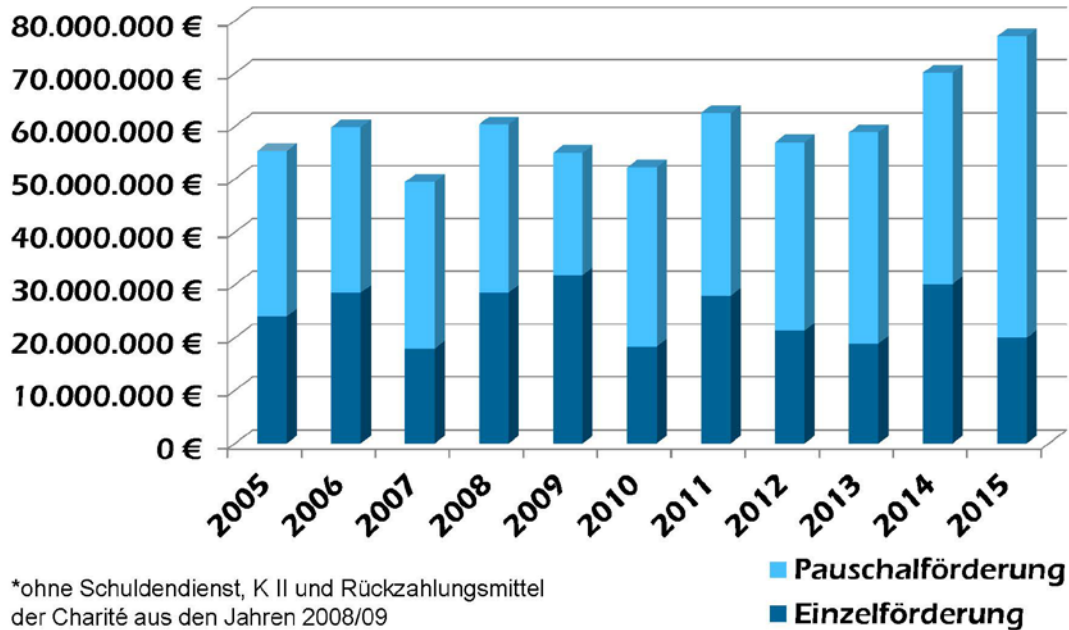
Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales



Krankenhausförderung I

2005-2015 Netto-Fördersumme*



Mario Czaja | Haushaltsplanentwurf 2014/15

12

Neben den Pflichtaufgaben spiegeln sich auch politische Schwerpunktsetzungen wider. Dazu gehöre ein Aufwuchs in der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2014 um 11,2 Mio. Euro sowie im Jahr 2015 um 18 Mio. Euro. Damit steige die Krankenhausfinanzierung erstmalig wieder.

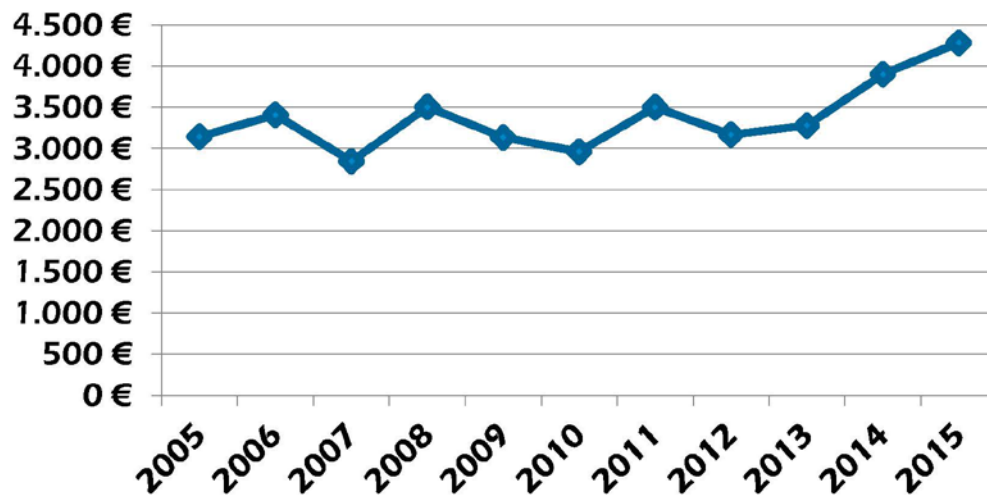
Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales



Krankenhausförderung II

2005-2015 Investitionsmittel pro Bett*



*ordnungsbehördlich genehmigte Betten in Berliner Plankrankenhäusern (ohne Charité und Bundeswehr-Krankenhaus) zum Stichtag 31.12. des Jahres ohne K II, ohne Rückzahlungsmittel der Charité aus den Jahren 2008/09 und ohne Schuldendienst

Mario Czaja | Haushaltsplanentwurf 2014/15

13

Für die Jahre 2016 und 2017 seien Verpflichtungsermächtigungen eingestellt worden. Darüber hinaus sei das Darlehensprogramm 2015 für die Investitionen vollständig gesichert. Die Krankenhausförderung je Bett sei gestiegen, weil die Krankenhausfinanzierung insgesamt in den vergangenen Jahren stagniert habe.

Einzelplan 11 – Gesundheit und Soziales

Senatsverwaltung
für Gesundheit und Soziales

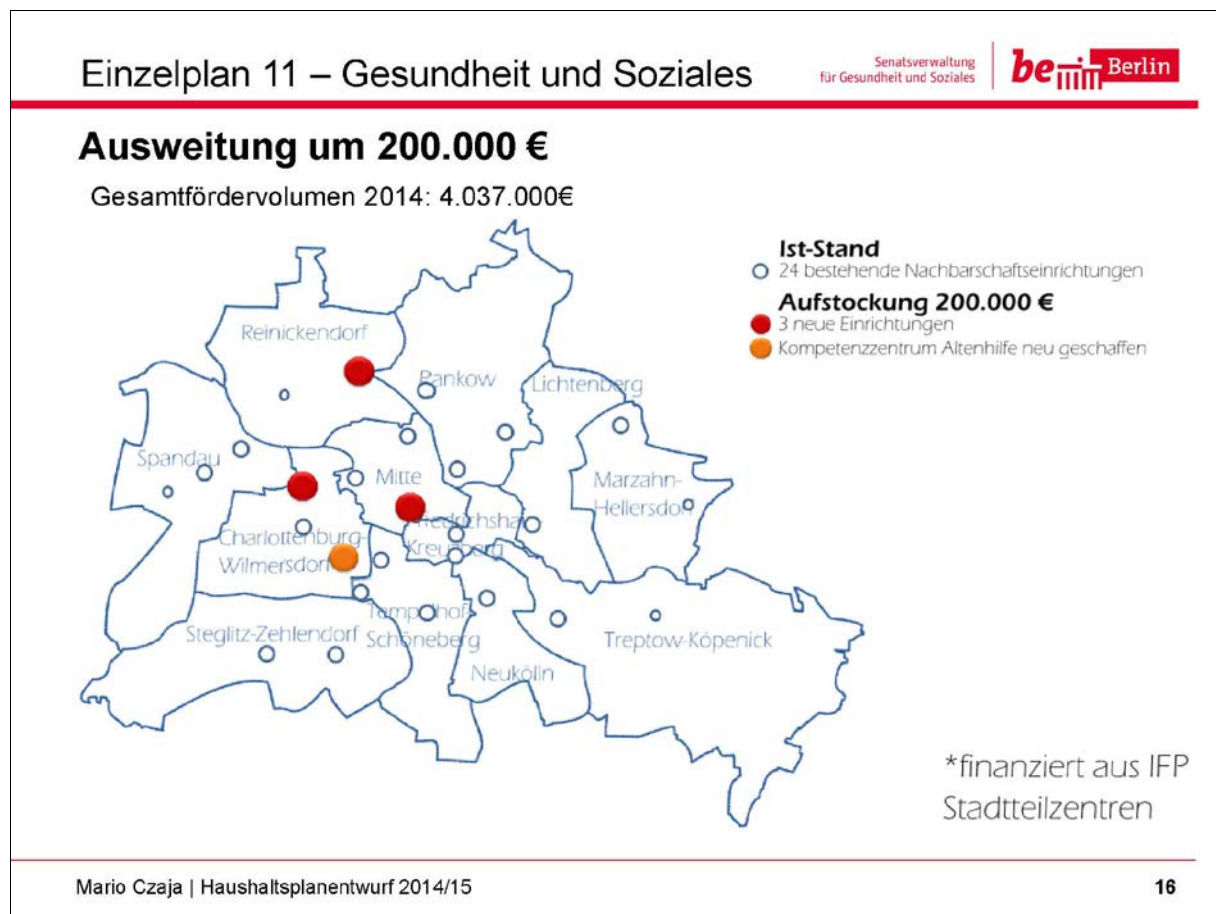


Bestehende Nachbarschaftszentren*

Gesamtfördervolumen 2013: 3.771.000 €



Schließlich seien die Zuschüsse für Stadtteilzentren im Haushalt gesichert worden. Allerdings nicht in der Höhe, die es ermöglichte, in jedem Stadtteil ein Stadtteilzentrum zu errichten, weil dies zusätzliche Kosten in Höhe von 2,4 Mio. Euro zur Folge hätte.



Es seien 200 000 Euro für diesen Zweck eingestellt worden, sodass drei neue Einrichtungen – Reinickendorf-Ost, Charlottenburg-Nord, Fischerinsel – inklusive der Ausfinanzierung des Kompetenzzentrums für Altenhilfe geschaffen werden könnten. Die Finanzierung der bestehenden Stadtteilzentren sei im Stadtteilzentrenvertrag abgesichert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass auf Vorschlag von **Heiko Thomas** (GRÜNE) alle in der Synopse enthaltenen Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Frage Nr. 1, Bündnis 90/Die Grünen

Organigramm mit Stellenangabe sowie Namen der MA in Führungsposition (bitte für den ganzen Bereich EP 11)

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erinnert daran, dass der UA „Personalwirtschaft“ die Organigramme bereits am 16. April angefordert habe, weshalb diese bereits zur Verfügung stehen müssten.

Heiko Thomas (GRÜNE) beharrt darauf, die Organigramme sollten vorgelegt werden, weil es zwischenzeitlich einen Wechsel bei den Staatssekretären gegeben habe.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, die Organigramme würden per E-Mail übermittelt werden.

Zu dem gesamten Komplex EU-Förderung weise er darauf hin, dass die damit zusammenhängenden Fragen nicht beantwortet werden könnten, weil der Senat seine Debatte über die EU-Mittel noch nicht beendet habe.

Heiko Thomas (GRÜNE) äußert, er habe Verständnis für diese Problematik, stelle aber gleichzeitig fest, dass in anderen Senatsverwaltungen anders mit dem Thema umgegangen werde. Im Einzelplan 11 seien einfach komplette Titel gestrichen worden, wohingegen in anderen Einzelplänen die Titel durchaus auftauchten und zum Teil auch mit Ansätzen versehen seien. Er wolle zumindest wissen, in welchem Zeitraum eine Entscheidung falle und mit welcher Systematik sich die EU-Mittel widerspiegeln sollten. Es müsste zumindest eine Prognose möglich sein.

Martin Beck (GRÜNE) bemängelt, wenn die EU-Mittel nicht etatisiert würden, könnten bestimmte politische Debatten gar nicht geführt werden, weil einzelne Themenfelder sehr stark auf diese Mittel angewiesen seien. So sei der gesamte Bereich bürgerschaftliches Engagement bislang noch gar nicht zur Finanzierung vorgesehen. Gerade die kofinanzierten Projekte seien aus seiner Sicht besonders wichtig, weil es sich oftmals um Präventionsprojekte handele.

Rainer Toszek (SenGesSoz) erklärt, mit dem Aufstellungsroundschreiben sei es der Senatsverwaltung verboten worden, für die neue Förderperiode Titel und Mittel zu veranschlagen. Vielmehr sei diesbezüglich auf die Haushaltswirtschaft verwiesen worden. Deshalb seien im Haushaltsplanentwurf nur Titel ausgewiesen, die der Abwicklung der alten Förderperiode dienten. Auch in allen anderen Einzelplänen könne es keine Veranschlagungen für die neue Förderperiode geben.

Heiko Thomas (GRÜNE) wünscht eine Auskunft seitens der Finanzverwaltung.

Martina Schnellrath (SenFin) bestätigt, dass im Aufstellungsroundschreiben Vorgaben für den Umgang mit den EU-Mitteln gemacht worden seien. Mittel der neuen Förderperiode dürften derzeit in den Einzelplänen nicht dargestellt werden. Der Senat habe seine Diskussion über die neuen Operationellen Programme sowohl für ESF als auch EFRE noch nicht abgeschlossen. Erst wenn der Senat beschlossen habe, wie die auf das Land Berlin entfallenden Mittel auf die Einzelpläne verteilt werden sollten, könne eine Zuordnung erfolgen. Die im Haushalt ausgewiesenen Titel enthielten Mittel aus der alten Förderperiode. Die Fachverwaltungen hätten die Möglichkeit, nach der sogenannten n-plus-zwei-Regelung nicht verbrauchte Mittel auch noch in den Jahren 2014 und 2015 zu veranschlagen. Sie sei nicht befugt, zu weitergehenden Fragen Auskunft zu geben. Sie rate, das Thema im Hauptausschuss zu erörtern.

Elke Breitenbach (LINKE) wirft die Frage auf, bis wann der Senat entscheiden wolle.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bedauert, er könne die Frage nicht beantworten, weil die Federführung in der Wirtschaftsverwaltung liege.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, welche Vorhaben künftig gefördert werden sollten, vorausgesetzt, die Senatsverwaltung erhalte Geld. Könne eine Liste mit Themen erstellt werden – ohne dabei Summen zu nennen –, die auch künftig gefördert werden sollten?

Ülker Radziwill (SPD) vertritt die Auffassung, die Diskussion drehe sich im Kreis. Solange unklar sei, wie viel Geld zur Verfügung stehe, handele es sich um reines Spekulieren. Sie bitte deshalb darum, diese Debatte zu beenden.

Elke Breitenbach (LINKE) schlägt vor, der Senat solle zu dieser Thematik schriftlich berichten, wobei dieser Bericht womöglich nur in der Aussage bestehe, es könne nichts berichtet werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt den Bericht zu.

Frage Nr. 2, Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Angabe des Stellenplans von SenGesSoz unter Angabe des Altersschnitts, Nachbesetzungsbedarf in den nächsten zwei Jahren und zu treffenden Maßnahmen

Mario Czaja (CDU) erinnert daran, dass der Stellenplan Bestandteil des Haushaltsplanentwurfs sei. Zum Altersdurchschnitt lege die Statistikstelle Personal jährlich einen Bericht zur Personalstruktur des Landes vor, der Informationen zu diesem Thema enthalte. Der letzte Bericht sei dem Hauptausschuss mit der roten Nr. 0138 B zugegangen. Damit sei aus seiner Sicht der Berichtswunsch bereits erfüllt.

Martin Beck (GRÜNE) fragt, ob dieser Bericht auch Informationen über den Stand des Frauenförderplans beinhalte.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verneint dies. Er weise darauf hin, dass diese Frage nicht zuvor an die Verwaltung gestellt worden sei. Sollte die Frage schriftlich nachgereicht werden, werde sie auch mittels eines Berichts beantwortet werden. Der Stellenplan liege vor.

Frage Nr. 3, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bericht über Personalbedarfsplanung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales:

- Altersdurchschnitt in den einzelnen Bereichen
- Nachbesetzungsbedarf in den kommenden zwei Jahren
- erforderliche Maßnahmen

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, auch diese Fragen seien im Rahmen des Berichts rote Nr. 0138 B beantwortet.

Heiko Thomas (GRÜNE) hält fest, mit dieser Antwort sei die SPD-Fraktion verschaukelt worden. Damit sei der Beschluss der SPD-Fraktion, dass bis zu den Haushaltsberatungen ein Personalconcept vorliegen und bis zum Ende des Jahres verabschiedet werden solle, hinfällig.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt richtig, dass hier niemand verschaukelt worden sei, denn das Personalbedarfsconcept werde im UA „Personalwirtschaft“ diskutiert und werde federführend von SenInnSport vorgelegt.

Ülker Radziwill (SPD) betont, die SPD-Fraktion fühle sich nicht verschaukelt. Die Frage sei aus ihrer Sicht vorläufig beantwortet, alles Weitere müsse abgewartet werden.

Frage Nr. 4, Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um den aktuellen Geschäftsverteilungsplan im Bereich SenGesSoz, dem Krebsregister, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, dem Maßregelvollzug sowie dem Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, es bestünden keine datenschutzrechtlichen Bedenken, den Berichtswunsch zu erfüllen, sofern keine personenbezogenen Daten in den Unterlagen enthalten seien. Allerdings beziehe sich dies nicht auf das Krankenhaus des Maßregelvollzugs – KMV –, weil es sich dabei nicht um eine nachgeordnete Einrichtung im eigentlichen Sinn handle. Aufgrund der Organisationsabläufe in dem Haus und des Umstandes, dass die Gerichte dem Maßregelvollzug Vorgaben machten, halte er es nicht für sinnvoll, den Geschäftsverteilungsplan des KMV zu veröffentlichen. Die Personalausgaben spiegelten sich im Wirtschaftsplan und nicht im Haushaltsplan wider. Vorsorglich weise er darauf hin, dass es sich bei dem Material um 20 Aktenordner handle.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht.

Frage Nr. 5, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Einnahmen wurden gegenüber dem IST 2013 gesenkt und warum?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, es gebe kein Ist 2013, weil das Jahr noch nicht abgeschlossen sei. Die Frage sei deshalb nicht zu beantworten.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, er werde die Frage modifizieren und nachreichen. Er bitte um das Ist 2012 sowie den aktuellen Stand des Jahres 2013.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, eine entsprechende – allerdings umfangreiche – Liste werde dem Ausschuss zugehen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, der Ausschuss werde einen Bericht erhalten.

Frage Nr. 6, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Titelveränderungen wurden vorgenommen (bitte mit Summen) und Begründung der Veränderung

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) legt dar, der Haushaltsplan enthalte eine Fülle von Titelveränderungen, die bei den jeweiligen Erläuterungen und in den Haushaltsbemerkungen ausgewiesen seien. Wenn er dies nochmals erläutern solle, müsste er erneut den Haushalt überreichen. In der Sache gingen die Veränderungen auf das Haushaltsaufstellungsroundschreiben

der Finanzverwaltung sowie einige organisatorische Umstrukturierungen innerhalb seines Hauses zurück.

Frage Nr. 7, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung aller EU-Titel (Einnahmen und Ausgaben). In welchen Titeln sollen EU-Mittel der neuen Förderperiode ausgewiesen werden?

Welche ESF- und EFRE-Mittel der neuen Förderperiode werden voraussichtlich in den Haushaltsjahren 2014/2015 wo veranschlagt und für welche Projekte sind sie vorgesehen?

Wie werden bisher durch EU-Mittel finanzierte Projekte zukünftig nach Ablauf der Förderperiode 2007-2013 finanziert? Fallen sie der Diskontinuität der EU-Förderperiode anheim?

Frage Nr. 7, Linksfraktion:

In welcher Höhe wurden bisher Fördermittel (Förderperiode 2007 – 2013) eingesetzt?

Mit welchen Maßnahmen will der Senat die wegfallenden EFRE - Mittel kompensieren?

Werden Angebote/Projekte wegfallen- wenn ja, welche?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers erinnert daran, die Debatte zu dieser Frage sei bereits zu Beginn der Sitzung geführt worden. Senator Czaja habe einen Bericht zu dem Themenkomplex zugesagt.

Frage Nr. 8, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2014, 2015 und Ist-Vergleich 2012, 2013 rund um die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, die Geschäftsstelle des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen sei in die Infrastruktur des Standortes Oranienstraße 106 eingebunden. Für die allgemeine Verwaltung der Geschäftsstelle fielen Ausgaben an, deren Zuordnung und Darstellung mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden wäre. In Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Politisch-Administrativer Bereich und Service – sei in Titel 412 10 – Aufwendungen für Beiräte – ein Ansatz von 1 800 Euro vorgesehen. Weitere Mittel seien in Titel 422 01 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen – enthalten. Ab dem Jahr 2014 sei hier ein höherer Teilansatz ausgewiesen, weil zur Unterbringung einer Überhangkraft eine Stelle für Tarifbeschäftigte in eine Beamtenstelle umgewandelt worden sei. In Titel 427 01 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – sei ein Ansatz von 4 000 Euro ausgewiesen, sowie 75 000 Euro im Jahr

2014 und 76 890 Euro im Jahr 2015 in Titel 428 01 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –. Schließlich sei in Titel 540 10 – Dienstleistungen – ein Teilansatz in Höhe von 1 430,21 Euro für die barrierefreie Teilnahme an Veranstaltungen sowie die Hinzuziehung von Gebärdensprachdolmetschern vorgesehen. Aus diesem Titel würden auch Umzüge sowie die Entsorgung von Altakten und Sperrmüll finanziert.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) stellt fest, dass der Landesbeauftragte eine Reihe von neuen Aufgaben erhalten habe. Sei es möglich, im Rahmen eines Berichts darzustellen, welche Aufgaben dies konkret seien und welche Personalstellen bzw. Anteile von Stellen dafür vorgesehen seien.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bittet um eine Präzisierung der Fragestellung.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) erklärt, sie werde die Fragen schriftlich nachreichen.

Frage Nr. 9, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2014, 2015 und Ist-Vergleich 2012, 2013 rund um die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für Psychiatrie

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, für den Landesbeauftragten für Psychiatrie befänden sich im Haushalt weder Personal- noch Sachmittel, weil diese Aufgabe in Personalunion vom Referatsleiter I B wahrgenommen werde. Dies sei auch in den Vorjahren der Fall gewesen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Frage Nr. 10, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2014, 2015 und Ist-Vergleich 2012, 2013 rund um die Tätigkeiten der Patientenbeauftragten

Frage Nr. 10, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bericht über die Ausstattung der Patientenbeauftragten mit Personal- und Sachmitteln

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass auf Wunsch von **Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Frage Nr. 11, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der veranschlagten Ausgaben 2014, 2015 und Ist-Vergleich 2012, 2013 rund ums Thema Personal in der Altenpflege (Überwindung des Fachkräftemangels, Fachkräftegewinnung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Ausbildung, Gewinnung neuer AltenpflegeschülerInnen, Kultursensible Angebote, etc.)

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, dass der Haushalt keine zusätzlichen Mittel für Personal in der Altenpflege beinhalte. Die Aufgabe werde vom planmäßigem Personal aus dem Referat II D erledigt.

Heiko Thomas (GRÜNE) möchte wissen, in welchem Titel die notwendigen Sachmittel für eine bereits jetzt angekündigte Öffentlichkeitskampagne etatisiert werden sollten.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bestätigt, dass im Jahr 2014 eine Kampagne zur Aufwertung des Altenpflegeberufes sowie zur Steigerung der Ausbildungszahlen für Altenpflegefachkräfte stattfinden solle. Dazu habe die Senatsverwaltung eine zweckgebundene Vereinbarung mit den Ersatzkassen getroffen, dass diese sich an der Finanzierung beteiligten. Die Ersatzkassen hätten schließlich Ersparnisse erzielt, weil sie nicht die vereinbarte Anzahl von Pflegestützpunkten eingerichtet hätten. Die Senatsverwaltung habe die entsprechende Einnahme im Haushaltsjahr 2012 erzielt, die sich aber nicht in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 widerspiegele. Für die Kampagne sei eine Ausschreibung erfolgt, um eine Agentur zu beauftragen, die über langjährige Erfahrungen bei der erfolgreichen gesellschaftlichen Vermittlung gesundheitlicher und sozialer Themen verfüge. Da die Ausschreibung noch laufe, könne er keine weiteren Angaben dazu machen. Die Finanzierung erfolge im Wege der Haushaltswirtschaft.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet darum, es möge im Rahmen eines Berichts dargestellt werden, welche Einnahmen es im Jahr 2012 gegeben habe und welche Ausgaben für das Jahr 2014 vorgesehen seien. Habe er den Ausführungen des Senators richtig entnommen, dass keine Aktivitäten zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft unternommen werden sollten? Das könne er sich gar nicht vorstellen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) wiederholt, es seien keine zusätzlichen Sach- oder Personalmittel für Altenpflege eingestellt worden. Allerdings habe er auf das Referat „Pflege“ verwiesen, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auch künftig intensiv um die Thematik kümmern würden.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) bemängelt, die Antworten seien äußerst unbefriedigend. Sie bitte deshalb um einen Bericht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Frage Nr. 12, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der im Rahmen der im Einzelplan 11 veranschlagten Ausgaben im Bereich Facility-Management (bitte Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben 2012, 2013 und Ansatz 2014, 2015)

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass diese Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 13, Bündnis 90/Die Grünen

Die Senatsverwaltung möchte ab 2014 rd. 4 Mio. Euro mehr als 2012 für die politische Führung und zentrale Verwaltung ausgeben. Für welche Aufgaben?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) legt dar, die 4 Mio. Euro bezögen sich auf eine Fülle von Bereichen wie statistische Dienste, Zivildienst, Hochbau und anderes. Er werde die Fragen im Rahmen eines Berichts ausführlich beantworten.

Frage Nr. 14, Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung aller Titel im Bereich Notfallvorsorge/ Katastrophenschutz

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) berichtet, die Finanzierung der Bereiche Notfallvorsorge und Katastrophenschutz finde sich in Kapitel 1110 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Gesundheit – in Titel 540 04 – Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge – wieder. Kleinere Beträge seien in der Maßnahmegruppe 32 in Titel 525 36 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IuK-Technik – sowie Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik – enthalten. Aus Titel 525 36 werde die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter des Krisenstabes finanziert, aus Titel 540 85 ein IT-Fachverfahren namens Digitale Daten im Katastrophenschutz – DiDaKat –.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) sagt zu, dass auf Wunsch der Fraktion der Grünen ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 15, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Übersicht über den Einkauf und Management aller Arzneimittel, medizinischen Verbrauchsgüter.

Wie werden die Sachen zentral eingekauft, gibt es eine zentrale Koordinierung, was geschieht mit abgelaufenen Material? Wie viel wird titelübergreifend ausgegeben?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) trägt vor, in den Jahren 2005 und 2007 seien die Medikamente Tamiflu und Oseltamivir aufgrund einer Verständigung zwischen den Bundesländern als Vorsorge für eine mögliche Influenzapandemie angeschafft worden. Die Medikamente hätten glücklicherweise nicht verabreicht werden müssen, seien weiter zugelassen und wirk-

sam und würden deshalb aufbewahrt. Deshalb fielen derzeit keine Ausgaben für Beschaffungen an, sondern lediglich Lagerkosten.

Heiko Thomas (GRÜNE) wünscht, dass gleichwohl schriftlich berichtet werde.

Ulker Radziwill (SPD) weist darauf hin, dass von der Sitzung ein Inhalts- und ein Beschlussprotokoll erstellt würden. Dort seien alle Antworten nachzulesen, weshalb sie dafür plädiere, die Senatsverwaltung nicht noch mit Berichtswünschen zu konfrontieren. In den Berichten würde dann nur etwas stehen, was den Protokollen zu entnehmen sei.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, für Frage Nr. 14 akzeptiere er diesen Hinweis. Frage Nr. 15 hingegen sei aus seiner Sicht nicht beantwortet, denn es sei nach dem Einkauf sowie dem Management medizinischer Verbrauchsgüter gefragt worden und nicht nach einer speziellen Arznei. Er bitte deshalb um einen Bericht zu dieser Frage.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass zu Frage Nr. 15 ein Bericht erstellt werde.

Frage Nr. 16, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen plant der Senat zur Umsetzung des neuen Notfallsanitätärgesetzes und wo sind die Kosten etatisiert?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen würden mittels eines Berichts beantwortet.

Frage Nr. 17, Bündnis 90/Die Grünen

Wie sieht das Verfahren zur Ermöglichung der Tarifsteigerungen bei den ZuwendungsempfängerInnen aus? Gibt es einheitliche nachvollziehbare Kriterien?

Bitte um Übersicht über alle Tarifierungen im Zuwendungsbereich?

Wie viele Personen bei welchem Träger sollen hiervon profitieren? Wie hoch ist die durchschnittlich geplante Erhöhung pro Beschäftigten?

Wie sollen die Mittel verausgabt werden?

Frage Nr. 7, Linksfraktion

In welche Höhe wurde für eine Tarifierung der Personalkosten bei den Zuwendungsempfängern Vorsorge getroffen? Bitte Erläuterung über die genaue Ausgestaltung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Fragen würden mittels eines Berichts beantwortet.

Frage Nr. 18, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Sind ähnliche prozentuale Tarifsteigerungen bei Zuwendungsempfängern im Verantwortungsbereich aller Senatsverwaltungen vorgesehen?

Ulker Radziwill (SPD) erklärt, die Koalitionsfraktionen verzichteten an dieser Stelle auf einen Bericht. Das Thema solle im Hauptausschuss angesprochen werden.

Frage Nr. 19, Bündnis 90/Die Grünen

Wo ist die Umsetzung der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Konzepte zum Aktionsprogramm Gesundheit bzw. zum Thema Kinderwunschbehandlung etatisiert? Wenn sie nicht etatisiert sind, warum nicht bzw. wie soll dann der Beschluss der Koalition bzw. des Abgeordnetenhauses Rechnung getragen werden?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bedauert, das Aktionsprogramm Gesundheit sowie die assistierte Reproduktion fänden sich in dem Haushalt nicht wieder, weil sich aufgrund der haushälterischen Rahmenbedingungen dafür keine Finanzierung habe finden lassen. Gleichwohl werde etwas zum Thema Prävention und zu Teilen des Aktionsprogrammes Gesundheit getan. Er sage zu, einen Bericht darüber zu liefern, welche Teile des Aktionsprogramms umgesetzt würden.

Thomas Isenberg (SPD) betont, aus Sicht der SPD-Fraktion seien bei diesen Themen Defizite vorhanden und es müsse nachgesteuert werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein Bericht zur Frage Nr. 19 geliefert werde.

Frage Nr. 20, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der Mittel, die im Einzelplan 11 für die Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement veranschlagt sind.

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) trägt vor, es seien Ausgaben in Höhe von 4 000 Euro seien in Titel 531 01 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – für Flyer und Broschüren sowie in Titel 540 53 – Veranstaltungen – in Höhe von 14 400 Euro für die Verleihungsveranstaltungen Ehrennadeln und Ehrenpass sowie bei den Zuwendungen in Höhe von 20 000 Euro für runde Tische, Engagementwoche sowie die Förderung der Anerkennungskultur etatisiert. Daneben würden aus dem ISP und dem IGP eine ganze Reihe von Projekten gefördert. Hierfür könne keine titelscharfe Auflistung zur Verfügung gestellt werden, wohl aber eine Projektliste.

Martin Beck (GRÜNE) verdeutlicht, seiner Fraktion gehe es genau darum zu sehen, wo im Land Berlin Mittel für den Zweck ehrenamtliches Engagement eingesetzt würden. Immerhin sei gerade beschlossen worden, dass ein eigener Ausschuss für ehrenamtliches Engagement eingesetzt werde. Deshalb würde er es begrüßen, wenn ein schriftlicher Bericht vorgelegt würde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) geht davon aus, dass sich der Ausschuss für ehrenamtliches Engagement mit Fragen befassen werde, die sowohl in die Zuständigkeit der Senatskanzlei als auch in die seines Ressorts fielen. Die in seinem Ressort betroffenen Titel seien soeben benannt worden. Hingegen sei es nicht leistbar, darzustellen, wie viel Prozent der Ausgaben aus dem Stadtteilzentrenvertrag zu ehrenamtlichem Engagement führten. Sicher sei, dass mit jedem finanzierten Stadtteilzentrum bürgerschaftliches Engagement ermöglicht werde. Es liege aber in der Natur der Sache, dass sich dieses Engagement nicht in Euro und Cent bemessen lasse.

Martin Beck (GRÜNE) beharrt darauf, es würden differenzierte Auskünfte benötigt. Dies vor allem deshalb, weil bislang keine ESF- und EFRE-Mittel im Haushalt veranschlagt seien. Deshalb bitte er um einen Bericht. Offenbar würden ja keine Überlegungen angestellt, welche Bereiche perspektivisch gestärkt werden sollten.

Ulker Radziwill (SPD) wirft die Frage auf, ob die Frage nach dem ehrenamtlichen Engagement in allen Ausschüssen gestellt werden solle. Sie denke da an den Bereich Kita, wo es sehr viel ehrenamtliches Engagement gebe oder auch im Sport. Sollte solch eine Vorgehensweise geplant werden, rate sie, das Thema im Hauptausschuss zu behandeln. Sollte es jedoch darum gehen, dies für den Sozialbereich, wo das ehrenamtliche Engagement gezielt unterstützt werde, herauszuarbeiten, könne sie die Fragestellung nachvollziehen.

Martin Beck (GRÜNE) hält es für wichtig, zu erfahren, in welchen gesellschaftlichen Themenfeldern ehrenamtliche Strukturen vorhanden seien und wie viel Finanzmittel dafür eingesetzt würden. Ihm sei klar, dass man dies nicht auf den Euro schätzen könne, wohl aber im Groben. Wenn sich das Parlament dem Thema in Zukunft ernsthaft widmen wolle, müsse dabei auch der finanzielle Aspekt beachtet werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Frage Nr. 21, Bündnis 90/Die Grünen

Aufgrund des Senatsbeschlusses vom 10. Januar 2012 über die Geschäftsverteilung des Senats sind der Senatsverwaltung für Finanzen als federführende Organisationseinheit zusätzliche Aufgaben im Bereich der Steuerung und Finanzierung entgeltfinanzierter sozialer Dienstleistungen übertragen worden.

Inwieweit findet eine ressortübergreifende Zusammenarbeit statt? Inwieweit sollen beide Senatsverwaltungen das geplante Berichtssystem und die Datenbank für ein Managementberichtssystem nutzen? Wie sollen die Ergebnisse der Entgeltstelle und evtl. vorgesehene Gutachten umgesetzt werden?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) legt dar, die Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen – ESD – sei Mitte 2012 gegründet worden als eine Vielzahl grundlegender Verhandlungen bereits aufgenommen worden seien. Dabei handele es sich um den Berliner Rahmenvertrag Soziales nach § 79 SGB XII, die Vergütungen nach § 75 SGB XII und die Rahmenvertragsverhandlungen zur ambulanten Pflege nach SGB XI und SGB XII. Alle diese Verhandlungen

seien bislang noch nicht abgeschlossen, weshalb es normal sei, dass ein ressortübergreifender Austausch und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit stattfänden.

Die ESD habe die Fachverwaltungen und die vom Rat der Bürgermeister benannten Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke zu einem ersten Erörterungs- und Planungstermin im September eingeladen. Dabei solle auch über das Berichtssystem sowie die Datenbank für ein Berichtssystem gesprochen werden.

Die Ergebnisse der ESD sowie der Senatsverwaltung flössen nach intensiven Abstimmungen in die aktuellen Verhandlungen ein. Von vorgesehenen Gutachten habe er keine Kenntnis.

Heiko Thomas (GRÜNE) kritisiert, genau dieser Sachstand sei bereits mehrfach mitgeteilt worden. Deshalb interessiere ihn, wie die Konstruktion genau aussehe, welche Bereiche wie weit fortgeschritten seien und ob der gesamte Mechanismus funktioniere oder nicht. Nach welchen Kriterien werde dies bemessen?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) wiederholt, es finde eine ressortübergreifende Zusammenarbeit statt. Wenn ergänzende Auskünfte gewünscht würden, müssten die Fragen dazu nachgereicht werden. Bislang seien sie nicht schriftlich eingereicht worden.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion werde dies fristgerecht nachholen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) vertritt die Auffassung, diese Fragen hätten mit der Haushaltsplanaufstellung sowie der politischen Schwerpunktsetzung überhaupt nichts zu tun. Vielmehr gehe es um die Steuerung von Transferausgaben, die sich in diesem Teil des Haushalts gar nicht niederschlugen. Er erinnere an seine anfänglichen Ausführungen, dass es sich dabei um bezirkliche oder gesetzliche Ausgaben handle. Die Debatte darüber könne gern an der richtigen Stelle geführt werden und zwar im Hauptausschuss, weil nicht nur das Gesundheits- und Sozialressort betroffen sei.

Der Senatsbeschluss stamme vom 10. Januar 2012. Die ESD habe danach ihre Arbeit aufgenommen, was allerdings bei ressort- und fachübergreifenden Projekten ein wenig dauere. Bislang lägen keine Ergebnisse in der Art vor, dass Aussagen darüber getroffen werden könnten, bei welchem Rahmenvertrag es welche Auswirkungen gegeben habe. Im Übrigen müssten die Fragen federführend von SenFin beantwortet werden.

Martin Beck (GRÜNE) betont, die Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen sei inhaltlich eng mit SenGesSoz verbunden und personell gut ausgestattet. Seine Fraktion interessiere, ob sich das Instrument ESD aus Sicht der Fachverwaltung lohne. Welchen Einfluss habe die Fachverwaltung? Wie schätze SenGesSoz den Personal- und Sachmitteleinsatz ein? Aus diesem Grund seien die Fragen in diesem Ausschuss gestellt worden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) trägt vor, die Systematik sehe vor, dass zunächst gemeinsame Zielvereinbarungen getroffen würden, um danach in die Verhandlungen zu gehen. Im Rahmen der Verhandlungen gebe es gar keine Konfliktsituationen, weil bereits zuvor Zielvereinbarungen geschlossen worden seien. Das Land Berlin spreche gegenüber den Vertragspartnern mit einer Stimme.

Ülker Radziwill (SPD) bekundet, sie habe bislang keine Konflikte wahrgenommen. Es sei doch gerade gut, dass im Vorfeld Zielvereinbarungen geschlossen würden, denn in der Vergangenheit hätten parallele Strukturen bestanden. Sie plädiere dafür, abzuwarten, welche Erfahrungen mit der ESD gemacht würden.

Heiko Thomas (GRÜNE) äußert, er habe Verständnis dafür, dass niemand Lust dazu habe, den „Murks“ zu verteidigen. Es könne doch niemand ernsthaft behaupten, dass es sich bei der ESD um ein erfolgreiches Modell handle. Alle Beteiligten, die Erfahrungen mit dem Modell hätten, wüssten, was im Hintergrund ablaufe. Seit dem Senatsbeschluss seien anderthalb Jahre ins Land gegangen, weshalb seine Fraktion wissen wolle, ob das Modell effektiv sei oder ob nachgesteuert werden müsse. Wenn die Frage hier nicht beantwortet werden solle, müsse seine Fraktion sie im Hauptausschuss wiederholen.

Ülker Radziwill (SPD) weist den Vorwurf zurück, es werde keine Beratung gewünscht. Gleichwohl bitte sie darum zu berücksichtigen, innerhalb welchen Zeitrahmens überhaupt Ergebnisse präsentiert werden könnten.

Heiko Thomas (GRÜNE) hält den Berichtswunsch aufrecht.

Martina Schnellrath (SenFin) sagt zu, dass die Finanzverwaltung berichten werde.

Frage Nr. 22, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie bewertet der Senat den Antrag von Berliner Aids-Hilfe e.V., Fixpunkt e.V. Schwulenberatung Berlin gGmbH und Mann-O-Meter e.V. und Paritätischem Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V. zur Finanzierung der anonymen HIV-Schnelltests/Berliner Schnelltestkampagne? Will der Senat diesem Antrag stattgeben und wenn ja, aus welchem Titel?

Frage Nr. 22, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bericht über weitere Finanzierung der anonymen HIV-Schnelltests in den Jahren 2014/15

Frage Nr. 22, Linksfraktion

Bericht über Erfahrungen und Ergebnisse.

Wie bewertet der Senat die Ergebnisse des von der Dt. Klassenlotterie bis Ende 2013 geförderten Modellprojektes?

Ist eine Verstetigung und damit eine Regelfinanzierung geplant? Wenn nein, warum nicht und bedeutet dies die Beendigung des Projektes?

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion werde noch eine ergänzende Frage nachreichen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalten werde.

Frage Nr. 23, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bericht über weitere Finanzierung des Projekts „FrauenbeDacht“ in den Jahren 2014/15

Rainer Toszek (SenGesSoz) trägt vor, derzeit liefen mit den Kooperationspartnern die Abstimmungen über den ISP, den IGP sowie den Stadtteilzentrenvertrag. Die Verhandlungen darüber begannen im September. Generell weise er darauf hin, dass die Senatsverwaltung bei allen drei Verträgen auf eine größtmögliche Flexibilität angewiesen sei. Seitdem die Verträge im Rahmen des Haushalts finanziert würden, sei diese Flexibilität ein Stück weit verloren gegangen. Bislang gebe es einen Vermerk, dass bis zu 2 Prozent der Haushaltsreste ohne finanziellen Ausgleich ins Folgejahr übertragen werden könnten. Dies habe sich für die Haushaltsjahre 2014/2015 verändert, nunmehr werde auf einen Ausgleich bestanden. Die Senatsverwaltung bitte darum, dass die Worte „ohne Ausgleich“ wieder in die Vermerke aufgenommen würden, damit künftig weiter mit echten zusätzlichen Mitteln gearbeitet werden könne.

Ülker Radziwill (SPD) erklärt, die Bitte sei angekommen. Ein Bericht werde nicht mehr gewünscht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage erledigt sei.

Frage Nr. 24, Linksfraktion

Auflistung der geplanten Maßnahmen zur Umsetzung des PartIntG mit finanzieller Untersetzung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 25, Linksfraktion

Wie wird das Handlungsfeld Gesundheitliche Versorgung und Soziales konkret umgesetzt und wie erfolgt von wem die notwendige Finanzierung?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 26, Linksfraktion

Wie werden die Ergebnisse der KGST – Studie im Epl. 11 konkret berücksichtigt?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) trägt vor, die Ergebnisse der KGSt-Studie könnten derzeit im Haushaltsplan gar keinen Niederschlag finden. Die Federführung für dieses Thema liege in der Arbeitsverwaltung. Dort prüften und bewerteten mehrere Arbeitsgruppen, ob und welche Konsequenzen im Einzelnen gezogen werden sollten.

Elke Breitenbach (LINKE) kritisiert, an dieser Stelle bestehe offenbar ein Verschiebebahnhof. Die Arbeitssenatorin habe mitgeteilt, dass sie in dieser Frage zwar die Koordinierung übernehmen wolle, ansonsten jedoch der Kollege Czaja zuständig sei. Deshalb bitte sie um einen Bericht. Wenn erst einmal aufgeschrieben sei, wer nicht zuständig sei, könne vielleicht eine Klärung herbeigeführt werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bittet darum, folgendes Zitat in das Protokoll aufzunehmen:

Die Ergebnisse der KGSt-Studie werden zunächst unter Federführung der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung in Arbeitsgruppen geprüft und bewertet hinsichtlich der Frage, ob und welche Konsequenzen im Einzelnen zu ziehen sind. Daher finden sich derzeit keine Berücksichtigungen im Einzelplan 11 wieder.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Frage Nr. 27, Fraktion Die Linke

Wie kommt Berlin mit dem HH-Plan seinen Investitionsverpflichtungen bei Krankenhäusern nach und wann und wie soll die Unterfinanzierung beseitigt werden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass diese Frage per Bericht beantwortet werden solle.

Frage Nr. 28, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung des Anstiegs der Haushaltsansätze

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers gibt bekannt, dass die Frage auf Wunsch der Koalitionsfraktionen schriftlich per Bericht beantwortet werden solle.

Frage Nr. 29, Piratenfraktion

FKZ 25 (Arbeitsmarktpolitik): Bitte erläutern, was sich alles hinter der FKZ verbirgt und warum der Ansatz derart stark absinkt.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, die Absenkung der Mittel hänge mit dem Auslaufen der Förderperiode zusammen.

Alexander Spies (PIRATEN) präzisiert, ihm gehe es vor allem um eine Zusammenstellung der Maßnahmen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) ruft in Erinnerung, dass im Haushaltsplan für die Jahre 2014 und 2015 keine Maßnahmen verankert seien, weil – wie bereits mehrmals dargestellt – die Zuordnung der EU-Mittel auf die einzelnen Ressorts noch nicht erfolgt sei.

Alexander Spies (PIRATEN) erklärt, dies sei ihm im Hinblick auf die EFRE-Mittel klar. Es verblieben aber noch andere Mittel im Haushalt. Diese bitte er in einem Bericht aufzulisten, weil sie über den Einzelplan verteilt seien.

Ulker Radziwill (SPD) bedauert, sie verstehe die Fragestellung nicht. Habe die Verwaltung sie verstanden?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verneint dies.

Alexander Spies (PIRATEN) gibt bekannt, er werde sich selbst eine Tabelle erstellen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 421 00 – Amtsbezüge –

Frage Nr. 30, Piratenfraktion

Höhere Ausgaben 2012 und höheren Ansatz für 2014 und 2015 bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, aus diesem Titel würden die Amtsbezüge für den amtierenden Senator sowie die Übergangsgelder für ehemalige Senatorinnen und Senatoren gezahlt. Die Ist-Ausgaben 2012 seien aufgrund der Zahlung von Übergangsgeldern an die ehemalige Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz höher als die Ansätze 2012 und 2013. Weil die Übergangsgelder weiter gezahlt würden, würden die Ist-Ausgaben 2013 ebenfalls den Ansatz überschreiten. Die Ansätze für die Jahre 2014 und 2015 seien auf der Basis der Ist-Ausgaben 2012 entsprechend der Vorgaben von SenFin im Haushaltsaufstellungsgrundschriften gebildet worden. Dies führe zu den höheren Ansätzen in den Jahren 2014 und 2015.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 443 04 – Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmer –

Frage Nr. 31, Bündnis 90/Die Grünen

Ist die Senatsverwaltung in eine andere Klasse eingruppiert worden? Oder warum kommt es zu einer Verdoppelung der Ausgaben gegenüber Ist-12?

Frage Nr. 31, Piratenfraktion

Warum ist der Ansatz 2014 und 2015 doppelt so hoch wie das Ist 2012?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) trägt vor, den Jahresbeiträgen an die Unfallversicherung liege das versicherungspflichtige Bruttoentgelt der Beschäftigten zugrunde. Infolge der Se-

natsneubildung und dem damit verbundenen anderen Ressortzuschnitt habe sich die Zahl der Beschäftigten im Einzelplan 11 ab dem Jahr 2012 nahezu verdoppelt, sodass seit dem Jahr 2013 höhere Beiträge zu zahlen seien. Die Ansätze für die Jahre 2014 und 2015 seien auf der Basis des Bescheides der Unfallkasse für die im Jahr 2013 zu zahlenden Beiträge gebildet worden. Deshalb habe sich in diesem Fall der Ansatz nahezu verdoppelt.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, ob demnach an anderer Stelle die Beiträge für die Unfallkasse gesunken sein müssten.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) legt dar, der Doppelhaushalt 2012/2013 sei auf der Basis des alten Einzelplans 11 – Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz – gebildet worden. Demnach seien nur für halb so viel Personal Beiträge an die Unfallkasse angefallen. Deshalb müssten die Beiträge an anderer Stelle – insbesondere im Einzelplan 09 – ArbIntFrau – niedriger ausfallen. In der Summe über den gesamten Haushalt betrachtet, müssten die Beiträge an die Unfallkasse gleich hoch sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 462 01 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Frage Nr. 32, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Informationen, welche Aufgaben/Personalstellen künftig wegfallen

Frage Nr. 32, Piratenfraktion

Titel bitte erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, zur weiteren Begrenzung der Personalausgaben habe der Senat im Rahmen der Beschlussfassung zur Fortschreibung des Personalbedarfskonzepts für jedes Ressort die Veranschlagung einer pauschalen Minderausgabe – PMA – im Haushaltsplan beschlossen. Die einzusparenden Jahresbeiträge würden jeweils im Kopfkapitel zentral als PMA veranschlagt. Der UA PHPW habe bereits einen Bericht zu diesem Thema beantragt. Dort solle zudem das Thema pauschale Minderausgaben für alle Ressorts bearbeitet werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Fragen damit erledigt seien.

Titel 517 15 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Titel 518 20 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher

Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Titel 519 25 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 33, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Erklärung für die Erhöhung um ca. 850 000 Euro (obwohl mit SenIntArbFrau zusammen)? Wo ist die Einsparung aus 2012 geblieben? (Bitte Vertragsunterlagen beifügen)

Bitte Verdoppelung gegenüber Soll 13 erklären?

Titel 517 15 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 33, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung des Anstiegs der Haushaltsansätze

Frage Nr. 33, Piratenfraktion

Warum steigen die Betriebs- und Nebenkosten für das Dienstgebäude Oranienstraße 106 ab 2014 derart stark an?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, das Dienstgebäude Oranienstraße 106 werde von der Senatsverwaltung Arbeit, Integration und Frauen sowie der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales genutzt. Für beide Senatsverwaltungen bestünden jeweils gesonderte Nutzungsvereinbarungen mit der BIM. Mit der Senatsneubildung seien Ressortwechsel einzelner Abteilungen und Bereiche erfolgt, insbesondere der Abteilung Soziales in sein Ressort, was sich in den seit dem 1. Januar 2013 neu gefassten Nutzungsverträgen niederschläge. Die angemietete Fläche seiner Senatsverwaltung betrage nunmehr rund 13 800 m², wohingegen es zuvor 9 600 m² für die ehemalige Senatsverwaltung Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz gewesen seien. Deshalb stiegen die Ausgaben für die Nettokaltmiete im Jahr 2014 von 1,3 Mio. Euro auf 1,8 Mio. Euro sowie die Betriebs- und Nebenkosten von 272 000 Euro auf 408 000 Euro. In den Anstieg seien darüber hinaus zu erwartende Preissteigerungen eingepreist. Im Einzelplan 09 hingegen reduzierten sich die Betriebs- und Nebenkosten – bei Außerachtlassung weiterer Ressortveränderungen – in vergleichbarer Größenordnung. Die haushaltsplanmäßigen Auswirkungen der Ressortveränderungen auf die Mietausgaben für das Dachgeschoss Oranienstraße seien im Doppelhaushalt 2012/2013 nicht abgebildet gewesen, weil sie bei der Aufstellung des Haushalts noch gar nicht hätten beziffert werden können.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Fragen damit beantwortet seien.

Titel 518 20 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Frage Nr. 34, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung des Anstiegs der Haushaltsansätze

Frage Nr. 34, Piratenfraktion

Warum steigen die Mietausgaben für das Dienstgebäude Oranienstraße 106 ab 2014 derart stark an?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Fragen mit der Antwort auf die Fragen und der lfd. Nr. 33 bereits beantwortet seien.

Titel 526 10 – Gutachten –

Frage Nr. 35, Bündnis 90/Die Grünen

Wie teuer wird die Überprüfung nicht ortsfester elektrischer Anlagen sein? (lt. Plan 20 000 extra...)

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, es seien 20 000 Euro eingeplant. Die Ist-Ausgaben beliefen sich auf 19 341 Euro.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 529 05 – Repräsentation –

Frage Nr. 36, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind hieraus in 2012/13 finanziert worden und welche Maßnahmen sind in den Jahren 2014/15 geplant?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, in den Jahren 2012/2013 seien für Gastgeschenke, Empfänge und Feierlichkeiten, Gästeessen, kleinere Erfrischungen, Reisekosten sowie Unterkunftskosten für auswärtige Gäste – insbesondere eine Delegation aus Moskau – 5 005,73 Euro ausgegeben worden. Die Veranschlagung für die Jahre 2014 und 2015 sei nicht maßnahmebezogen erfolgt, vielmehr handele es sich um eine Fortschreibung der Ist-Kosten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 531 01 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 37, Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Maßnahmen sind geplant bzw. in 2012/13 umgesetzt worden? Welche Schussfolgerungen bzw. welche Konsequenzen zieht die Senatsverwaltung hieraus?

Frage Nr. 37, Piratenfraktion

Bitte Auflistung der 2012 und 2013 durchgeführten Veröffentlichungen mit finanzieller Untersetzung. Welche Veranstaltungen sind 2014/2015 geplant und wie sind diese finanziell untersetzt?

Frage Nr. 38, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der geplanten Veröffentlichungen und Dokumentationen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass auf Bitten von **Senator Mario Czaja** (SenGesSoz) dazu schriftlich geantwortet werde.

Titel 540 01 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform –

Frage Nr. 39, Bündnis 90/Die Grünen

Ist die Mitarbeiterbefragung bereits erfolgt, wenn ja, durch wen? Durch wen erfolgt die Umsetzung der Maßnahmen und wie wurde ein möglicher externer Dienstleister ausgewählt?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) berichtet, dass die Mitarbeiterbefragung noch nicht stattgefunden habe und sich die weiteren Fragen dadurch erübrigten. Die Befragung solle im ersten Quartal 2014 durchgeführt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 40, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Umzüge etc. sind geplant, dass der Ansatz bei 10 000 Euro liegt?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, dass es keine konkreten Planungen für Umzüge, Altakten- und Sperrmüllentsorgung gebe. Der Ansatz basiere auf den Erfahrungswerten des verantwortlichen Bereichs. Der Großteil der Ausgaben falle für Transport- und Kurierdienstleistungen sowie die Altaktenentsorgung an. Außerdem fielen Ausgaben für den Gebärdendolmetscher beim Landesbeauftragen für Menschen mit Behinderungen sowie die barrierefreie Teilnahme an Veranstaltungen an. Gegenüber den Jahren vor 2013 seien insbesondere die Kosten für Transporte gestiegen, weil durch Personalengpässe in den Postverteilungen auch private Unternehmen hätten beauftragt werden müssen. Gegenüber dem Ansatz 2013 in Höhe von 11 500 Euro sei die Veranschlagung auf 10 000 Euro reduziert worden, weil ursprünglich geplante Aufwendungen für die Entsorgung von Sperrmüll und Altakten geringer ausgefallen seien.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet um eine nähere Erläuterung, welche Dolmetscher aus diesem Titel finanziert würden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verdeutlicht, es handele sich um die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern für den Landesbeauftragen für Menschen mit Behinderungen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 540 53 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 41, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Veranstaltungen mit welcher Zielsetzung und Zielgruppe sind geplant?

Frage Nr. 41, Piratenfraktion

Bitte Auflistung der 2012 und 2013 durchgeführten Veranstaltungen mit finanzieller Untersetzung. Welche Veranstaltungen sind 2014/2015 geplant, und wie sind diese finanziell untersetzt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 540 60 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik –

Frage Nr. 42, Piratenfraktion

Gäbe es hier nicht Einsparpotenzial durch gemeinsame Beschaffung (Mengenrabatte) oder durch Lizenzen für das gesamte Land Berlin für bestimmte Software-Titel?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) macht darauf aufmerksam, dass das Thema Beschaffungen im Ausschuss ITDat behandelt werde. Er schlage deshalb vor, die aufgeworfenen Fragen dort zu stellen. Sein Haus habe im Übrigen einen Rahmenvertrag mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, die – im Gegensatz zu seinem Haus – über einen eigenen IT-Bereich verfügen. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales habe einen Vertrag mit dem ITDZ.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage in diesem Ausschuss damit beantwortet sei.

Kapitel 1109 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Personalüberhang –

Titel 422 01 – Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen –

Titel 428 01 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Titel 441 00 – Beihilfen für Dienstkräfte –

Frage Nr. 43, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um wie viele Personen mit welcher Eingruppierung handelt es sich jeweils? Woher kommt die hohe Steigerung?

Bitte den Sachverhalt erklären.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass zu der Frage ein Bericht erstellt werde.

Kapitel 1110 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Gesundheit –

Titel 342 01 – Zuschüsse für Investitionen –

Frage Nr. 44, Bündnis 90/Die Grünen

Wie viele Mittel hat das Land Berlin insgesamt aus diesem Mitteln erhalten? Wie ist die weitere Entwicklung dieser Mittel? Wie schätzt der Senat die Chance ein, auf Bundesebene dieses Verfahren (ggf. in anderer Form) weiter zu führen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass zu der Frage ein Bericht erstellt werde.

Titel 119 21 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Frage Nr. 45, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung des „Ist“ der letzten fünf Jahre. Wie kommt es zur Schätzung, wenn das Ist in 2013 bereits zum 30.06. bei 289.395,08 liegt?

Frage Nr. 45, Piratenfraktion

Bitte zurückgezahlte Zuwendungen für die Jahre 2011 und 2012 auflisten und Rückforderungen begründen.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) legt dar, in den Ist-Zahlen per 30. Juni befinde sich eine Rückführung des Krankenhauses des Maßregelvollzuges – KMV – in Höhe von 194 000 Euro, die nur kurzfristig als solche ausgewiesen worden sei. Das KMV habe einen Investitionsmittelzuschuss erhalten und aufgrund eines lediglich geringfügigen Baufortschritts die Mittel nicht vollständig verausgaben können. Damit dem Land Berlin keine Zinsverluste entstünden, seien diese Mittel kurzfristig an das Land zurückgeführt, zwischenzeitlich jedoch wieder verausgabt worden. Deshalb betrage das Ist per 15. August nur noch 183 000 Euro.

Zuwendungsmittel würden nicht aufgrund absichtlicher Fehlverwendung oder Missverwaltung zurückgefordert, vielmehr ergäben sich bei den Zuwendungsempfängern die unterschiedlichsten Effekte, die Rückforderungen zur Ursache hätten. Beispielweise könne bei personenbedingter Fluktuation die Wiederbesetzung einer Stelle nicht immer direkt im Anschluss erfolgen, sodass sie einige Zeit unbesetzt bleibe. In der Folge müssten dann Mittel an das Land Berlin zurückgezahlt werden. Die Rückzahlungen beträfen den IGP sowie den ISP und die Schwangerschaftskonfliktberatungen. Die Rückforderungen seien meist sehr kleinteilig. Aus der Drogen- und Suchtberatung seien 1 043 Euro geflossen, aus dem Bereich Seelische Gesundheit, Psychiatrie 348 Euro, vom Landessportbund 327 Euro, 264 Euro ESF-Mittel und aus den gesammelten Sonstigen 428 Euro. Eine kleinteilige Auflistung über alle verschiedenen Rückforderungstatbestände mache aus seiner Sicht keinen Sinn, zumal man daraus keine Rückschlüsse auf gute oder schlechte Träger ziehen könne.

Heiko Thomas (GRÜNE) betont, ihm gehe es darum, den Ansatz zu verstehen und nicht um eine Bewertung der Träger. Er bitte um eine nähere Erläuterung der Investition des KMV.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) führt aus, es habe sich dabei um eine Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit am Standort Buch gehandelt.

Andreas Kintzel (KMV; Geschäftsleiter) präzisiert, es habe sich um eine Zaunbaumaßnahme im örtlichen Bereich Buch gehandelt, die sich aufgrund der Witterung verzögert habe. Deshalb habe das KMV die Baumittel für drei Monate an das Land Berlin zurückzahlen müssen.

Elke Breitenbach (LINKE) äußert, diese Erläuterung verwirre sie. Seien die Mittel komplett zurückgezahlt worden?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) verdeutlicht, die Senatsverwaltung habe die Mittel kurzfristig für drei Monate wieder zurückgenommen und anschließend wieder an das KMV überwiesen, damit die Rechnungen für die Zaunbaumaßnahme hätten beglichen werden können.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) ergänzt, die Mittel seien zunächst nicht rechtzeitig ausgegeben worden. Die Mittel seien im Wirtschaftsplan des Krankenhauses des Maßregelvollzugs ausgewiesen gewesen und an die Senatsverwaltung überwiesen worden, weil sie nicht fristgerecht hätten ausgegeben werden können. Nach Durchführung der Maßnahme einige Monate später habe das KMV die Mittel zurückerhalten. De facto seien damit die Mittel vom Jahr 2012 in das Jahr 2013 verschoben worden.

Im Bereich IGP hätten die Rückzahlungen insgesamt bei 39 000 Euro gelegen, bei den Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz aus unterschiedlichen Gründen bei 26 000 Euro, in der Drogen- und Suchthilfe bei 1 043 Euro, im Bereich seelische Gesundheit und Psychiatrie bei 348 Euro, im Bereich Landessportbund bei 327 Euro, bei den ESF-Mitteln bei 264 Euro sowie bei Sonstiges bei 428 Euro. Mehr könnte er auch in einem Bericht nicht darlegen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 231 90 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 46, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 236 01 – Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger –

Frage Nr. 47, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wieso ist der Titel mit 110.000 € so hoch angesetzt (Ist 2012: 50 143 Euro; Ist 30.06.2013: 35 521 Euro)

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, das niedrige Ist 2012 sowie per 30. Juni 2013 resultierten daraus, dass aufgrund nicht gesetzter Stellen keine ausreichenden Prüfungen hätten vorgenommen werden können. Mittlerweile sei eine Halbtagsstelle auf Vollzeit heraufgesetzt worden und die Besetzung zweier weiterer Stellen stehe an. Weiterhin seien für das Jahr 2014 bereits Prüfungen beantragt worden, sodass davon ausgegangen werden könne, dass die Erstattungsleistungen wieder anstiegen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet und erledigt sei.

**Titel 261 07 – Erstattung von Personalausgaben durch Unternehmen –
Titel 359 08 – Entnahme aus der Rücklage für ehemalige Beschäftigte des BBGes
in Altersteilzeit –**

Frage Nr. 48, Bündnis 90/Die Grünen

Woher kommt das Hohe IST-2012? Warum ist der Titel auf null gesetzt und warum fällt der Titel ganz weg?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) trägt vor, die Fragestellung beziehe sich auf die Rückstellung des ehemaligen Berliner Betriebs für zentrale gesundheitliche Aufgaben, die dem Einzelplan 11 in Höhe von 444 000 Euro erstattet worden seien. Es habe sich um ehemalige Dienstkräfte des Landes Berlin gehandelt, die in Altersteilzeit gewesen seien und temporär im Unfallkrankenhaus Berlin gearbeitet hätten. Grundlage sei die für 2011 stattgefundene Veräußerung des Labors im Unfallkrankenhaus Berlin an den Betreiber des Krankenhauses mit der entsprechenden Zuweisung der ehemals bei BBGes beschäftigten Dienstkräfte. Für die im Jahr 2011 nicht in Anspruch genommenen Mittel in Höhe von 409 000 Euro sei laut Senatsbeschluss vom Juni 2011 eine Rücklage geschaffen worden. Die Entnahme aus der Rücklage sei im Ist 2012 höher gegenüber dem Plan 2014/2015, weil der Aufwand für die in Altersteilzeit Beschäftigten im Labor des Unfallkrankenhauses durch altersbedingtes Ausscheiden der Beschäftigten deutlich geringer werde. Es sei damit zu rechnen, dass im Jahr 2015 die Rücklage aufgebraucht sei und nicht mehr benötigt werde. Deshalb werde der Titel in der Finanzplanung 2016 ff auf null gesetzt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 298 99 – Erbschaften für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 49, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wieso ist der Titel mit 2.000 so niedrig angesetzt (Ist 2012: 523 050 Euro; Ist 30.06.2013: 9 322 Euro)

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) berichtet, die Erbschaft werde leider verbraucht sein. Das generelle Verfahren sehe vor, dass Erbschaften grundsätzlich von SenFin verwaltet und entsprechend der vom Erblasser festgelegten Fachzwecke an die Fachverwaltungen verteilt würden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

**Titel 272 92 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 50, Bündnis 90/Die Grünen

Warum fällt dieser Titel weg?

Heiko Thomas (GRÜNE) schließt aus der Streichung des Titels, dass künftig ein ganzes Aufgabenfeld nicht mehr wahrgenommen werden solle. Ansonsten könnte doch zumindest ein Platzhalter eingestellt werden.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) berichtet, wenn dem Einzelplan ESF-Mittel zufließen, sei es problemlos möglich, in Zusammenwirken mit SenFin den Titel im Rahmen des Haushaltsvollzugs wieder einzurichten. Zudem mache er darauf aufmerksam, dass es unterschiedliche Titelbezeichnungen für die alte und die neue Förderperiode gebe. Sollte es ESF-Mittel geben, würde dies die neue Förderperiode betreffen und damit die Vereinnahmung auch in einem anderen Titel erfolgen.

Heiko Thomas (GRÜNE) wünscht eine Darstellung, wie das Verfahren konkret ablaufen solle.

Martina Schnellrath (SenFin) teilt mit, dass der Senat im Einzelplan 13 eine Vorsorge für die Einnahmen insgesamt getroffen habe. Wenn die Operationellen Programme auf die Einzelpläne heruntergebrochen werden könnten, werde das von der LHO vorgesehene und mit dem Hauptausschuss vereinbarte Verfahren für außerplanmäßige Einnahmen respektive Ausgaben eingehalten werden. Sie weise darauf hin, dass es sich dann um gesicherte Einnahmen handeln werde. Die Einnahmen würden als zweckgebundene Einnahmen in den dann neu einzurichtenden Titeln veranschlagt bzw. gebucht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 261 09 – Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln –

Frage Nr. 51, Bündnis 90/Die Grünen

Warum wurden in 2012 hier 1 000 000 Euro eingenommen? Woher stammen diese Mittel?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erklärt, grundsätzlich würden nach dem Start einer Baumaßnahme und dem Fließen der ersten Baurate die Bauvorbereitungsmittel, die konsumtiv verausgabt würden, wieder an den Einzelplan zurückgeführt. In der Sache gehe es um die Maßnahme Restsanierung des Krankenhauses Königin Elisabeth Herzberge in Höhe von 700 000 Euro sowie um 300 000 Euro aus der Maßnahme 2. Bauabschnitt des Gemeinschaftskrankenhauses Havelhöhe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 342 01 – Zuschüsse für Investitionen –

Frage Nr. 52, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Sachverhalt erläutern.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, in dem Titel würden die Investitionszuschläge gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen im sogenannten Beitrittsgebiet in den Jahren 1995 bis 2014 vereinnahmt. Die Benutzer der Krankenhäuser im ehemaligen Ostteil der Stadt bzw. deren Kostenträger zahlten pro Belegungstag einen Zuschlag in Höhe von 5,62 Euro. Diese Zuschläge seien bis zum Jahr 2014 zu vereinnahmen.

Im Jahr 1995 habe das Land 9 Mio. Euro, im Jahr 1996 10 Mio. Euro, in den Jahren 1997 und 1998 je 11 Mio. Euro sowie 16 Mio. Euro im Jahr 1999 eingenommen. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen auf 225 Mio. Euro.

Für das Jahr 2013 würden Einnahmen in Höhe von 12 Mio. Euro sowie in Höhe von 12,5 Mio. Euro für das Jahr 2014 prognostiziert. In den Jahren 2015 und 2016 würden noch Restzahlungen aus den Jahren 2004 bis 2014 aus offenen Forderungen der Krankenhäuser gegenüber der Benutzer, deren Kostenträger bzw. aus offenen Zahlungen der Krankenhäuser selbst erwartet. Per 30. November seien bereits offene Forderungen in Höhe von 1 229 000,35 Euro bekannt gewesen. Hinzu kämen offene Forderungen aus den Jahren 2013 und 2014 sowie Zahlungen aus befristet niedergeschlagenen Ansprüchen nach § 59 LHO.

Wie bereits dargestellt, ende das Programm im Jahr 2014. Eine Verlängerung könnte lediglich über eine Initiative im Bundesrat erreicht werden. Dafür sehe er jedoch keinen Spielraum, weil sich das Gesetz nur auf die neuen Bundesländer bezogen habe und mithin keine Mehrheit unter allen 16 Bundesländern zu finden wäre.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 427 01 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 53, Piratenfraktion

Bitte Ist 2012 erläutern

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, das Ist 2012 beinhalte Ausgaben für zwei Honorarverträge. In einem Fall sei es um eine ärztliche Fachberatung zu notfallmedizinischen Themen gegangen sowie um eine Aufgabe im Rahmen der digitalen Datensammlung im Katastrophenschutz. Das Programm DiDaKat habe er an anderer Stelle bereits erwähnt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 427 22 – Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten)

Frage Nr. 54, Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Maßnahme erläutern? Wofür werden Ärzt/innen und Apotheker/innen ausgebildet? Bitte Haushaltssystematik erklären (warum hier extra)?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 511 01 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 55, Bündnis 90/Die Grünen

Handelt es sich bei Leichenschauschein um eine Anschaffung für die nächsten Jahre? Wie erklären sich die hohen Kosten in 2014 im Gegensatz zu 0 Euro in 2013 und 2015?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bestätigt, dass es sich um eine einmalige Anschaffung handle.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt nach, ob für 15 000 Euro Formulare gekauft würden.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) antwortet, es gehe in der Sache um eine Erstausrüstung nach der Novellierung des Bestattungsgesetzes, um die Dienststellen und Beteiligten versorgen zu können. Für das Jahr 2015 sei eine Umstellung auf ein Online-Verfahren geplant, so dass dann über die Homepage der Senatsverwaltung die entsprechenden Formulare heruntergeladen und bearbeitet werden könnten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 517 15 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 56, Bündnis 90/Die Grünen

Wie sind die mit 133 000 bzw. 135 000 Euro hohen Kosten zu erklären (Ist 2012: 54 000 Euro; Ist 30.06.2013: 27 000 Euro)

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) trägt vor, die Ausgaben würden aufgrund der Vorgaben der BIM in den Haushaltsplan aufgenommen. Die Senatsverwaltung habe keinen Einfluss auf die Höhe der Beträge. Aufgrund von Unklarheiten in den Abrechnungen der BIM sei in den vergangenen Jahren eine Absenkung der Vorauszahlungen erfolgt. Dies sei für die Zukunft nicht zu erwarten, weil mit einer Klärung im Jahr 2013 gerechnet werde.

Heiko Thomas (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde das Thema generell im Hauptausschuss ansprechen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit in diesem Ausschuss beantwortet sei.

Titel 518 20 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –
Titel 519 25 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 57, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was ist die Aufgabe des Sanitätsmittellagers?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) berichtet, gemäß § 4 Katastrophenschutzgesetz trafen die Katastrophenschutzbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Bekämpfung von Katastrophen. Für diesen Zweck bevorratete SenGesSoz im Sanitätsmittellager persönliche Schutzausstattungen für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz. Es würden die entsprechenden Materialien für eine berlinweite Notunterbringung eingelagert. Das Sanitätsmittellager biete Räumlichkeiten zur Pflege und Wartung der mobilen Dekontaminationsstellen.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt, da es über das Management im Katastrophenfall einen Bericht geben werde, könne er an dieser Stelle auf einen Bericht verzichten.

Dr. Marlen Suckau (SenGesSoz) stellt dar, beim Bevölkerungsschutz fänden keine bereichsübergreifenden Beschaffungen und auch kein Management statt. Dieser Aspekt werde lediglich in einem Referat von SenGesSoz bearbeitet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage beantwortet sei.

Titel 531 01 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 58, Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Darstellung der einzelnen Maßnahmen und Begründung der Höhe (besonders Erhöhungen und Senkungen). Wurden einzelne Maßnahmen nicht mehr weitergeführt und wenn ja, warum?

Wir bitten um eine Erstellung der Ist-Ausgaben 2012 und 2013 in gleicher Gliederung.

Wie wurden die Themen ausgewählt und gewichtet?

Frage Nr. 58, Piratenfraktion

Zu Erläuterung Nr. 5:

Warum wird der Ansatz gerade jetzt abgesenkt?

Zu Erläuterung Nr. 10:

Was soll das für ein Fragebogen sein, für den 2014 Mittel eingeplant sind?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bekundet, er werde die Frage nach den Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit schriftlich beantworten.

Zur Frage nach Organspenden: Die Krankenkassen seien aufgefordert worden, Informationsmaterial über Organspende inklusive Organspendeausweise an ihre Mitglieder zu verschicken. Deshalb sei es nicht mehr erforderlich, dass die Länder Organspendeausweise aushändigen. Gleichwohl kümmere sich der Senat auch weiter um das Thema. Die Bevölkerung solle durch eine Kampagne im „Berliner Fenster“ um den Tag der Organspende herum informiert werden. Angesichts dessen, dass 1,5 Millionen Fahrgäste täglich die U-Bahn benutzen und dort 3 768 Doppelmonitore hängen, habe sich seine Verwaltung auf diese Maßnahme fokussiert. Aus diesem Grund sei der Titel so abgesenkt worden, wie es im Haushalt ausgewiesen sei.

Zur Frage nach dem Fragebogen: In unabweisbaren Notfällen seien Krankenhäuser verpflichtet, Patienten zur Behandlung aufzunehmen, auch wenn im Vorfeld die Kostenübernahme nicht geklärt sei. Bei mittellosen Patienten ohne Krankenversicherung oder andere Leistungsansprüche bestehe für die Leistungserbringer die Möglichkeit, eine Kostenübernahme nach § 25 SGB XII – sogenannter Nothelferparagraf – geltend zu machen. Hierfür müsse der Nothelfer aber die Bedürftigkeit nachweisen. In Berlin gebe es dafür einen zwischen den Sozialämtern und der Berliner Krankenhausgesellschaft abgestimmten Fragebogen, der derzeit in einer Arbeitsgruppe der Sozialämter überarbeitet werde. Der Fragebogen sowie ein Erläuterungsblatt sollten in diverse Sprachen übersetzt werden, um die Mitwirkung ausländischer Patientinnen und Patienten, die davon häufig betroffen seien, zu erhöhen. Es sei geplant, die Übersetzungen den Krankenhäusern ausschließlich als Dateiauszug bei Bedarf zur Verfügung zu stellen. Somit fielen nur Übersetzungskosten für den Fragebogen an.

Elke Breitenbach (LINKE) bedauert, ihre Fraktion habe vergessen, eine Frage zu stellen. Seien barrierefreie Publikationen in den Jahren 2012 und 2013 erschienen? Seien welche für die Jahre 2014 und 2015 geplant? Wie sehe der barrierefreie Zugang zum Internet aus?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bittet darum, die Frage schriftlich beantworten zu dürfen, weil sich die Verwaltung darauf nicht habe vorbereiten können.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht zu den offenen Fragen erhalte.

Titel 540 04 – Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge –

Frage Nr. 59, Bündnis 90/Die Grünen

Mit welchen größeren Aufwendungen ist zu rechnen und warum (Ist 2013: 1039,70 €)?

Bitte ausführen, welche Maßnahmen im Einzelnen finanziert werden sollen? Welche Träger erhalten die Mittel? Welche Anforderungen (Mittel; Maßnahmen) etwa von Seiten des DRK wurden beantragt?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erklärt, er könnte die Frage mündlich beantworten. Da es sich aber um eine umfangreichere Antwort handeln würde, schlage er vor, schriftlich zu antworten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 60, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der geplanten Dienstleistungen (inkl. inhaltlicher Ausrichtung und Zielsetzung). Wir bitten um eine Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben in 2012 und 2013 nach derselben Gliederung.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Zu Erläuterung Nr. 8:

Frage Nr. 60, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung, insbesondere zu **8.** (Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen)

in Verbindung mit

Frage Nr. 67, Bündnis 90/Die Grünen

Welches Konzept steht hinter dem Titel „Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migranten“? An welche Zielgruppe richtet sich der Notfallfonds für Geburten – Illegalisierte Frauen und/oder EU-Bürgerinnen aus Ländern ohne Fürsorgeabkommen mit Deutschland? Wie wurde der Bedarf festgestellt und die Höhe des Titels festgelegt? Welchen Umfang sollen die Maßnahmen haben (auch Vor- und Nachsorgeleistungen)?

Frage Nr. 67, Piratenfraktion

Bitte Konzept für Notfallfonds hereinreichen. Für welche Zielgruppe (Staatsangehörigkeit) kommt der Notfallfonds in Betracht? Bitte Auszahlungsmodalitäten erläutern. Mit wie vielen Fallzahlen rechnet der Senat pro Jahr?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, es handele sich um eine Maßnahme des Aktionsplans Roma. Hauptzielgruppe seien nicht krankenversicherte, neu zugezogene Roma insbesondere aus Rumänien und Bulgarien. Die Maßnahmen stünden jedoch auch anderen Personen in vergleichbaren Bedürfnislagen offen. Schwangere in aufenthaltsrechtlicher Illegalität hätten die Möglichkeit, die Berliner Duldungsregelung zu nutzen, und erhielten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und seien deshalb keine primäre Zielgruppe der Maßnahme.

Viele neu hinzugezogene EU-Bürgerinnen und -bürger insbesondere aus Rumänien und Bulgarien verfügten in Deutschland über keinen Krankenschutz. Eventuell im Herkunftsland

noch bestehende Versicherungsverhältnisse könnten nur schwer und zeitaufwändig geklärt werden.

Schwangere Migrantinnen ohne Krankenversicherung könnten zwar in den Zentren für Sexuelle Gesundheit und Familienplanung während der Schwangerschaft betreut werden, für die Geburt selbst bestehe aber keine Regelung. Deshalb sei der Notfallfonds eingerichtet worden.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass sich der Notfallfonds nur auf die Geburten beziehe. Seines Wissens würden auch bestimmte Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft bislang nicht finanziert. Würden diese nunmehr auch durch den Fonds abgedeckt?

Staatssekretärin Emine Demirbügen-Wegner (SenGesSoz) verdeutlicht, der Notfallfonds beziehe sich auf Entbindungen. Die Vorsorgeuntersuchungen würden von den Zentren für Sexuelle Gesundheit und Familienplanung durchgeführt.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) vermisst eine Antwort auf die Fragen, wie die Auszahlungsmodalitäten aussähen und mit welchen Fallzahlen gerechnet werde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) antwortet, der Notfallfonds solle für die Fälle bereitgestellt werden, in denen es nicht gelinge, reguläre Hilfe zu erreichen. Mit den Geburtskliniken sollten Pauschalen für ambulante und stationäre Geburten ausgehandelt werden. Als Richtschnur könnten dafür die Kosten dienen, mit denen nicht versicherte Frauen, die einen Geburtsplatz über die Zentren für Sexuelle Gesundheit und Familienplanung erhielten, rechnen müssten. Dies seien 1 400 Euro für eine ambulante Geburt bis hin zu 4 000 Euro für einen Kaiserschnitt. Alle Zentren zusammen hätten laut eigener Angabe in den ersten drei Quartalen 2011 434 nicht krankenversicherte Schwangere aus EU-Ländern betreut. Die Tendenz sei steigend. Bei einigen Frauen gelinge es, sie in die deutschen sozialen Sicherungssysteme einzugliedern, einige könnten sich anteilig an den Kosten beteiligen. Weil es sich um eine völlig neue Ausgabe handele, sei der Ansatz aufgrund von Schätzungen gebildet worden.

Auf die Frage von **Elke Breitenbach** (LINKE), auf welchen Schätzungen die Ansätze beruhten, antwortet **Senator Mario Czaja** (SenGesSoz), auf denen der Familienplanungszentren und den Zentren für Sexuelle Gesundheit.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Zu Erläuterung Nr. 1:

Frage Nr. 61, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind unter dem Titel Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich Drogen und Suchthilfe zusammengefasst? Wieso sollen die Ausgaben für Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich der Drogen- und Suchthilfe gesenkt werden?

Frage Nr. 61, Piratenfraktion

Titel bitte aufschlüsseln: Was wurde 2012 und 2013 umgesetzt? Bitte die für 2012 geplante „Fortschreibung Bedarfsanalyse in sechs Berliner Planungsregionen im Bereich der ambulanten Drogenhilfe“ hereinreichen. Bitte die für 2012 geplante „Schätzung des Umfangs und der Struktur der Berliner Opiatszene“ hereinreichen. Was ist in den Jahren 2014 und 2015 in welcher finanziellen Höhe geplant?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Zu Erläuterung Nr. 2:

Frage Nr. 62, Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um detaillierte Informationen zur forensisch-therapeutischen Ambulanz – wird es eine Neuausrichtung geben? Wie ist dieser Titel finanziell ausgestattet? Wie verhält sich dieses im Verhältnis zu den Maßnahmen der Wiedereingliederung (ZIK in Weißensee) und der finanziellen Ausstattung des Maßregelvollzugs? Wieso übernimmt SenGesSoz künftig mehr Behandlungsplätze der FTA? Welches politische Ziel, welche inhaltliche Steuerung verbindet der Senat hiermit?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Zu Erläuterung Nr. 3:

Frage Nr. 63, Bündnis 90/Die Grünen

Was wurde mit den 50 000 Euro in 2013 (2012) im Titel „Dienstleistungen im Bereich Gesundheitswirtschaft“ gemacht? Welche Dienstleistungen sollen im Jahr 2014 erfolgen?

Frage Nr. 63, Piratenfraktion

Was wurde 2012 und 2013 umgesetzt und in welcher Höhe finanziert?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, dass die im Titel eingestellten Mittel für die Gesundheitswirtschaft nicht für Dienstleistungen verausgabt werden sollten, weil es sich nach erfolgter Prüfung aus Zeit- und Kostengründen als vorteilhaft erwiesen habe, das Projekt „Gläserne Manufaktur der Gesundheitswirtschaft“ bzw. Schaufenster der Gesundheit im 21. Jahrhundert über eine Zuwendung an die TSB Innovationsagentur Berlin GmbH zu finanzieren. Die Mittel seien deshalb in Titel 684 06 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – umgebucht worden. Das spiegele sich in der Ansatzbildung wieder. Für die erste Projekt- und Zuwendungsphase – Konzipierung und Diskussion möglicher Realisierungsmodelle einer Einrichtung zur Repräsentation der Berlin-Brandenburger Gesundheitswirtschaft – seien vom 15. Oktober 2012 bis zum 31. März 2013 46 235 Euro verausgabt worden. Von der TSB GmbH seien ein Desk-Research durchgeführt, strukturierte Interviews mit den relevanten Akteuren geführt, Szenarien entwickelt, ein Workshop ausgerichtet sowie eine Teilstudie zur ersten Projektphase erstellt worden. Eine auf den bislang gewonnenen Erkenntnis-

sen aufbauende Projektfortsetzung und Anschlusszuwendung an die TSB GmbH zur Projektfortsetzung sei geplant und befinde sich gegenwärtig in der Abstimmung.

In der Teilstudie komme die TSB abschließend zu folgender Einschätzung:

Die Ergebnisse der ersten Projektphase und die weit überwiegende positive Resonanz auf das Vorhaben lassen es wünschenswert und erfolgsversprechend erscheinen, dieses einzigartige, aber auch nicht ganz trivial umsetzbare Projekt im Interesse der interessierten Akteure und der Gesundheitsregion weiter voranzutreiben und nächste Schritte zur Realisierung des Schaufensters der Gesundheit einzuleiten.

Aufgrund der Komplexität des Projekts und der Vielzahl der zu klärenden Fragestellungen könne davon ausgegangen werden, dass eine Projektfortsetzung auch in den Jahren 2014 und 2015 erforderlich sei. Deshalb sei ein entsprechender Ansatz in Titel 684 06 mit 42 570 Euro für das Jahr 2014 und 50 000 Euro für 2015 gebildet worden. Im weiteren Projektverlauf würden voraussichtlich folgende Themen wesentlich sein: Finanzierungs- und Betreibermodelle, Ausstellungskonzeptionen sowie Standortfragen. Letztgenannte würden derzeit mit SenStadtUm sowie SenWiTechForsch erörtert.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss auf Wunsch von **Thomas Isenberg** (SPD) einen Bericht erhalte.

Zu Erläuterung Nr. 4:

Bündnis 90/Die Grünen

Welche Dienstleistungen sind im Jahr 2015 (zusätzlich) geplant?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) führt aus, im Juli 2015 laufe der Fünffjahresvertrag mit der Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung aus. Vor einer Neuvergabe und ggf. Neugestaltung des Vertrages solle zuvor eine Evaluation über den abgelaufenen Zeitraum erstellt werden. Dafür werde die Summe benötigt, die jetzt zusätzlich in den Titel eingestellt worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Zu Erläuterung Nr. 5:

Frage Nr. 65, Bündnis 90/Die Grünen

Wieso werden die Ausgaben für die Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung niedriger veranschlagt? Geht damit eine Änderung des Aufgabenbereichs einher? Inwieweit soll die Fachstelle in die Umsetzung des Aktionsprogramms Gesundheit einbezogen werden?

Frage Nr. 65, Linksfraktion

Warum die Absenkung in 2014/15? Bitte untersetzen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, in den Jahren 2012 und 2013 sei eine Umsatzsteuer in Höhe von 19 Prozent der Vertragssumme eingeplant worden. In dem niedriger veranschlagten Betrag des Jahres 2014 sei die tatsächlich zu zahlende Umsatzsteuer, die teilweise ermäßigt worden sei, berücksichtigt worden. Beim Ansatz 2015 sei davon ausgegangen worden, dass der Vertrag neu verhandelt werde. Dabei sei eine geringe Preissteigerung berücksichtigt worden. Eine Veränderung des Aufgabenbereiches sei nicht zu erwarten.

Durch die eigenen Ressourcen des Betreibers der Fachstelle, dem Verein Gesundheit Berlin-Brandenburg, Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung in Berlin und Brandenburg würden Synergieeffekte erzielt, die die Erfüllung der Aufgaben durch SenGesSoz weiter ermöglichen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Fragen beantwortet seien.

Zu Erläuterung Nr. 7:

Frage Nr. 66, Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen der Umsetzung sind konkret in 2014 und 2015 geplant (bitte nach Themengruppen und mit jeweiligen Ausgaben)?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden. Er erinnere daran, dass die Frage Nr. 67 bereits im Zusammenhang mit der Frage Nr. 60 behandelt worden sei.

Titel 540 53 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 68, Bündnis 90/Die Grünen

Bitte einen Bericht zu den einzelnen Veranstaltungen mit Begründung des Aufwuchses bzw. der Absenkung?
Worum handelt es sich bei der pharmazeutischen Arbeitstagung, wer veranstaltet und organisiert diese?

Zu Erläuterung Nr. 2:

Frage Nr. 68, Piratenfraktion

Welche Veranstaltungen sind 2012 und 2013 durchgeführt worden? Warum wird der Ansatz ab 2014 auf 1.000 Euro jährlich abgesenkt?

Zu Erläuterung Nr. 3:

Frage Nr. 68, Piratenfraktion

Welche Foren sind 2012 und 2013 durchgeführt worden? Warum wird der Ansatz ab 2014 auf 2.000 Euro jährlich abgesenkt?

Zu Erläuterung Nr. 4:

Frage Nr. 68, Piratenfraktion

Welche Veranstaltungen sind 2012 und 2013 durchgeführt worden? Warum wird der Ansatz ab 2014 auf 2.000 Euro jährlich abgesenkt?

Zu Erläuterung Nr. 7:

Frage Nr. 68, Piratenfraktion

Bitte erläutern, was 2014 und 2015 geplant ist.

Zu den Erläuterungen Nr. 9 und Nr. 10:

Frage Nr. 68, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, die Gesamtübersicht über die Veranstaltungen werde er als Bericht einreichen. – In den Jahren 2012 und 2013 seien keine Veranstaltungen zur Optimierung der psychiatrischen Versorgung durchgeführt worden. Für das Jahr 2014 seien 4 000 Euro angesetzt. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum neuen PsychKG seien Anhörungen geplant. Für das Jahr 2015 würden die Mittel in Höhe von 1 000 Euro für eine Fachveranstaltung zu einem dann aktuellen Thema benötigt.

Im Jahr 2012 sei im Rahmen eines Fachtags für die Berliner Drogen- und Suchthilfe in Kooperation mit der Pompidou Group des Europarats die Präsentation des Handbuchs „Transkulturelle Drogenarbeit“ erfolgt. Der Fachtag habe das Ziel gehabt, die Arbeits- und Angebotsstruktur für drogenkonsumierende Migranten zu diskutieren und die bestehenden Ansätze weiter zu verbessern. Im Herbst 2013 werde ein Fachtag für die Berliner Drogen- und Suchthilfe durchgeführt werden, auf dem die Ergebnisse der sogenannten PREMOS-Studie vorgestellt und Konsequenzen für die Substitutionsbehandlung Opiatabhängiger diskutiert würden.

Die Ansatzbildung sei im Rahmen einer internen Prioritätensetzung zu allen geplanten Veranstaltungen des Bereichs Gesundheit erfolgt.

Zum Thema Organ- und Gewebespenden würden auch künftig Mittel für Veranstaltungen zum Tag der Organspende für Miete sowie Honorare für Referenten und Moderatoren benötigt. Weiterhin seien Informationen für türkischsprachige Mitbürgerinnen und Mitbürger vorgesehen und nicht für neue Schwerpunkte. Die Ansatzbildung sei auch in diesem Fall im Rahmen einer internen Prioritätensetzung erfolgt.

Simon Kowalewski (PIRATEN) bemängelt, dass gerade zu Zeiten, in denen die Organspendebereitschaft so niedrig sei, wie noch nie, die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Zweck abgesenkt würden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) bekundet, er habe bereits darauf hingewiesen, dass interne Prioritätensetzungen für unterschiedliche Dinge wie Präventionsketten, Werkstattgesprä-

che, Migrantinnen, Fachkonferenzen und anderes mehr vorgenommen werden müssten. Wenn nun die Krankenkassen zum Thema Organspende Informationen an alle Versicherten gäben und den Organspendeausweis versendeten, halte es die Senatsverwaltung für gerechtfertigt, ihre Ausgaben für diesen Zweck zu reduzieren. Er plädiere dafür, zunächst einmal abzuwarten, welchen Erfolg die Versendeaktionen der Krankenkassen hätten. Dies könne momentan noch gar nicht beurteilt werden. Das Thema an sich erachte er weiterhin für wichtig, weshalb sich die Senatsverwaltung auch an vielen themenbezogenen Aktionen beteilige.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Fragen zu den Nrn. 7, 9 und 10 schriftlich beantwortet würden.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.37 bis 14.58 Uhr]

**Titel 671 01 – Ersatz von Ausgaben –
Zu Erläuterung Nr. 1:**

Frage Nr. 69, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung des Aufwuchses.

Frage Nr. 69, Piratenfraktion

Bitte nach Projekten und Zuwendungssumme aufschlüsseln.

Zu Erläuterung Nr. 3:

Frage Nr. 70, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um welche Besuchskommissionen handelt es sich? Sollte es sich um die neu einzurichtende Kommission nach dem PsychKG handeln, wer soll sie koordinieren bzw. die Geschäftsstelle bilden bzw. wie wird diese Geschäftsstelle personell unterlegt? Wenn es sich nicht um diese handeln, wo soll diese geplante Beschwerdestelle etabliert werden und wo ist die Geschäftsstelle (samt Personal)?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) führt aus, dass die bei den Sozialpädiatrischen Zentren entstehenden Personalkosten erstattet würden. Der Zuwachs von 88 000 Euro sei allein aufgrund des eingesetzten Personals der Zentren entstanden sei. In den Jahren 2011 und 2012 habe es Personalkostensteigerungen gegeben. Die Sozialpädiatrischen Zentren seien bislang über Zuwendungen finanziert worden. Geplant sei die Umstellung auf Leistungs- und Entgeltverträge.

Das Ist 2012 gliedere sich wie folgt auf: Auf das Vivantes Klinikum im Friedrichshain entfielen 120 000 Euro, auf das Vivantes Klinikum Neukölln 155 000 Euro, auf das Helios Klinikum Berlin-Buch 105 000 Euro, auf das Sana Klinikum Lichtenberg 120 000 Euro und auf die Charité inklusive des Bereichs Spina bifida knapp 600 000 Euro.

Die Erläuterungsnummer 3 beziehe sich auf den Ersatz von Ausgaben ehrenamtlicher Mitglieder in Besuchskommissionen. Nach dem PsychKG seien neue Besuchskommissionen einzurichten, insbesondere bezüglich solcher Einrichtungen, die mit hoheitlicher Gewalt beliehen worden seien. Die Etablierung der Besuchskommissionen stehe in Abhängigkeit zum Inkrafttreten des PsychKG, welches derzeit in Vorbereitung sei. Eine Geschäftsstelle solle die verschiedenen Kommissionen koordinieren, organisieren und begleiten. Diese solle durch die Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie – BIP – wahrgenommen werden, die dieselben Aufgaben bereits für die Patientenfürsprecherinnen und -sprecher innehave. Die Kosten bezögen sich auf eine halbe Personalstelle.

Thomas Isenberg (SPD) konstatiert, es sei schwierig, Planungen vorzunehmen für Dinge, für die noch keine Gesetzesgrundlage bestehe. Wann werde die Verwaltung den Referentenentwurf einbringen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) macht darauf aufmerksam, dass die Mittel, die mit dem PsychKG in Verbindung stünden, gesperrt seien.

Dr. Martin Möllhoff-Mylius (SenGesSoz) führt aus, dass der Entwurf des PsychKG an andere Fachverwaltungen gesandt worden sei mit der Bitte um Durchsicht und Anmeldung von Ergänzungsbedarf. Die Rückläufe würden derzeit gewichtet und eingearbeitet. Der überarbeitete Entwurf werde nach einem Beschluss des Psychiatriebeirates in eine Arbeitsgruppe eingehen. Im Rahmen dessen würden auch die verschiedenen Gremien unterrichtet. Es sei geplant, dass die parlamentarischen Beratungen im Jahr 2014 begönnen.

Heiko Thomas (GRÜNE) erinnert daran, dass der Entwurf zeitgleich den Verbänden wie auch dem Parlament zugeleitet werden solle. Erhalte die BIP die halbe Stelle zusätzlich?

Frau Zingel-Lang (SenGesSoz) erläutert, dass die BIP als Projekt des IGP mit 140 000 Euro gefördert werde. Mit Inkrafttreten des PsychKG würden keine zusätzlichen Mittel vergeben, vielmehr sei ein Teil einer Stelle für diese Aufgabe bereits im Ansatz vorgesehen.

Heiko Thomas (GRÜNE) legt dar, dass die BIP seines Wissens nach die halbe Stelle nicht habe. Sie müsse eine neue Aufgabe ohne Stellenzuwachs übernehmen. Er bitte um schriftlichen Bericht, wie die BIP dies organisatorisch regeln solle.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) merkt an, dass die Debatte über Personal nicht im Rahmen der Diskussion über den Titel Ersatz von Ausgaben geführt werden sollte, sondern im Rahmen der Debatte über das PsychKG.

Heiko Thomas (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Mitteilung gelaute habe, die BIP würde die Aufgabe finanziert bekommen. Dies bestreite er. Es solle dargestellt werden, wie dies ohne Abbau von bisherigen Leistungen funktionieren solle. Die gute Arbeit der BIP solle nicht dadurch erschwert werden, dass sie zusätzlich Aufgaben übernehmen müsse, zumal sie ohnehin Mehrbedarf habe. Das Thema müsse noch einmal bei der Diskussion über das IGP aufgegriffen werden. Die Einrichtung der Beschwerdestelle halte seine Fraktion für richtig; dem Teil werde sie zustimmen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werden solle.

Zu Erläuterung Nr. 6:

Frage Nr. 71, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Womit wird der Titelaufwuchs begründet?

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) führt aus, dass der Titel Unterhalts- und laufende Kosten sowie Personalkosten der Zentralen Stelle bei der Charité-Universitätsmedizin Berlin gemäß § 4 Abs. 2 des Berliner Gesetzes zum Schutz und Wohl des Kindes beinhalte. Nach der Budgetplanung 2013 seien Mehrkosten, vor allem erhöhte Softwarekosten zur Erfüllung datenschutzrechtlicher Forderungen eingetreten. Der ursprüngliche Ansatz im Doppelhaushalt 2012/2013 sei zu niedrig, eine Anpassung sei erforderlich gewesen.

Thomas Isenberg (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht. Würden die Softwaremehrkosten tatsächlich 130 000 Euro ausmachen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Zu Erläuterung Nr. 7:

Frage Nr. 72, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum werden die Mittel reduziert?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) antwortet, dass der tatsächliche Bedarf in den letzten Jahren geringer gewesen sei als für das Jahr 2013 veranschlagt. Das ist im Jahr 2012 habe bei 52 000 Euro gelegen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass damit die Frage beantwortet sei.

Titel 671 12 – Ersatz von Personalaufwendungen –

Frage Nr. 73, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Auflistung der Ausgaben (Ist 2012).

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, die Ist-Ausgaben hätten 483 333,45 Euro betragen. Die Mittel seien durch SenFin im Rahmen des solidarischen Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt worden. Damit seien 64 von Vivantes zusätzlich bereitgestellte Ausbildungsplätze finanziert worden: 6 Plätze für den Beruf der Kauffrau bzw. des Kaufmannes für Gesundheitswesen, 17 Plätze für medizinische Fachangestellte, ein Tischler, ein Garten- und Landschaftsbauer, 3 operationstechnische Assistenten sowie 36 Ausbildungsplätze für Sozialassistentinnen bzw. -assistenten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass sich die Frage erledigt habe.

Titel 682 68 – Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs –

Frage Nr. 74, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wann kommt endlich die Reform des PsychKG?

Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat aus dem Gutachten zum Maßregelvollzug? Welche Schlussfolgerungen zieht der Senat aus dem Umstand, dass die Senatsverwaltung (laut Gutachten) eher personell unterbesetzt ist? Und sieht der Senat die Gefahr von Fehlentscheidungen aufgrund dieser Situation?

Wie wirkt sich das Scheitern des Projektes von ZIK in Weißensee auf die Finanzplanung des Maßregelvollzugs aus? Plant der Senat weitere Versuche solche Einrichtungen in Berlin zu etablieren? Anhand welcher Daten erfolgt die Prognose der Belegungstage?

Frage Nr. 74, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung des Finanzbedarfs.

Frage Nr. 74, Piratenfraktion

Titel bitte anhalten.

Dr. Martin Möllhoff-Mylius (SenGesSoz) erläutert, das Gutachten vom 4. Februar habe völlig regelgerechte Behandlungsverläufe im Krankenhaus des Maßregelvollzugs – KMV – festgestellt; es gebe keine Abweichungen in Bezug zu Maßregelvollzugseinrichtungen anderer Bundesländer. Das KMV könne sich hinsichtlich der vorgehaltenen medizinisch-therapeutischen und pflegerischen Standards mit den Einrichtungen anderer Bundesländer messen lassen. Die Verweildauern der Patienten im KMV im stationären Bereich lägen im mittleren Bundestrend. Es bestünden ein minimaler Kostenaufwand und ein maximaler Erfolg. Die Stationsgrößen des Berliner KMV seien verhältnismäßig groß, die Verweildauern in Sondereinrichtungen des KMV und im Bereich des ambulant-komplementären Systems leicht höher.

Das Gutachten empfehle die Stärkung der ambulanten Nachsorge über die Schaffung einer am KMV angesiedelten Ambulanz. Es handele sich hierbei nicht um die forensisch-therapeutische Ambulanz; diese bestehe bereits seit Langem, sei früher bei den Sozialen Diensten der Justiz angesiedelt und mittlerweile beim Institut für forensische Psychiatrie der Charité etatisiert. Diese Ambulanz kümmere sich um die besonders gefährlichen Gewaltstraftäter sowie die Sexualstraftäter, mittlerweile mit einer Zuweisungsquote von 50 Maßregelvollzugspatienten und 50 entlassenen Straffälligen aus dem Bereich des Berliner Justizvollzugs. Der Gutachter habe eine zusätzliche, spezielle Ambulanz am KMV gefordert. Dies sei eine sinnvolle Institution, mit der andere Bundesländer bereits erfolgreich arbeiteten. Werde der vorliegende Wirtschaftsplan vom Parlament genehmigt, könne diese Ambulanz, beginnend mit drei Vollzeitkräften, in Betrieb genommen werden.

Das Urteil zum Projekt von ZIK in Weißensee basiere auf baurechtlichen Vorschriften, wonach in einem reinen Wohngebiet keine Maßregelvollzugseinrichtung errichtet werden dürfe. Für den Bereich der forensisch-therapeutischen Ambulanz der Charité habe dies keine Auswirkungen, da diese Klientel niemals nach Weißensee gekommen wäre. Momentan verzeichne man einen leicht fallenden Anstieg der Belegung im KMV. Eine endgültige Prognose sei allerdings schwierig, da das KMV nicht frei sei in der Entlassung bzw. der Zuweisung von Patienten; hierüber entscheide die Justiz. Von hier kämen die sogenannten nichtrückweisbaren Zuweisungen. Die Einrichtung in Weißensee hätte zur Entspannung der anderen Einrichtungen beigetragen. Es sei bedauerlich, dass es zu dieser Entscheidung gekommen sei.

Heiko Thomas (GRÜNE) merkt an, dass hinter dem Urteil eine Klage stehe, die gesellschaftlich zwar verständlich sei, die er jedoch als hoch problematisch empfinde. Er danke allen, die in dem Bereich arbeiteten. Das Gutachten habe festgestellt, dass der Bereich unterausgestattet sei, insofern freue er sich, dass nun mehr Mittel bereitgestellt würden. Das Thema, auch das des Gutachterwesens, müsse ausgiebig diskutiert werden, auch vor dem Hintergrund der Geschehnisse in Bayern. Seien künftig ähnliche Maßnahmen wie das Projekt von ZIK in Weißensee geplant?

Andreas Kintzel (KMV; Geschäftsleiter) stellt klar, dass das Projekt ZIK eine Maßnahme eines freien Trägers sei, der Betten für Patienten angeboten habe, die sich in der Entlassungsvorbereitung befänden. Es handele sich nicht um eine Maßnahme des Landes Berlin oder des KMV. Es gebe zahlreiche Träger, die Betten zu diesem Zweck anböten. Derzeit gebe es mit keinem freien Träger ein solches Projekt.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet um nähere Erläuterungen. Sei es bislang nicht schwierig gewesen, solche Plätze zu finden? Ihm seien zwei Projekte in Berlin, in Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf, bekannt.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, dass die im Gutachten empfohlene Stärkung der Ambulanzen nichts mit dem Angebot von ZIK zu tun habe. Das Gutachten beziehe sich auf Ambulanzen für „gefährlichere“ Patienten. Diese Ambulanzen seien in der unmittelbaren Nähe des KMV aufzubauen; dies geschehe auch. Dadurch könnten Patienten früher aus dem stationären Bereich in ambulante Strukturen gebracht werden. In Hessen werde so bereits erfolgreich verfahren. Die Angebote der freien Träger seien für eine andere Klientel gedacht. Von ZIK habe es in Weißensee ein zusätzliches Angebot gegeben. Die 20 Patienten seien nun in anderen Einrichtungen untergebracht worden. Aktuell würden die Kapazitäten, die ZIK geboten hätte, nicht benötigt. Für den Bedarfsfall stünden in anderen Gebieten Plätze zur Verfügung.

Dr. Martin Möllhoff-Mylius (SenGesSoz) verweist noch einmal darauf, dass der Anstieg der Belegung derzeit leicht falle. Ob dies dauerhaft der Fall sei, sei schwer zu prognostizieren. Darin liege auch die Schwierigkeit, freie Betten vorzuhalten und zu planen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Titel weiterhin zur zweiten Lesung zurückgestellt werde. Die Frage habe sich erledigt.

Titel 684 06 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 75, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufschlüsselung der Ist-Ausgaben in 2012 und 2013 nach derselben Gliederung.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) teilt mit, dass die Ist-Ausgaben zum Ende eines jeden Monats genannt werden könnten. Da die Zuwendungen vorschussweise alle zwei Monate in Abschlagsbeträgen ausgereicht würden, seien die Angaben für 2013 nicht sehr aussagekräftig.

Heiko Thomas (GRÜNE) erklärt sich damit einverstanden, dass nur die Ist-Ausgaben für das Jahr 2012 aufgeschlüsselt würden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, die Ist-Ausgaben des Jahres 2012 hätten bei den Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz 2 842 894 Euro betragen, beim IGP 11 525 000 Euro, bei der Woche der seelischen Gesundheit 10 000 Euro, bei den Zuwendungen im Bereich Gesundheitswirtschaft 46 235 Euro, bei dem Kooperationsprojekt gesundheitsziele.de 1 268,54 Euro und bei Tabea e. V. 0 Euro gelegen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Zu Erläuterung Nr. 1:

Frage Nr. 76, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Träger sollen 2014 und 2015 Zuwendungen und mit welchen Fördersummen erhalten?

Fraktion der SPD und Fraktion der CDU, Frage Nr. 76:

Bitte um Erläuterung, insbesondere zu Nr. 1 (Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz).

Piratenfraktion, Frage Nr. 76:

Bitte nach Projekten mit Zuwendungssumme aufschlüsseln und ggf. Veränderungen erläutern.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, dass für die Vorjahre die entsprechenden Aufgliederungen geliefert werden könnten. Hingegen sei in der Grundsatzdebatte bereits erläutert worden, dass die Zuwendungsvergabe für das Jahr 2014 zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sei. Anträge, soweit sie überhaupt vorlägen, müssten erst bewertet werden. Eine letztendliche Festlegung der Zuwendungssummen könne erst nach Beschluss des Haushaltsplans erfolgen.

Heiko Thomas (GRÜNE) gibt seinem Erstaunen Ausdruck, dass eine schriftliche Liste – wie in den Vorjahren – nicht geliefert werden könne. So müsste der Titel im Hauptausschuss zur zweiten Lesung zurückgestellt werden. Ihn interessierten alle Fragen zum IGP sowie die Angaben, wer in welcher Höhe gefördert werde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt klar, dass die Projektliste 2013 vollständig geliefert werden könne. Die Frage, welche Träger in welcher Höhe Zuwendungen im IGP und ISP erhielten, werde, wie in den Vorjahren, in den Kooperationsgremien diskutiert. – Steigende Kosten erklärten sich aus den Personalkostenerhöhungen für Tarifbeschäftigte bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, durch höhere Sachkosten bei Miete, Strom, Wasser und der Erweiterung der gesetzlichen Beratungsaufgaben im Zusammenhang mit den Angeboten PID, vertrauliche Geburt und der Vermittlung früher Hilfen. Die Veränderungen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes führten auch zu gestiegenen Qualifizierungsanforderungen an die Mitarbeiterschaft, die zu höheren Vergütungen führen könnten.

Simon Kowalewski (PIRATEN) fragt, wann feststehe, wie viele Mittel verteilt würden. Er bitte sodann um entsprechende Information.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) antwortet, dass darüber nach Beschlussfassung des Haushalts entschieden werde.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Zu Erläuterung Nr. 2:

Frage Nr. 77, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ist-Ausgaben 2012 und 2013 nach Handlungsfeldern. Welche Träger wurden 2012/ 2013 mit welcher Summe gefördert? Welche Träger sollen 2014, 2015 mit welcher Summe gefördert werden?

Soll das Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin in 2014/2015 gefördert werden? Wenn nein, warum nicht?

Soll das Aktionsprogramm Gesundheit hier aufgesetzt werden?

Wie wird die Beschwerdestelle Psychiatrie gefördert bzw. weiterentwickelt? Welche Teile dieser Arbeit sind nach Ansicht des Senats auf Dauer angelegt und sollten deshalb in eine regelhafte Förderung außerhalb dieses Bereiches überführt werden?

Ist eine nochmalige Kürzung der Mittel von Balance und der Lesbenberatung vorgesehen?

Frage Nr. 77, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung, insbesondere zu Nr. 2 (Integriertes Gesundheitsprogramm)

Frage Nr. 77, Fraktion Die Linke

Zu 2. IGP: Wann erscheint der Jahresbericht 2012? Welche neuen Projekte sollen 2014/15 in Angriff genommen werden? Gibt es Projekte, die nicht mehr gefördert werden sollen? Wenn ja, welche und warum?

Frage Nr. 77, Piratenfraktion

Bitte nach Projekten mit Zuwendungssumme aufschlüsseln und ggf. Veränderungen erläutern.

Zu Erläuterung Nr. 3:

Frage Nr. 78, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen sind in 2012/13 finanziert worden? Wer hat die Mittel erhalten (Träger/Empfänger genau)? Wie und anhand welcher Kriterien bewertet der Senat die Maßnahmen?

Bitte Konzept ausführlich darstellen. Wer soll die Mittel erhalten? Wie viel Mittel gibt die Wirtschaft aus eigenen dazu? Welche Akteure werden eingeladen, bei der Vorbereitung teilzunehmen? Welche Unternehmen sind zur Mitarbeit angeschrieben worden bzw. sollen angeschrieben werden? Wer hat davon seine Unterstützung zugesagt?

Zu Erläuterung Nr. 4:

Frage Nr. 79, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung, insbesondere zu Nr. 4 (Zuwendungen im Bereich Gesundheitswirtschaft). Bitte um Auflistung der IGP-Projekte mit jährlicher Zuwendung, Erläuterung des Übertragbarkeitsvermerks, Bericht zur Entwicklung des IGP. Bitte um Darstellung, ob und wo sich das Aktionsprogramm Gesundheit haushälterisch abbildet.

Frage Nr. 79, Fraktion Die Linke

Was wird 2013 konkret gefördert? Bitte Auflistung mit finanzieller Untersetzung.

Frage Nr. 79, Piratenfraktion

Was ist 2012 und 2013 in welcher finanziellen Höhe gefördert worden? Warum soll der Ansatz ab 2014 steigen? Was ist 2014 und 2015 in welcher finanziellen Höhe geplant?

Tarifanpassungen: In welcher Höhe (bitte absolut und prozentual angeben) ist für die Tarifanpassung der Personalkosten bei den Zuwendungsempfänger_innen Vorsorge getroffen?

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht angesichts der Fülle der Fragen aller Fraktionen zum IGP einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass für die Fragen Nr. 77, 78 und 79 ein Bericht erstellt werde.

Titel 684 90 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen –

Frage Nr. 80, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten.

Zu Erläuterung Nr. 1:

Frage Nr. 80, Piratenfraktion

Bitte geförderte Suchthilfemaßnahmen in den Jahren 2012 und 2013 sowie geplante Suchthilfemaßnahmen 2014 und 2015 aufschlüsseln.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, dass Cafe Beispiellos in den Jahren 2012 und 2013 und Karuna prevents im Jahr 2013 gefördert worden seien. Die Förderung beider Projekte solle in den Jahren 2014 und 2015 fortgeführt werden. Der höhere Ansatz im Jahr 2013 resultiere daraus, dass Reste aus dem Jahr 2012 in das Folgejahr übertragen worden seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet worden sei.

Titel 685 74 – Anteil Berlins an der Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen –

Frage Nr. 81, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum fällt der Titel in 2015 weg?

Frage Nr. 81, Piratenfraktion

Warum fällt der Titel ab 2015 weg?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, bei dem Titel handele es sich um eine Zustiftung zu einem HIV-Hilfsfonds der Länder. Die Gesundheitsministerkonferenz – GMK – habe beschlossen, in welche Raten die Zustiftung erfolge. Berlin werde im Jahr 2014 eine letzte Zahlung in Höhe von 168 000 Euro leisten. Für das Jahr 2015 sei keine Zustiftung mehr vorgesehen, der Titel falle daher weg. Die Finanzierung der Stiftung sei voraussichtlich bis zum Jahr 2017 gesichert. Falls eine weitere Zustiftung erforderlich sei, werde die GMK dies beschließen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage erledigt sei.

Titel 686 25 – Zuschuss an das Klinische Krebsregister –

Frage Nr. 82, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was ist das Konzept für den Titel? Wir bitten um Begründung für die Höhe der angesetzten Mittel. Welche anderen Akteure wären für ein zentrales Klinisches Krebsregister geeignet? Welche Form der Zusammenarbeit mit anderen Ländern ist geplant? Warum ist dieser Titel nicht unter dem Kapitel Krebsregister 1112 etatisiert? Inwieweit soll eine Verzahnung mit dem epidemiologischen Krebsregister erfolgen?

Frage Nr. 82, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung des inhaltlich-konzeptionellen Ansatzes sowie Aufschlüsselung des Finanzbedarfs

Klaus Grimm (SenGesSoz) führt aus, der Bundestag habe das Gesetz zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und zur Qualitätssicherung durch Klinische Krebsregister im ersten Quartal 2013 beschlossen; es handele sich insofern um eine neue Aufgabe. Die Verwaltung habe sich um die Kalkulation der finanziellen Voraussetzungen bemüht, als die endgültigen Details der gesetzlichen Regelung noch nicht vollständig klar gewesen seien. Dies betreffe die Einschätzung von Anlauf- und Investitionskosten der Einrichtung, die neu entstehen solle, wie auch die ergänzende Finanzierung für die laufenden Dokumentationsleistungen. Die Finanzierung der Klinischen Krebsregister basiere darauf, dass die Kassen 90 Prozent der Dokumentationsleistungen des Aufwandes übernähmen, dem Land verbleibe ein Rest in Höhe von 10 Prozent. Dies gelte auch für den Bereich der Anlauf- und Investitionskosten. Zu letzte-

rem Teil habe sich die Deutsche Krebshilfe bereit erklärt, den Ländern einen Fixbetrag zu gewähren. Das Land Berlin partizipiere in diesem Fall mit einer Summe von 550 000 Euro an diesen Leistungen.

SenGesSoz prüfe derzeit, wie bei der Konzeption des Klinischen Krebsregisters aus den bereits bestehenden Strukturen wie dem Tumorzentrum Berlin e. V und dem Gemeinsamen Krebsregister der neuen Bundesländer Synergien gewonnen werden könnten. Die Diskussion entwickle sich augenscheinlich in die Richtung, dass man ein neues Klinisches Krebsregister in eigenständiger Rechtsträgerschaft abbilden müsse mit einer Vielzahl von Möglichkeiten, die Querverbindungen zwischen dem bereits etablierten epidemiologischen Krebsregister und dem künftigen Klinischen Krebsregister beinhalteten. Die von den Fraktionen erbetenen Details könnten erst nach der Diskussion der Hauptausschussvorlage, die für die Entsperrung des Titels notwendig sei, gegeben werden. Das Konzept werde voraussichtlich zum Jahresende vorliegen.

Heiko Thomas (GRÜNE) weist darauf hin, dass das epidemiologische Krebsregister sich auf alle ostdeutschen Bundesländer einschließlich Berlin beziehe. Mecklenburg-Vorpommern habe seinem Wissen nach bereits ein Klinisches Zentrum auf Landesebene eingerichtet. Werde sich das Klinische Krebsregister nur auf Berlin bzw. auf Berlin und Brandenburg beziehen?

Klaus Grimm (SenGesSoz) bestätigt, dass diese Frage diskutiert werde. In Mecklenburg-Vorpommern sei bereits ein eigenständiges Klinisches Krebsregister eingerichtet worden, auch Brandenburg gehe einen eigenen Weg. Der Grundprüfaspekt beziehe sich auf die Möglichkeit, im Rahmen der schwierigen Vertragsverhältnisse ein gemeinsames Klinisches Krebsregister der neuen Bundesländer nachzurüsten – im Zusammenhang mit dem gemeinsamen epidemiologischen Register. Im Augenblick lasse sich aus dem Diskussionsstand eher herauslesen, dass man in einer überschaubaren Zeit nicht zu einer großen Lösung komme. Das Bemühen müsse dahin gehen, mit Blick auf die Finanzierungspflicht der Krankenkassen, die ab Januar 2014 beginne, eine Lösung zu finden, die nichts verbaue, die aber die Gewähr dafür biete, dass begonnen werden könne, um dann flankierend zu prüfen, ob das Konzept fortgeschrieben und auf die neuen Länder übertragen werden könne.

Heiko Thomas (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Krankenkassen die Finanzierung des Anteils von 90 Prozent freiwillig übernommen hätten. Sei es möglich, dass sie sich der Verpflichtung entzögen, beispielsweise wenn jedes Bundesland ein eigenes Register einrichte?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt klar, dass die Finanzierung gesetzlich geregelt sei. Die meisten Bundesländer, die mit der Arbeit des in Berlin geführten Gemeinsamen Krebsregisters zufrieden seien, würden für die Untersuchung der Verläufe von Krebserkrankungen eigene Klinische Krebsregister aufbauen wollen. Dies müsse nicht zu höheren Kosten führen, ggf. sei diese Lösung sogar kostengünstiger. Da es aller Voraussicht nach nicht zu einer Kooperation mit anderen Bundesländern komme, werde Berlin wohl ein eigenes Klinisches Krebsregister aufbauen müssen. Die Mittel dazu seien noch gesperrt, derzeit werde eine Konzeption erarbeitet.

Thomas Isenberg (SPD) bittet um Erläuterung des Ansatzes von 760 000 Euro.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, dass sich die Bedarfszahl anhand der Neufälle von Krebserkrankungen in Berlin errechne. Von den Gesamtkosten, die für ein Klinisches Krebsregister erforderlich seien, übernehme Berlin 10 Prozent.

Thomas Isenberg (SPD) fragt, ob die Gesamtkosten vorgegeben seien.

Klaus Grimm (SenGesSoz) antwortet, die Gesamtkosten basierten auf der Anzahl der Erkrankungen; eine andere Größe ergebe sich aus dem Bundesgesetz, welches die Zuschüsse der Kassen vorgebe. Diese lägen bei 119 Euro je Fall.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 540 29 – Leistungen an die Fachstelle für Suchtprävention –

Frage Nr. 83, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was ist ursächlich für die erhöhten Ausgaben in 2012? Ist davon auszugehen, dass die Ausgaben rückläufig sind? Wie sollen die Ist-Ausgaben aus dem veranschlagten Titel getätigt werden?

Frage Nr. 83, Fraktion Die Linke

Warum keine Aufstockung, das Ist 2012 lag 25 T€ höher?

Frage Nr. 83, Piratenfraktion

Bitte Titel mit finanzieller Untersetzung aufschlüsseln. Was ist durch die Fachstelle für Suchtprävention 2012 und 2013 umgesetzt worden? Was ist in welcher finanziellen Höhe in den Jahren 2014 und 2015 geplant? Wie ist die Laufzeit des Dienstleistungsvertrags? Ist vorgesehen, die Fachstelle mal neu auszuschreiben und eine Neukonzeptionierung zu ermöglichen?

Staatssekretärin Emine Demirbügen-Wegner (SenGesSoz) erklärt, dass der Fachstelle für Suchtprävention im Jahr 2012 für den Ausbau der Angebote 50 000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt worden seien. Ab 2013 seien für die Fortführung der Angebote jährlich 25 000 Euro vorgesehen.

Simon Kowalewski (PIRATEN) verweist auf die Fragen seiner Fraktion nach Laufzeit des Dienstleistungsvertrages und ob vorgesehen sei, die Fachstelle neu auszuschreiben.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, dass der Vertrag bis 2015 laufe; jährlich seien 490 000 Euro veranschlagt. Ausschreibungen habe es bereits in den Jahren 2005, 2007 und 2010 gegeben. Die nächste Ausschreibung werde zum Ende der Vertragslaufzeit fällig und enthalte die Beschreibung der zu erbringenden Leistungen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage beantwortet sei.

**Titel 546 92 – Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 84, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Ausführung der Maßnahmen, die hieraus 2012, 2013 bezahlt wurden? Warum kann dieser Titel entfallen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) antwortet, es handele sich um eine ESF-Maßnahme – Technische Hilfe – und beziehe sich auf die Förderperiode 2007-2013. Der Titel entfalle nun. Für die neue Förderperiode sei die Technische Hilfe in einem Haushaltstitel zusammengefasst. Ob bzw. wie sie aufgeteilt werde, sei Teil der Verhandlung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 684 64 – Zuschüsse für Maßnahmen der Suchthilfe und -prävention –

Frage Nr. 85, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum bedürfen diese Maßnahmen der „besonders engen fachlichen Steuerung“?

Wie und in welcher Höhe wurde für eine Tarifierung Vorsorge getroffen?

Wie wurden die genannten Projekte ausgewählt? Woraus ergibt sich der erhöhte Titel des Projekts Cafe Beispielos in 2014 und 2015?

Frage Nr. 85, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Titel anhalten

Frage Nr. 85, Fraktion Die Linke

Wie erklärt sich die Absenkung im Vergleich zum Ist 2012, zumal darauf verwiesen wird, dass für eine Tarifierung Vorsorge getroffen wurde?

Zu Erläuterung Nr. 4:

Frage Nr. 85, Piratenfraktion

Gender Budgeting: Was soll daran problematisch sein, dass bei „Quit the Shit“ der Frauenanteil deutlich höher ist als bei anderen Maßnahmen der Suchthilfe und -prävention?

Zu Erläuterung Nr. 5:

Frage Nr. 85, Piratenfraktion

Warum wird der Ansatz ab 2014 erhöht? Was ist geplant?

Tarifanpassungen: In welcher Höhe (bitte absolut und prozentual angeben) ist für die Tarifanpassung der Personalkosten bei den Zuwendungsempfänger_innen Vorsorge getroffen?

Staatssekretärin Emine Demirbüken-Wegner (SenGesSoz) berichtet, die Projekte Drug-stop, Quit the Shit und Cafe Beispiellos böten Hilfsangebote für spezielle Zielgruppen an. Die Hilfskonzepte müssten neuen Entwicklungen, Konsumtrends bzw. Nutzungsverhalten und den daraus resultierenden veränderten Bedarfslagen der Zielgruppen flexibel angepasst werden. Für Tarifanpassungen seien Mittel in Höhe von 8 770 Euro für das Jahr 2014 und 11 960 Euro für das Jahr 2015 eingestellt worden. Die Auswahl der Projekte sei wegen deren speziellen Know-how für die speziellen Zielgruppen erfolgt. Die Ansätze für den Doppelhaushalt 2014/2015 für das Projekt Cafe Beispiellos befänden sich auf dem Niveau des Jahres 2012. Der Zuschuss für das Jahr 2013 sei gleich hoch und stamme aus Mitteln des Titels 684 64 sowie des Titels 684 90, Erhöhung der Kofinanzierung aus zweckgebundenen Mitteln der Deutsche Klassenlotterie.

Der höhere Frauenanteil beim Projekt Quit the Shit sei nicht problematisch, daher werde in den Erläuterungen ausgeführt, dass keine Umsteuerung beabsichtigt sei. Das Projekt Cafe Beispiellos stelle ein gesamtstädtisches Angebot für von Glücksspielsucht betroffene Menschen und deren Angehörigen zur Verfügung. Im Kontext des im Jahre 2011 in Kraft getretenen Spielhallengesetzes Berlin sei der Senat aufgefordert gewesen, Maßnahmen gegen Spielsucht zu intensivieren. Das Projekt werde seit dem Jahr 2012 stärker gefördert. Das Beratungsangebot in Spandau sei personell verstärkt worden und es sei eine engere Verzahnung mit der Thematik Online-Spielsucht und Online-Sucht vorgenommen worden.

Elke Breitenbach (LINKE) moniert, dass die Fragen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion nicht beantwortet worden seien.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, dass das Projekt Mitmachparcours im Jahr 2012 einmalig für die Errichtung von zwei neuen Parcoursstrecken 70 000 Euro erhalten habe. Für die Folgejahre ergebe sich diesbezüglich kein weiterer Bedarf. Das Projekt sei hinsichtlich der Cannabis- und Glücksspielprävention erweitert worden. – Zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen: Unter diesem Titel seien besondere Hilfsangebote gesammelt worden, die sich auf spezielle Zielgruppen konzentrierten. Diese Hilfskonzepte seien stark von neuen bzw. veränderten Formen der Sucht und Suchtprävention abhängig. SenGesSoz ziele darauf ab, sich in enger Abstimmung mit den Trägern aktuell auf besondere Zielgruppen und Problemstellungen einzustellen.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, warum gerade für diese Zielgruppe eine „enge fachliche Steuerungsnotwendigkeit“ nötig sei und nicht auch für andere Gruppen mit ähnlichen Problemen.

Christine Köhler-Azara (SenGesSoz, Drogenbeauftragte des Landes) weist darauf hin, dass im IGP die Projekte der regionalen Grundversorgung enthalten seien, also die Drogenberatungsstellen, die in den einzelnen Bezirken angesiedelten seien. Die fachliche Steuerung im IGP sei im Bereich des Kooperationsgremiums etc. gegeben. Der Auftrag an die Drogenberatungsstellen sei in allen Bezirken nicht immer identisch, aber doch ungefähr gleich. Sie müssten Angehörige beraten, Erstberatungen durchführen, sich um einen Entzugsplatz im Kran-

kenhaus bzw. um die Kostenübernahme kümmern sowie um die Probleme, die bei Inhaftierung der Menschen aufträten. Das Projekt Quit the Shit biete Onlineberatung für Cannabisabhängige an. Viele Menschen, vermehrt Frauen, bevorzugten zunächst ein anonymes Beratungsangebot. Das Projekt Cafe Beispiellos wende sich stadtweit an Menschen mit Glücksspielsuchtproblemen bzw. mit Problemen, die aus der Onlineglücksspielsucht entstünden. Hier werde geprüft, in welchen Regionen es spezielle Probleme mit dieser Sucht gebe. Daraus resultiere die in Spandau eingerichtete „Außenstelle“. Das Projekt Drugstop richte sich an Jugendliche auf Trebe mit massiven Drogenproblemen. Das Projekt Komma spreche Jugendliche und junge Erwachsene an, die ein Angebot zur Tagesstruktur benötigten, weil sie beispielsweise nicht mehr zur Schule gingen, aber auch noch nicht in Jugendhilfemaßnahmen integriert seien. Diese würden auf der Straße angesprochen und den Hilfeangeboten zugeführt, um sie in das Suchthilfesystem überzuleiten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 684 92 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) –

Frage Nr. 86, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Maßnahmen/ Träger wurden 2012/2013 hieraus finanziert (einzeln auflisten)? Warum kann dieser Titel entfallen? Welche Alternativen sollen den Trägern angeboten werden?

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erläutert, dass man selbstverständlich weiterhin gerne ESF-Mittel einsetzen würde, hingegen bliebe dies davon abhängig, welche ESF-Mittel dem Land Berlin zufließen würden. Die Entscheidung über die Verteilung stehe noch aus.

Heiko Thomas (GRÜNE) bittet um Angabe, wer in den Jahren 2012 und 2013 gefördert worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss einen Bericht erhalte.

Titel 893 60 (neu) – Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen) –

Frage Nr. 87, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung des Titels und der niedrig geplanten Ausgaben.

Frage Nr. 87, Piratenfraktion

Bitte geplante Investitionen 2014/2015 sowie Soll-Ist-Differenz 2012 erläutern.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) erklärt, bei diesem Titel würden Ausgaben für Standardanpassungen und dringend erforderliche Umbau- oder Erweiterungsbauten bei Einrichtungen der Drogen- und Suchthilfe veranschlagt; grundsätzlich jährlich 50 000 Euro. Im Jahr 2012 seien darüber hinaus einmalig 280 000 Euro für die Einrichtung und Ausstattung eines Be-

handlungszentrums für die Durchführung von Diamorphinbehandlungen veranschlagt worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

**Titel 683 35 – Zuschüsse nach dem LKG an andere Krankenhausträger
- Schließung oder Umstellung- –**

Frage Nr. 88, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Zuschüsse sind in 2012 und 2013 an wen geflossen?

Frage Nr. 88, Piratenfraktion

In welchen Krankenhäusern/Fachbereichen ist der Bettenabbau bzw. die Schließung vorgesehen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) teilt mit, dass die Schlosspark-Klinik im Jahr 2008 vor dem Verwaltungsgericht auf Zahlung von Schließungskosten für 21 Betten geklagt habe. Die Klage sei vor dem Oberverwaltungsgericht mit einem Vergleich geendet; das Land habe im Jahr 2012 eine pauschale Ausgleichsleistung in Höhe von 21 000 Euro gezahlt. Im Jahr 2013 seien keine Schließungskosten bewilligt worden. Derzeit lägen keine entsprechenden Anträge vor. – Zur Erleichterung der Schließung von Krankenhäusern würden entsprechend § 9 Abs. 2 Nr. 5 Krankenhausfinanzierungsgesetz Fördermittel gewährt. Die Förderung durch Landesrecht werde in § 14 Landeskrankenhausgesetz geregelt. Die Förderung betrage für jedes infolge der Umsetzung des Krankenhausplans geschlossene Bett 3 000 Euro, bei vollständiger Schließung eines Krankenhauses in Umsetzung des Krankenhausplans 6 000 Euro je geschlossenes Bett.

In Umsetzung des Senatsbeschlusses aus dem Jahr 2010, wonach in gemeinnützigen und privaten Krankenhäusern 200 Betten zurückzunehmen seien, seien Einzelfallentscheidungen getroffen worden, die derzeit umgesetzt würden. In folgenden Krankenhäusern sei unter Berücksichtigung der hinzukommenden Betten saldiert ein Abbau von 143 Betten vorgesehen: im DRK Park-Sanatorium Dahlem 40 Betten, Krankenhaus Hubertus 5 Betten, Waldkrankenhaus Spandau 14, Franziskus-Krankenhaus 10, Martin-Luther-Krankenhaus 10, Krankenhaus Waldfriede 10, Havelklinik 12, Klinik Hygiea 22 und Park-Klinik Weißensee 20 Betten. Hinzu kämen Bettenreduzierungen als Ergebnis der Umsetzung des Krankenhausplans 2010, für die bisher keine Schließungskosten beantragt worden seien, was aber im Nachgang immer noch geschehen könne. SenGesSoz sei von einem Antragsvolumen von 150 Betten ausgegangen. Dies entspreche einem angemeldeten Betrag von 450 000 Euro, der auf beide Jahre verteilt worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

**Titel 891 01 – Pauschale an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH
für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter und kleine bauliche
Maßnahmen –**

**Titel 891 02 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für
Gesundheit GmbH**

Frage Nr. 89, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Was geschieht, wenn die Änderung nicht die Mehrheit des Abgeordnetenhauses findet?

Frage 89, Piratenfraktion

Titel bitte erläutern.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) antwortet, dass das bisherige Verfahren der Einzelförderung beibehalten bliebe, wenn das Parlament die Umstellung auf Pauschalfinanzierung ablehne. Im Haushaltsvollzug sei es dann entsprechend zu ändern. Die eingestellten Volumina würden sich dabei nicht verändern. – Die Umstellung beinhalte auch die mittel- und langfristigen Anlagegüter, die bislang in verschiedenen Titeln einer Förderung veranschlagt worden seien. Mit der Umstellung werde das Ziel verfolgt, die Wirtschaftlichkeit beim Einsatz der Fördermittel zu erhöhen, die Krankenhäuser in ihrem ökonomischen Handeln zu stärken, sie insbesondere über Zeitpunkt und Umfang ihrer Baumaßnahmen und die Verwendung der Fördermittel eigenverantwortlich entscheiden zu lassen. Durch die Pauschalen reduziere sich der Verwaltungsumfang bei den Krankenhäusern wie auch der Verwaltung und führe zu mehr Transparenz. Verschiedene Titel entfielen, zeitliche Verzögerung und Verschiebungen bei Einzelförderungen und Bauinvestitionen würden mit diesem Verfahren umgangen. Das Verfahren mache die Änderung des Landeskrankenhausesgesetzes erforderlich, die vom Parlament erst noch zu beschließen sei.

Thomas Isenberg (SPD) dankt für den Hinweis, dass die politische Entscheidung nicht vorgegenommen sei. Laut Erläuterung des Titels würden die Mittel erstmals im Jahr 2015 veranschlagt, da mit der geplanten Änderung des LKG von dem bisherigen System der Einzel- und Pauschalförderung auf ein insgesamt pauschaliertes Förderverfahren umgestellt werde. Laut Koalitionsvertrag sei die Änderung hingegen nicht geplant sei, es heiße dort, sie werde geprüft.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Hgr. 8, MG 03 – Zuschüsse für Investitionen nach dem LKG –

Frage Nr. 90, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass der Ausschuss auf Wunsch von **Elke Breitenbach** (LINKE) einen Bericht erhalte.

Titel 892 18 – Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger –

Frage Nr. 91, Piratenfraktion

Titel bitte erläutern.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) verweist auf die Erläuterung zu den öffentlichen Krankenhäusern, das Verfahren werde für beide gleichermaßen umgestellt.

Simon Kowalewski (PIRATEN) fragt, wie die Mittel auf die einzelnen Häuser verteilt würden, wenn nicht mehr konkrete Projekte gefördert würden, sondern ein großer Topf bestehe.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist darauf, dass viele Bundesländer die Pauschalfinanzierung eingeführt hätten. Die die Pauschalfinanzierung nicht eingeführt hätten, hätten den höchsten Satz der Krankenhausfinanzierung. Alle Häuser, die sie eingeführt hätten, hätten den niedrigsten Satz der Krankenhausfinanzierung. In Berlin sei dieses Verfahren ausgesetzt worden, weil ein Drittel der Krankenhausfinanzierung im Darlehensprogramm gewesen sei. Man habe zudem aus den Erfahrungen der anderen Bundesländer lernen wollen. Aus diesem Grunde enthalte der Koalitionsvertrag den Prüfauftrag. Der Bericht liege nunmehr vor, und im Senat habe ein Austausch stattgefunden, der nun als Beschluss des Senats im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung vorgelegt werde. Die Koalitionsfraktionen des letzten Haushaltes hätten die jetzt vorhandenen Krankenhausinvestitionsmittel mit Absicht so zugeordnet, dass sie im Jahr 2015 ausliefen, wenn auch das Darlehensprogramm auslaufe. Es sei darauf geachtet worden, dass bis zum Jahr 2015 alle Häuser die gleiche Ausgangslage hätten.

Die Konvergenzphase, die andere Bundesländer gehabt hätten, wo ein Haushalt am Anfang viel erhalten habe und mit besseren Ausgangsvoraussetzungen gestartet sei, sei im Rahmen der Förderung von 1990 bis 2015 ausgeglichen worden. Je Bett bzw. je Fall stünden im Jahr 2015 die Häuser ungefähr an der gleichen Startlinie. Eine Zuweisung würde, wie in anderen Bundesländern auch, nach Fallzahl und Fallschwere erfolgen. Im Rahmen des LKG müsse darüber diskutiert werden, wie eine solche Zuweisung erfolge. Es gebe dann keine eigenen Maßnahmen mehr. Die Häuser könnten weitaus unbürokratischer mit der Krankenhausfinanzierung umgehen, sie könnten die Mittel selbst einpflanzen und müssten „nur“ über einen Wirtschaftsprüfer bestätigen, dass sie dem politischen Auftrag nachgekommen seien und sie für Investitionen und Betten eingesetzt hätten, die im Krankenhausplan vorgegeben seien.

Schon heute finanzierten die Krankenhäuser Investitionen, die für die Versorgung notwendig seien und die sie schnell tätigen wollten, aus eigenen Mitteln. weil sie wissen, dass der bürokratische Aufwand und der zeitliche Vorlauf so groß seien, dass es für sie nicht sinnvoll sei, wichtige Maßnahmen über den Landeshaushalt zu finanzieren. Maßnahmen, die eher nachrangige Bedeutung hätten, regelten sie über die öffentliche Finanzierung. Dem Anspruch des Landes, dass eine Rettungsstelle eingerichtet oder eine bestimmte medizinische Versorgung an einem bestimmten Krankenhaus erbracht werde, werde man mit dem derzeit zur Verfügung stehenden geringen Investitionsvolumen sowieso nicht mehr gerecht. Für die Häuser sei da eine Pauschalfinanzierung sinnvoller. – Der Hinweis von Herrn Isenberg sei richtig, dass dazu noch eine politische Diskussion notwendig sei, da das Parlament diese Entscheidung treffe. Der Senat lege lediglich einen Vorschlag im Rahmen des Haushalts vor.

Für die nächsten fünf Jahre lägen Fördermittelanträge der einzelnen Krankenhäuser in einer Größenordnung von rd. 600 Mio. Euro vor; die bisherige Einzelförderung und Schwerpunktsetzung seien weiterhin möglich. Bei der Diskussion über das LKG sollte man sich intensiver mit dieser Thematik beschäftigen. Die Forderungen der Krankenhäuser lauteten, mehr Investitionen tätigen zu können und die Mittel schnell und unbürokratisch zu erhalten. Die Berliner Krankenhausgesellschaft plädiere für eine Pauschalfinanzierung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 892 70 – Zuschüsse für Investitionen nach § 10 Abs. 1 LKG an andere Krankenhausträger –

Frage Nr. 92, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aufgrund welcher Kriterien wurden über die Einzelmaßnahmen entschieden?

Frage Nr. 92, Fraktion Die Linke

Bericht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

**Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –
Zu Erläuterung Nr. 2:**

Frage Nr. 93, Piratenfraktion

Bitte Sachstand zum Stadtplan für Gesundheitsförderung.

Zu Erläuterung Nr. 4:

Frage Nr. 93, Piratenfraktion

Bitte erläutern.

Dirk Rothenpieler (SenGesSoz) bittet um Nachsicht für seine frühere Ausführung zum Thema Leichenschauchein. Natürlich erscheine ein Leichenschauchein nicht auf der Homepage, sondern werde den Berechtigten im geschützten Bereich zur Verfügung gestellt. – Zum elektronischen Datenaustausch: Die bereits vorhandene Software – Octoware – müsse noch den Anforderungen entsprechend konfiguriert und ergänzt werden. Sie werde die Schnittstellen zu den betroffenen Dienststellen herstellen.

Der Entwurf für die Startseite des Stadtplans für Gesundheitsförderung sei den Vorgaben von SenGesSoz entsprechend fertiggestellt, Designinhalte u. ä. seien definiert. Mit Krankenkassen und Gesundheits- und Sportanbietern der Volkshochschule hätten Workshops stattgefunden. Die Datenerhebung wie auch der Import seien vorbereitet. Zum Thema Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination habe ein Workshop mit Organisationseinheiten stattgefunden. Als Nächstes stünden die Abnahme des endgültigen Layouts an sowie eine gemeinsame Werbeak-

tion von Betreiber, Auftraggeber und Medienpartnern, um den Datenrücklauf weiter zu erhöhen. Redaktionelle Inhalte seien zu erarbeiten, die Domäne sei zu reservieren und festzulegen, und die Website müsse mit den Seiten anderer Portale verlinkt werden. Sodann folge die Prüfung, Freigabe und der offizielle Start der Website. Der Vertrag mit dem Auftragnehmer ende zum Ende des Jahres. Weitere Fragen zu Betrieb, Wartung und Pflege des Portals befänden sich derzeit in der Verhandlung.

Thomas Isenberg (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht, komplettiert um Designentwürfe der Homepage und andere Detailinformationen.

Staatssekretärin Emine Demirbükten-Wegner (SenGesSoz) teilt mit, dass das Erbetene nicht vor Mitte/Ende Oktober geliefert werden könne.

Thomas Isenberg (SPD) erbittet einen schriftlichen Bericht über das bislang Erreichte sowie darüber, wann welche Schritte geplant seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Gruppe 004777 – Berufsausbildung –

Frage Nr. 94, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Woraus resultiert der starke Aufwuchs?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) berichtet, der Anstieg der Kosten von rd. 961 000 Euro im Jahr 2011 auf rd. 4 Mio. Euro im Jahr 2012 resultiere aus der Umstrukturierung im Zuge des Neuzuschnitts der Senatsverwaltungen nach der Abgeordnetenhauswahl. Das operative Ziel 4777 beinhalte den Kostenträger 79126 – Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Gesundheits-, Sozial- und Veterinärberufe –. Seit dem Jahr 2012 seien durch die Wiedereingliederung des LAGeSo in die Kostenträgerstruktur der Abteilung Gesundheit neun Kostenträger des LAGeSo diesem operativen Ziel zugeordnet. Von den Kosten des Jahres 2012 entfielen 3,4 Mio. Euro auf die Kostenträger des LAGeSo. Ohne diese Kostenträger lägen die Kosten bei 735 000 Euro und damit unter denen des Jahres 2011.

Heiko Thomas (GRÜNE) vermisst die Angabe pro Fall.

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, dass es sich um ein ministerielles Geschäftsfeld handele, bei dem es nur zu einer zusammenfassenden Darstellung komme. Die einzelnen Produkte würden dort, wo sie eine bestimmte Größenordnung hätten – die A- und B-Produkte, die mindestens 80 Prozent ausmachten – einzeln dargestellt. Die Zusammenfassung enthalte auch den Wechsel des Bereichs der Anerkennung der akademischen und nichtakademischen Berufe; daraus resultiere der Aufwuchs.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) ergänzt, dass die Anzahl der bestandenen und nicht bestandenen Prüfungen auf Seite 147 des Einzelplans 11 zu finden sei. Aus dem hinzugekommenen Bestandteil resultiere die Anzahl der betroffenen Fälle.

Franz Allert (LAGeSo) weist darauf hin, dass bei den Staatsprüfungen auch die Kosten je Mengeneinheit, nach derselben Struktur wie bei allen Produkten, aufgeführt seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kapitel 1111 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel 514 79 – Allgemeine Verbrauchsmittel –

Frage Nr. 95, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erklärung der Höhe (vgl. Ist 2012: 42.064 €; Ist 30.06.2013: 12.832 €)

Prof. Dr. Michael Tsokos (GerMed) teilt mit, dass gewisse Verbrauchsmaterialien stets vorgehalten werden müssten. Der Titel variere von Jahr zu Jahr, abhängig von der Zahl der Sterbezahlen und der durchgeführten Obduktionen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 519 25 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 96, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erklären sich die hohen Ist-Ausgaben 2012?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erläutert, dass Labore umgebaut, automatische Türöffner im Leichenschauhaus eingebaut, einzelne Räume nachklimatisiert worden seien. Im Hauptgebäude sei eine bestimmte Elektronik eingebaut worden. Darüber hinaus habe die BIM rückwirkend die Kosten für Drainagebehälter aus den Jahren 2010, 2011 und 2012 in Rechnung gestellt, die im Jahr 2012 einmalig aus diesem Titel bezahlt worden seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 540 10 – Dienstleistungen – Zu Erläuterung Nr. 5:

Frage Nr. 97, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um was für eine Art Akkreditierung handelt es sich und wieso sollen die Ausgaben um 30.000 € ansteigen?

Prof. Dr. Michael Tsokos (GerMed) erklärt, bei der Akkreditierung handele es sich um die Anerkennung eines Labors nach europaweitem Standard. Bei Durchführung der Akkreditierung für das chemisch-toxikologische Labor sei aufgefallen, dass dies weitaus teurer sei – um 30 000 Euro – als die in den Vorjahren jeweils veranschlagten 20 000 Euro. Die Akkreditierung habe bislang aufgrund der personellen Situation und zuvor nicht gegebener infrastruktureller Voraussetzungen, die jetzt erst gegeben seien, nicht stattgefunden. Ziel sei es, einen

Standard vorzuweisen und eine Zwei-Klassen-Rechtsmedizin in Berlin gar nicht erst aufkommen zu lassen. Beim Institut für Rechtsmedizin der Charité sei die Akkreditierung bereits erfolgt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage habe sich erledigt.

Titel 812 79 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Frage Nr. 98, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erläuterung der Anschaffung einer Chromatographieeinheit mit Massenspektrometer. Wie notwendig ist diese Anschaffung? Handelt es sich um eine Ersetzung oder warum wie entwickeln sich die Wartungskosten (siehe 54010)?

Prof. Dr. Michael Tsokos (GerMed) erklärt, dass damit Gewebe- bzw. Blutproben von Verstorbenen untersucht würden, wenn beispielsweise bei einem Tötungsdelikt die Frage nach einer Vergiftung oder Überdosierung geklärt werden müsse. Die Technik entwickle sich rasant weiter. Die Anschaffung erfolge auch für Geräte, die seit Jahren benutzt würden und belastet wären. Da die Inbetriebnahme und Eichung eines solchen Gerätes viele Monate oder länger dauere, sei eine Anschaffung nicht erst möglich, wenn das alte Gerät kaputt sei.

Heiko Thomas (GRÜNE) fragt, ob bei Inbetriebnahme des neuen Gerätes im Jahr 2014 noch der komplette Wartungsvertrag benötigt werde.

Prof. Dr. Michael Tsokos (GerMed) teilt mit, dass der Wartungsvertrag noch laufe und nicht beendet werden könne. Für das zweite Gerät bestehe so auch eine Rückfallversicherung.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kostenträger 73518 – Leichenschau –

Frage Nr. 99, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum steigen die Kosten je ME in € an?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, der Anstieg der Kosten je Mengeneinheit sei mit den gestiegenen Personalkosten durch die Tarifierhöhung nach Inkrafttreten der Entgeltordnung zum TVL zu erklären. Zudem sei die Anzahl der zweiten Leichenschauen geringer als im Jahr 2011 bei gleichen Fixkosten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

[Unterbrechung der Sitzung von 16.35 bis 16.50 Uhr]

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Titel 119 34 – Rückzahlungen überzahlter Beträge –

Frage Nr. 100, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wieso werden die Einnahmen so niedrig angesetzt (2012: 152.685 €; 30.06.2013: 181.075 €)

Frage Nr. 100, Fraktion Die Linke

Bericht über die Rückzahlungen in 2012/2013.

Warum sind die Ansätze in 2014/2015 so niedrig?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) weist darauf hin, dass dies Bestandteil des bereits zu Frage Nr. 5 beschlossenen Berichtsauftrags sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein schriftlicher Bericht bezüglich Fragen Nr. 5 und Nr. 100 vorgelegt werde.

Titel 231 05 – Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II –

Frage Nr. 101, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Informationen zur Höhe der erwarteten Einnahmen. Wie viel Zeit liegt zwischen Vereinnahmung und Auszahlung? Wie verwaltet der Senat die eingehenden Gelder bis zur Auszahlung an die Bezirke zum Ende des Haushaltsjahres? Bitte um Aufschlüsselung der Mittel auf die Bezirke. Bitte um Prognose der Bedarfsgemeinschaften nach Bezirken.

Frage Nr. 101, Fraktion Die Linke

Bericht über die Entwicklung der Kosten und der Auswirkung auf den Landeshaushalt durch die Anpassung der AV Wohnen an den aktuellen Mietspiegel.

Frage Nr. 101, Piratenfraktion

Bitte tabellarische Auflistung der Ist-Ausgaben 2010, 2011, 2012, 2013 und Kalkulation 2014 und 2015 (bitte aufgeschlüsselt nach Bezirken und inkl. der Angabe des Bundesanteils in absoluten Zahlen und in Prozent). Mit welchen Erstattungsbeträgen des Bundes wird 2014 und 2015 kalkuliert (bitte aufschlüsseln nach Bezirken)?

Bitte die AV-Wohnen 2013 hereinreichen, die „voraussichtlich“ ab 1. September 2013 gelten soll.

Bitte die Differenz (gesamt sowie pro Bedarfsgemeinschaft) zwischen tatsächlich geleisteten und tatsächlich anerkannten Kosten der Unterkunft in den Jahren seit 2010 angeben sowie nach Bezirken aufschlüsseln.

Bitte die Schulungspräsentation der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zur Übernahme der Kosten der Unterkunft in Berlin (vgl. KGSt-Evaluation der Organisation und Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, S. 307) hereinreichen. Wie viele Schulungen sind in den Bezirksämtern und Jobcentern in den Jahren 2011, 2012 und 2013 durchgeführt worden (bitte nach Bezirken aufschlüsseln)?

Rainer Toszek (SenGesSoz) führt aus, dass der Rechnungshof vor einigen Jahren Kritik am Verfahren geübt habe. Daraufhin habe SenGesSoz mit SenFin abgestimmt, dass mit dem Bund zweimal im Monat abgerechnet werde. Dabei werde auf die Buchungslisten der Jobcenter sowie auf die Korrektur der Buchungslisten der Bezirke zurückgegriffen. Ein Onlineverfahren erlaube eine direkte Abrechnung mit der Bundeskasse, wodurch dem Landeshaushalt die Mittel innerhalb von zwei bis drei Tagen zur Verfügung stünden. Es handle sich nicht um zusätzliche Mittel, sondern um eine Erstattung des Anteils von derzeit 30,4 Prozent durch den Bund. Ab 2014/2015 werde dieser Anteil auf 27,6 Prozent sinken. Die Höhe der Ausgaben insgesamt werde sich, je nach Antragslage, um 1,5 Mrd. Euro bewegen. Bei Berücksichtigung des künftigen Bundesanteils liege der Anteil Berlins dann zwischen 400 und 500 Mio. Euro. Am Jahresende würden die Mittel auf die Bezirke umgebucht, entsprechend deren Ausgabeanteilen. Die Bezirke erhielten im Rahmen der Globalzuweisung die Ermächtigung von SenFin, die Ausgaben im Laufe des Jahres im Kapitel 3960 zu leisten. – Er gehe davon aus, dass die mündliche Darstellung des Verfahrens ausreiche und dies im Bericht nicht wiederholt werden müsse.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 231 33 – Anteil des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII –

Frage Nr. 102, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Informationen zur Höhe der erwarteten Einnahmen. Wie viel Zeit liegt zwischen Vereinnahmung und Auszahlung? Wie verwaltet der Senat die eingehenden Gelder bis zur Auszahlung an die Bezirke zum Ende des Haushaltsjahres?

Frage Nr. 102, Piratenfraktion

Bitte tabellarische Auflistung der Ist-Ausgaben 2010, 2011, 2012, 2013 und Kalkulation 2014 und 2015 (bitte aufgeschlüsselt nach Bezirken und inkl. der Angabe des Bundesanteils in absoluten Zahlen).

Worauf genau bezieht sich die Kostenerstattung des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII (Kosten der Unterkunft, Regelleistung, Darlehen etc.)?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein Bericht vorgelegt werden solle.

**Titel 272 92 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 103, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung: In welcher Höhe wird weiterhin mit ESF-Mitteln gerechnet? Handelt es sich ausschließlich um Restmittel? Wie lässt sich die Verteilung auf die Jahresscheiben erklären?

Frage Nr. 103, Piratenfraktion

Bitte aktuellen Stand für die neue EU-Förderperiode erläutern. Mit welchen Finanzmitteln wird gerechnet? Welche sozialen Angebote fallen alle weg, wenn die ESF-Mittel nicht fließen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass diese Fragen im Rahmen des schriftlichen Berichts zu Frage Nr. 7 beantwortet würden.

**Titel 272 97 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 104, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie sollen die bisher aus den EFRE-Mitteln finanzierten Leistungen zukünftig gefördert werden?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass diese Frage ebenfalls im Rahmen des schriftlichen Berichts zu Frage Nr. 7 beantwortet werde.

Titel 526 10 – Gutachten –

Frage Nr. 105, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ist die Prüfung von Qualität und Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen nach §75ff SGB XII ausgeschrieben? Wenn ja, mit welchem Inhalt? Wenn nein, wie ist die Zeitplanung?

Zu Erläuterung Nr. 1:

Frage Nr. 105, Fraktion Die Linke

Welche externen Gutachten sind 2013 zu welchen Themen an wen vergeben worden und welche sind noch geplant? Was ist für 2014 und 2015 konkret geplant?

Zu Erläuterung Nr. 2

Frage Nr. 105, Fraktion Die Linke

Aktueller Sachstand für 2013 einschließlich (geplanter) Vergaben und Ausgaben. Wie ist der Vorbereitungsstand zur Umsetzung für 2014/15? Wann, wie und warum soll eine Endsperrung der Mittel erfolgen?

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) berichtet, dass eine Ausschreibung für die Jahre 2014/2015 bislang nicht erfolgt sei, da hierzu verfügbare Haushaltsmittel notwendig wären. Aktuell werde der Berliner Rahmenvertrag Soziales mit den entsprechenden Prüfungsregelungen mit den Verbänden der Leistungsanbieter neu verhandelt. Die Neuregelung werde voraussichtlich erst ab 1. Januar 2015 in Kraft treten. Dabei sei u. a. auch eine anlassfreie Qualitätsprüfung angestrebt. Die Zeitplanung für das Jahr 2014 sei vom Einzelfall abhängig, da nur anlassbezogen geprüft werden könne. Für das Jahr 2015 hänge die Zeitplanung von dem konkreten Verhandlungsergebnis des Berliner Rahmenvertrages Soziales ab. Im Haushaltsjahr 2013 seien keine externen Gutachten vergeben worden.

Elke Breitenbach (LINKE) teilt mit, ihr reiche es nicht aus, wenn zum Thema Prüfung von Qualität und Wirtschaftlichkeit mit Verweis auf die Verhandlungen kein aktueller Sachstand mitgeteilt werde. Die Verhandlungen fänden bereits seit geraumer Zeit statt, es müsse möglich sein, Auskunft zu geben. Ebenso müssten wenigstens ungefähre Vorstellungen über die Vorbereitung für die Jahre 2014/2015 vorhanden sein. – Wenn keine Auskunft gegeben werden könne, ob es in den Jahren 2014 und 2015 externe Gutachten geben werde, werde der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist auf die Systematik der Kommission 75. SenGesSoz beteilige sich bislang an den Kosten der Wirtschaftlichkeitsgutachten, wenn in der Kommission 75 besprochen worden sei, dass Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch externe Gutachter erfolgten. Die anlassunabhängigen Überprüfungen müssten im Rahmen der Rahmenverträge erst noch verhandelt werden. Solange der neue Rahmenvertrag noch nicht abgeschlossen sei, sei der Titel von SenFin gesperrt.

Martin Beck (GRÜNE) bittet um einen ausführlicheren Bericht. Im Hauptausschuss habe es seiner Erinnerung nach bereits eine Vorlage zu dem Vertrag gegeben. Die Liga habe dagegen protestiert, die Vorlage sei zurückgezogen, der Titel sei gesperrt worden. Noch in diesem Jahr habe es einen neuen Sachstand geben sollen; nun solle es erst im Jahr 2015 zu einer Neuregelung kommen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, dass es sich bei dem damaligen Sachverhalt um 250 000 Euro gehandelt habe, die gesperrt gewesen seien und die SenGesSoz habe entsperren lassen wollen für die Durchführung weniger Prüfungen. Dazu habe es im Rahmen der Debatte um die Eingliederungshilfe im Fachausschuss eine Anhörung gegeben. Von dieser Maßnahme habe man für das Jahr 2013 Abstand genommen. Zunächst habe der Rahmenvertrag verhandelt werden sollen, danach erst sollten solche Prüfungen stattfinden. Deshalb sei der Betrag von 250 000 Euro für diese Prüfungen im Haushalt eingestellt worden.

Elke Breitenbach (LINKE) verweist darauf, dass diese Mittel im Jahr 2014 voraussichtlich nicht benötigt würden, wenn es erst Anfang 2015 losgehe.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, der Berliner Rahmenvertrag solle bis zum Ende des Jahres 2013 abschließend verhandelt werden. Im Jahr 2014 müssten die Prüfungen bereits möglich sein.

Ülker Radziwill (SPD) erinnert sich, dass der Titel beim letzten Haushalt gesperrt gewesen sei zwecks Klärung, was genau geprüft werden solle. Die Basis der Rahmenverträge sollten neu verhandelt werden. Daraufhin sei festgehalten worden, dass die Prüfungen nach dem alten Format nicht gemacht würden; sie seien auch nicht erfolgt. Dass SenGesSoz mit Rücksprache SenFin die Mittel wieder eingestellt habe, sei nachvollziehbar, allerdings sei der Titel gesperrt, da die Verhandlungen noch andauerten. Darüber sollte der Ausschuss noch einmal diskutieren.

Martin Beck (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht. Die Wortbeiträge zeigten, wie unterschiedlich man sich erinnere.

Elke Breitenbach (LINKE) fasst zusammen, die Mittel für das Jahr 2013 würden nicht benötigt, und es sei noch unklar, ob die Mittel für das Jahr 2014 gebraucht würden. Sollte jetzt kein Bericht erstellt werden, so werde es ihn im Hauptausschuss geben.

Martina Schnellrath (SenFin) erinnert daran, dass zum Zeitpunkt der Aufstellung des Doppelhaushalt 2012/2013 eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Sozialhilferechts existiert habe. Den Sozialhilfeträgern sollte ein eigenständiges Prüfungsrecht zustehen. Das Parlament habe seinerzeit für den Einzelplan 11 entsprechende Mittel eingestellt, sie allerdings nicht freigegeben, da unklar gewesen sei, was aus der Bundesratsinitiative werden würde. Letztlich sei sie nicht umgesetzt worden. – Vorhin sei der Versuch angesprochen worden, die vom Parlament gesperrten Mittel zu entsperren, um im Rahmen der bestehenden Verträge die Möglichkeiten auszuschöpfen, die es für den Sozialhilfeträger auch in diesem Fall geben könnte. Im Rahmen der Beratungen im Fachausschuss und Hauptausschuss habe man sich anders entschieden, die rote Nummer sei zurückgezogen worden, damit nicht mehr existent. Die Mittel seien im Haushalt 2013 weiterhin gesperrt und könnten ohne Zustimmung des Hauptausschusses nicht in Anspruch genommen werden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) ergänzt, dass der Bund signalisiert habe, im Rahmen eines Bundesgesetzes die Initiative des Bundesrates nach der Bundestagswahl aufzugreifen. Die anlassunabhängige Prüfung des Sozialhilfeträgers habe in einem Referentenentwurf bereits vorgelegen. Nach der Bundestagswahl sein entschieden worden, das Thema im Rahmen des Bundesleistungsgesetzes aufzunehmen. Selbst wenn die Vertragsverhandlungen von SenGesSoz dazu führen würden, dass die Berliner Rahmenvereinbarung später in Kraft trete, sei es gut möglich, dass der Bund bereits früher anlassunabhängige Prüfungen erlaube. Insofern sei die Veranschlagung der Mittel im Haushalt angebracht. Eine etwas bessere Prüfung der Sozialhilfeträger könne dazu beitragen, dort Ausgaben zu reduzieren.

Elke Breitenbach (LINKE) verweist darauf, dass erst jetzt die ersten Gespräche auf Bundes- und Länderebene zum Bundesleistungsgesetz stattfänden. Es bleibe abzuwarten, ob das The-

ma nach der Bundestagswahl schnell erledigt werde. Es werde im Hauptausschuss weiterbehandelt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit in diesem Ausschuss erledigt sei.

Titel 531 01 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 106, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ist-Ausgaben für 2012 und 2013 in gleicher Gliederung. Werden die Veröffentlichungen und Dokumentationen barrierefrei erstellt? Kann aus der Aufstellung geschlossen werden, dass die Leitlinien zur Wohnungslöshilfe und -politik nicht mehr im Zeitraum dieses Haushaltsplans verabschiedet werden?

Frage Nr. 106, Fraktion Die Linke

Auflistungen der Veröffentlichungen in 2012/2013 mit finanzieller Untersetzung. Auflistung der barrierefreien Veröffentlichungen in 2012/13, z.B. in leichter Sprache oder Brailleschrift, und wie barrierefrei sind die Veröffentlichungen im Internetportal der Verwaltung zugänglich. Welche barrierefreien Veröffentlichungen sind in 2014/2015 geplant?

Warum gibt es keine Information über den Berliner FreiwilligenPass?

Zu Erläuterung Nr. 1:

Frage Nr. 106, Piratenfraktion

Wie hoch war/ist das Ist 2012 und 2013?

Zu Erläuterung Nr. 4:

Frage Nr. 106, Fraktion Die Linke

Wie hoch soll die Auflage der geplanten Broschüre zu den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik sein? Wann legt der Senat die Leitlinien endlich vor?

Frage Nr. 106, Piratenfraktion

Bitte Sachstand zu den Leitlinien Berliner Seniorenpolitik.

Zu Erläuterung Nr. 6:

Frage Nr. 106, Fraktion Die Linke

Bitte konkretere Erläuterung zum geplanten Inhalt und zu Auflagenhöhen.

Zu Erläuterung Nr. 7:

Frage Nr. 106, Fraktion Die Linke

Inhalt und Zielgruppen bitte benennen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 107, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ist-Ausgaben für 2012 und 2013 in gleicher Gliederung.

Bitte um Darstellung der Kostenentwicklung im Bereich ehrenamtlicher und „beruflicher“ Betreuung in den letzten fünf Jahren. Warum fällt die Förderung der Betreuungsvereine geringer aus? Sollen ehrenamtliche BetreuerInnen künftig geringer entschädigt werden? Will der Senat überhaupt die ehrenamtliche Betreuung stärken oder setzt der Senat in erster Linie auf die Betreuung durch die gesetzlichen Betreuerinnen? Wenn ja, wie hat der Senat vor ehrenamtliche Betreuung zu stärken bei sinkendem Ansatz bei der Förderung von Betreuungsvereinen? Welche Entwicklung von Betreuungsfällen erwartet der Senat aufgrund demographischer Entwicklung bis 2020? Bitte um Zahlen über betreuten Personen in Berlin, nach verschiedenen Betreuungsarten aufgelistet. Bitte um Kostenvergleich zwischen ehrenamtlicher Betreuung und Betreuung durch gesetzliche BetreuerInnen.

Zu Erläuterung Nr. 1:

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Wie erklärt der Senat die Absenkung der finanziellen Förderung um 37 T€ trotz zunehmender Betreuungen, notwendiger Fort- und Weiterbildungen, steigender Betriebskosten, Tarifierungen etc.? Welche Leistungseinschränkungen sind damit verbunden?

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Bitte Aufschlüsselung für die Jahre 2011 und 2012 wie in den Anlagen zur Roten Nr. 0305. Bitte Ausschreibungsunterlagen für die aktuelle Vertragslaufzeit hereinreichen. Bitte die Kosten pro Jahr für die Gewinnung, Beratung und Fortbildung von ehrenamtlichen Betreuer_innen für 2012 angeben sowie die starken Schwankungen der Kosten pro Jahr seit 2009 erläutern.

Zu Erläuterung Nr. 3:

Frage Nr. 107, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung der Planungen, insbesondere zu Nr. 3 und 6. Welches Ziel verfolgt die Senatsverwaltung mit der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen?

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Welche Erfahrungen und Ergebnisse wurden bisher erzielt und was soll wie verstetigt werden? Welche Maßnahmen wurden und werden 2013 durchgeführt mit welcher finanziellen Unterlegung? Auflistung der geplanten Maßnahmen in 2014/2015 mit finanzieller Unterlegung.

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Bitte geplante Maßnahmen für 2014 und 2015 mit finanzieller Unterlegung auflisten.

Zu Erläuterung Nr. 4:

Frage Nr. 107, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wer soll die rechtliche Beratung der Bezirke durchführen und anhand welcher Kriterien wurde der externe Dienstleister ausgewählt? Soll diese rechtliche Beratung dauerhaft erfolgen? Verspricht sich der Senat hiervon einen zusätzlichen Einnahmengewinn oder Ausgabenrückgang – wenn ja, in welcher Höhe und zugunsten welcher Titel?

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Nähere Erläuterung zum Leistungs-bzw. Abrechnungsmisbrauch, und wer soll wie die rechtliche Beratung durchführen?

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Bitte einen aktuellen Sachstandsbericht.

Zu Erläuterung Nr. 5:

Frage Nr. 107, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wird diese Zusatzerhebung nur einmalig durchgeführt oder wie erklärt sich der hohe Ansatz in 2014? Welche Aussagekraft hat die Erhebung für einen Landespflegeplan? Auf welcher sonstigen Datenbasis soll der Landespflegeplan erstellt werden? Wer wird diesen erstellen? Wie erfolgt die Datenauswertung; wie fließen die Ergebnisse in die Arbeit des Senats /der Senatsverwaltung ein?

Zu Erläuterung Nr. 6:

Frage Nr. 107, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Einrichtungen/ Organisationen/Institute sollen in diesen Prozess eingebunden werden? Wie und anhand welcher Kriterien werden diese ausgewählt?

Frage Nr. 107, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung der Planungen, insbesondere zu Nr. 3 und 6. Welches Ziel verfolgt die Senatsverwaltung mit der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen?

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Auflistung der Evaluierungen und Untersuchungen der Jahre 2012/2013, mit finanzieller Untersetzung. Wer hat jeweils die Evaluierungen/Untersuchungen durchgeführt? Welche Ergebnisse liegen vor und wie wurden bzw. werden diese veröffentlicht?

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Bitte einen aktuellen Sachstandsbericht.

Zu Erläuterung Nr. 7:

Frage Nr. 107, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Einrichtungen/ Organisationen/Institute sollen in diesen Prozess eingebunden werden? Wie und anhand welcher Kriterien werden diese ausgewählt?

Frage Nr. 107, Fraktion Die Linke

Bitte Bericht über das Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin: Mitglieder, Vorhaben, Ergebnisse und bisherige Finanzierung. Was wird finanziell 2014/15 durch wen geleistet? Warum plant der Senat für 2015 keine Mittel ein?

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Wie will der Senat die Fortsetzung des Netzwerks Palliative Geriatrie Berlin ab 2015 sicherstellen? Wie bewertet der Senat dessen Arbeit?

Zu Erläuterung Nr. 8:

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Bitte erläutern. Soll dies durch einen externen Dienstleister durchgeführt werden? Wenn ja, durch welchen?

Zu Erläuterung Nr. 9:

Frage Nr. 107, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Um welchen Dienstleister soll es sich nach Ansicht des Senats handeln?

Frage Nr. 107, Piratenfraktion

Warum soll dies extern durchgeführt werden? Welcher externe Anbieter ist vorgesehen? Als letzter Aktualisierungsstand der Angebotsdatenbank ist der 01.03.2013 angegeben. Ist dies nicht zutreffend?

Elke Breitenbach (LINKE) verweist darauf, dass der erste Teil der Frage ihrer Fraktion nach dem Leistungs- und Abrechnungsmisbrauch, Erläuterung Nr. 4, geklärt sei. Hingegen solle weiterhin eine nähere Erläuterung zur rechtlichen Beratung erfolgen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 540 20 – Versicherungen in besonderen Fällen –

Frage Nr. 108, Piratenfraktion

Bitte Höhe des Titels und Schadensfälle erläutern.

Staatssekretär Dirk Gerstle (SenGesSoz) berichtet, das Versicherungsunternehmen habe die für den privaten Sammelversicherungsvertrag zu zahlenden Jahresprämien seit Beginn der Versicherung im Jahr 2005 schrittweise gesenkt: für die Haftpflichtsammelversicherung von ursprünglich 27 550 Euro auf 17 850 Euro seit 2008, für die Unfallsammelversicherung von ursprünglich 24 244 Euro auf 19 896,80 Euro seit 2007. Im Zeitraum 2005 bis Januar 2013 seien der Versicherung neun Haftpflichtschadenfälle und 18 Unfallschadenfälle gemeldet worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 540 53 – Veranstaltungen – Zu Erläuterung Nr. 4

Frage Nr. 109, Fraktion Die Linke

Ausrichtung der Tagung der BAG. Warum diese unterschiedlichen Ansätze 2013/2014/15?

Zu Erläuterung Nr. 6

Frage Nr. 109, Fraktion Die Linke

Bitte nähere Erläuterungen.

Zu Erläuterung Nr. 7

Frage Nr. 109, Fraktion Die Linke

Bitte nähere Erläuterungen

Frage Nr. 109, Piratenfraktion

Welche Veranstaltungen sind 2014 und 2015 geplant?

Wolfgang Pape-Wunnenberg (SenGesSoz) berichtet, dass Berlin Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger – BAG – sei und in einem Abstand von 20 Jahren die Mitgliederversammlung ausführe. Dies führe zur Erhöhung des Titels von 5 000 Euro auf 10 000 Euro. Der Ansatz von 5 000 Euro sei für die Ausrichtung einer Fachausschusssitzung der BAG nötig gewesen, die Berlin alle fünf bzw. sechs Jahre übernehmen müsse. – Die Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes solle in einem breiten Diskurs mit den Seniorinnen und Senioren, der Fachöffentlichkeit und den Bezirken diskutiert werden. Dazu seien zwei Fachtagungen, eine pro Jahr, geplant. – Für die Verleihung des Berliner FreiwilligenPasses sei wie bisher die Durchführung von zwei Veranstaltungen, für die Verleihung des Berliner Schülerfreiwilligen-Passes eine Veranstaltung geplant. Die Kosten würden sich SenGesSoz und die Senatskanzlei teilen.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um einen Bericht, welche Novellierungen des Seniorenmitwirkungsgesetzes geplant seien. Wie werde die Veranstaltung zur Verleihung des Berliner FreiwilligenPasses und des Schülerfreiwilligen-Passes im Jahr 2013 finanziert? Im Titel seien keine Mittel veranschlagt.

Manja Wanke (SenGesSoz) erläutert, dass in den Jahren 2012 und 2013 keine Mittel eingestellt gewesen seien, weil die Veranstaltungen ursprünglich aus dem Protokolltitel der Senatskanzlei finanziert worden seien. Nach der Wahl in Berlin und der Neubildung der Geschäftsverteilung habe man sich auf eine Aufteilung der Kosten geeinigt. Im Jahr 2013 seien die Kosten über den Veranstaltungstitel, über den auch die Berliner Ehrennadel finanziert werde, übernommen worden, der dazu aufgestockt worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 540 79 – Verschiedene Ausgaben –

Frage Nr. 110, Piratenfraktion

Welche Einzelfälle sind in welcher geplanten Anzahl gemeint?

Rainer Toszek (SenGesSoz) führt aus, dass dieser Titel, der seines Wissens regelmäßig mit 1 000 Euro in allen Kapiteln des Haushaltes eingestellt sei, eine Vorsorge für kleinere Ausgaben darstelle, die nicht planbar seien. Für außerplanmäßige Ausgaben, die keinem bestehenden Sachtitel zuzuordnen seien, müsste andernfalls ein aufwändiges Antragsverfahren über SenFin beantragt werden. Um die Verwaltungskosten zu minimieren, sei ein solcher pauschaler Titel in der Höhe eingesetzt worden, um Einzelfälle, die nicht woanders untergebracht werden könnten und deren Kosten unter 1 000 Euro lägen, finanzieren zu können.

Alexander Spies (PIRATEN) bemerkt, er interpretiere dies so, dass es sich um weniger als zehn Einzelfälle im Jahr handele.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei erledigt.

Titel 546 02 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –

Frage Nr. 111, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie, durch wen und in welcher Höhe soll die Unterstützung bei einer etwaigen Umsetzung von ESF- und EFRE-Maßnahmen der neuen Förderperiode erfolgen? Gibt es eine Neu-Ausschreibung?

**Titel 546 92 – Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 112, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welcher Höhe werden sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln der neuen Förderperiode geplant?

**Titel 546 97 – Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln
(Förderperiode 2007-2013) –**

Frage Nr. 113, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welcher Höhe werden sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln der neuen Förderperiode geplant?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass die Fragen Nrn. 111, 112 und 113 in dem schriftlichen Bericht zu Frage Nr. 7 beantwortet wurden.

**Titel 631 15 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den
Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR –**

Frage Nr. 114, Fraktion Die Linke

Aus welcher Berechnungsgrundlage ergibt sich der Ansatz in 2014/2015- bei einer gleichzeitigen Prognose von steigenden Fallzahlen und steigenden Renten? Hält der Senat die Ansätze für realistisch um die Ausgaben zu decken?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass auf Wunsch von **Elke Breitenbach** (LINKE) ein schriftlicher Bericht erstellt werden solle.

Titel 636 21 – Beiträge an die Unfallkasse –

Frage Nr. 115, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum werden die Beiträge für 2014 und 2015 mit jeweils 769.000 € so niedrig angesetzt (Ist 2012: 1.240.347 € und 30.06.2013: 858.750 €)?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) erklärt, dass sich durch die Verrechnung von Vorschussforderungen Guthaben ergeben hätten. Daraus resultierten die niedrigeren Beiträge.

Rainer Toszek (SenGesSoz) verweist auf die Besonderheit dieses Titels. Hieraus werde für einen speziellen Personenkreis – freiwillige Helfer u. a. – ein Zuschuss an die Unfallkasse geleistet. Die Abrechnung der Unfallkasse sei nicht immer vorhersehbar, da sie selbst nach Quartalen und Aufwand abrechne. In den vergangenen Jahren seien Guthaben entstanden, die mit den laufenden Zuschüssen hätten verrechnet werden können. Momentan sei nicht klar, ob dies auch im Jahr 2014 oder 2015 der Fall sein werde. Sollte der Titel nicht ausreichen, müsse im Rahmen der Haushaltswirtschaft ein entsprechender Ausgleich herbeigeführt werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 684 06 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 116, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine detaillierte Aufschlüsselung des Titels nach den unter I.1 und II.1-5 genannten Posten (inkl. Nennung der Zuwendungsempfänger und Zuwendungshöhe, Laufzeit sowie Ist 2012 und Plan 2014, 2015).

Frage Nr. 116, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Bericht zum ISP: Auflistung der geförderten Projekte mit jährlicher Zuwendung, Erläuterung des Übertragbarkeitsvermerks, Bericht über Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Pläne zur Weiterentwicklung des ISP, perspektivischer Umgang mit Rahmenfördervertrag

Titel 684 06 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Titel 272 92 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2007-2013) –

Frage Nr. 116, Fraktion Die Linke

Rahmenfördervertrag: Wann soll die Neuausschreibung des Rahmenvertrags erfolgen? Wo sind die Kosten für die Ausschreibung eingestellt? Bericht über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit den LIGA Verbänden über die Umsetzung der Rahmenverträge.

Frage Nr. 116, Piratenfraktion

Rahmenförderung: Bitte aktuellen Sachstandsbericht zu den Verhandlungen.

Zu Erläuterung Nr. I.1 des Titels 684 06:

Frage Nr. 117, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Womit erklärt sich die Steigerung der Zuwendungen im Bereich des Rahmenförderungsvertrags? Ist damit ein Aufgabenaufwuchs verbunden, wenn ja, welcher? Wir bitten um eine Aufstellung der geplanten Finanzierung für 2014 und 2015 nach Angebotsbereichen.

Welche Maßnahmen sollen gefördert werden? Wie werden diese ausgewählt? Nach welchen Kriterien gelten sie als geeignet und wer entscheidet darüber? Wie wurden diese Kriterien entwickelt?

In welchem Verfahren und in welcher Höhe wurde für eine Tarifierhöhung der Personalkosten Vorsorge getroffen?

Zu Schuldnerberatung: Wie ist die Entwicklung bei den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen? Welche Mittel wurden zusätzlich eingestellt?

Wie viele Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen fördert der Senat derzeit? Wie bewertet der Senat den Erfolg der Leistungen der Berliner Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen? Bewertet der Senat die finanzielle Ausstattung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen als ausreichend? Wie soll sich die finanzielle Ausstattung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen zukünftig gestalten, erhalten sie wie im Koalitionsvertrag vorgesehen mehr Mittel, und wenn ja, in welcher Höhe? Welche Maßnahmen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sollen gezielt gestärkt werden und wie wurden diese ausgewählt? Wie will der Senat gewährleisten, dass die Leistungen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen künftig stärker über die Qualität als über die reine Quantität der Beratungsleistungen verglichen werden und welche Kriterien legt er dafür an und wie wurden diese entwickelt?

Zu Mobilitätshilfediensten: Wie sieht die Zukunftsplanung der Mobilitätshilfedienste in Berlin aus? Wie wird die Situation in Spandau nach dem 22.09.2013 aussehen?

Frage Nr. 117, Fraktion Die Linke

Zu I.1. Gewährung von Zuwendungen im ISP. Auflistung der Zuwendungsempfänger des ISP nach den einzelnen Angebotsbereichen, Höhe der Zuwendungen und Laufzeit. Was wird mit den Mitteln der Co-Finanzierung aus dem ISP von ESF-Mitteln gefördert? Welche Projekte sollen in 2014/2015 nicht mehr oder mit weniger Zuwendungsmitteln gefördert werden? Welche kommen neu hinzu?

Behindertenhilfe: Welche Veränderungen sind im Bereich für Menschen mit Hörbehinderung geplant?

Wohnungslosen-, Straffälligenhilfe sowie Schuldnerberatung: Welche Maßnahmen plant der Senat um das Hilfsangebot für wohnungslose Menschen dem Bedarf anzupassen? Plant der Senat die Ausweitung der spezifischen Hilfsangebote für wohnungslose Frauen?

Welche spezifischen Hilfsangebote und Projekte für Wohnungslose Migrantinnen und Migranten gibt es? Wie werden sie finanziert?

Welche Maßnahmen und Änderungen, im Bereich der Wohnungslosenhilfe und der Schuldnerberatung, plant der Senat in Auswertung der KGST "Evaluation der Organisation und Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitssuchenden"?

Wann liegt der Leistungsbericht ISP für 2012 vor?

Frage Nr. 117, Piratenfraktion

Zu I.1 ISP: Bitte Einzelaufschlüsselung nach geförderten ISP-Projekten nach Angebotsbereichen und Zuwendungsbetrag sowie ggf. Veränderungen erläutern.

Welche Planungen bestehen hinsichtlich der finanziellen Ausstattung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen?

Tarifanpassungen: In welcher Höhe (bitte absolut und prozentual angeben) ist für die Tarifanpassung der Personalkosten bei den Zuwendungsempfänger_innen Vorsorge getroffen?

Zu Erläuterung Nr. II.3 des Titels 684 06:

Frage Nr. 118, Fraktion Die Linke

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Hält der Senat die Einrichtung einer Geschäftsstelle für den Runden Tisch zum bürgerschaftlichen Engagement für nötig? Was versteht der Senat unter geeigneten Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements? Welche Maßnahmen gab es in 2012/2013- mit welcher finanziellen Unterlegung? Welche konkreten Maßnahmen sind in 2014/2015 geplant, ebenfalls mit finanzieller Unterlegung?

Zu Erläuterung Nr. II.5 des Titels 684 06:

Frage Nr. 119, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Senatsverwaltung und Monitoringstelle? Wie finden Stellungnahmen o.ä. der Monitoringstelle Eingang in die Arbeit der Senatsverwaltung, wer wertet diese aus?

Frage Nr. 119, Fraktion Die Linke

Wann gibt es einen aktuellen Bericht und wie werden die Ergebnisse vorgestellt und veröffentlicht?

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) fragt, wie es mit dem Spandauer Mobilitätshilfedienst weitergehe.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist darauf, dass sich diese Frage nicht auf die Haushaltsplanaufstellung 2014/2015 beziehe. Er könne sie momentan nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass zu den Fragen Nrn. 116 bis 119 ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 684 55 – Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren –

Frage Nr. 120, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine Aufstellung der geplanten Finanzierung für 2014 und 2015 analog der Gliederung für 2013.

In welchem Verfahren und in welcher Höhe wurde für eine Tarifierungsanpassung der Personalkosten Vorsorge getroffen?

Wie viele Anträge auf Fördermittel wurden für das Jahr 2013 und 2014 im Rahmen des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren gestellt? Wie setzt sich die Finanzierung der Stadtteilzentren derzeit zusammen (bitte Art der Mittel und jeweilige Höhe)? Wie viele Anträge auf erstmalige Förderung wurden gestellt, wie viele davon wurden genehmigt, wie viele abgelehnt und nach welchen Kriterien erfolgte die Entscheidung? Bewertet der Senat die zukünftige Finanzierung der Stadtteilzentren als ausreichend?

Wie sehen die Ergebnisse der Recherche der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zur Möglichkeit der Akquise von zusätzlichen EU Mitteln (Neue Förderprogramme ESF, EFRE) für die Arbeit der Stadtteilzentren aus? Was wird hier getan auch in Zusammenarbeit mit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Senatsverwaltung für Arbeit? Ist ab 2014 eine Förderung durch EU-Mittel möglich und vorgesehen (wenn ja, durch welche und in welcher Höhe)?

Welche Zukunft sieht der Senat für Mehrgenerationenhäuser nach Ablauf des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser des Bundes in 2014?

Wird der Senat die Mehrgenerationenhäuser nach Ablauf des Aktionsprogramms weiter fördern, wenn ja in welcher Höhe und mit welchen Mitteln? Nach welchen Förderkriterien wählt er etwaige Projekte aus? Welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung von Stadtteilzentren und Mehrgenerationenhäusern sind geplant? Welche Vorstellungen zur konzeptionellen Weiterentwicklung und inhaltlichen Profilierung von Stadtteilzentren und Mehrgenerationenhäusern hat der Senat und wie sollen diese umgesetzt werden?

Frage Nr. 120, Fraktion der SPD und Fraktion der CDU

Bitte um Erläuterung

Frage Nr. 120, Fraktion Die Linke

Wann soll die Neuausschreibung des Rahmenvertrags erfolgen? Wo sind die Kosten für die Ausschreibung eingestellt?

Bericht über Finanzierung, planmäßig Beschäftigte und Laufzeit der 50 Projekte.

Welche Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung wurden in den jeweiligen STZ eingeleitet? Welche konkreten Initiativen/Aktivitäten fanden in den jeweiligen STZ gegen Rechtsextremismus in 2012/2013 statt?

Welche Strukturen sind geplant, um den Prozess der Umverteilung und Aufstockung mit den Bezirken und dem DPW abzustimmen? Welche Dauer ist für diesen Prozess eingeplant?

Welche Maßnahmen plant der Senat in 2014/2015 zum Ausgleich der infrastrukturellen Mängel in Regionen mit besonderem Handlungsbedarf? Bitte den besonderen Handlungsbedarf jeweils erläutern.

Welche bisher unterfinanzierten Projekte sollen in 2014/15 aufgestockt werden? Bitte finanziell unterlegen.

Frage Nr. 120, Piratenfraktion

Bitte eine Aufschlüsselung der Projekte samt Zuwendungsbeträgen im Infrastrukturprogramm Stadtteilzentren (IFP StZ). Bitte aktuellen Sachstand zur Finanzierung der „Stadtteilzentren“ über EFRE-Mittel.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 684 92 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) –

Frage Nr. 121, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welcher Höhe werden Zuschüsse aus ESF-Mitteln der neuen Förderperiode geplant?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass Frage Nr. 121 im Rahmen des schriftlichen Berichts zu Frage Nr. 7 beantwortet werde.

Titel 684 97 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2007-2013) –

Frage Nr. 122, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welcher Höhe werden Zuschüsse aus EFRE-Mitteln der neuen Förderperiode geplant? Welche Maßnahmen laufen aus bzw. was wird aus dem Programm Zukunftsinitiative Stadtteil?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass diese Frage ebenfalls in dem schriftlichen Bericht zu Frage Nr. 7 beantwortet werde.

Titel 893 42 – Pauschalförderung nach Landesfördergesetz –

Frage Nr. 123, Fraktion Die Linke

Wie ist der Stand der Angebote von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen in den Bezirken und wie viele Plätze kommen 2013 dazu? Welche Bedarfe gibt es wo und werden die zu erwartende 1.949 Plätze diese decken?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass auch diese Frage in dem schriftlichen Bericht zu Frage Nr. 7 beantwortet werde.

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Leitung der Behörde und Service –

Frage Nr. 124, Piratenfraktion

Welche Bereiche des LAGeSo sollen um wie viele neue Mitarbeiter_innen aufgestockt werden? Bitte Organigramm mit Stellenanzahl der einzelnen Referate hereinreichen. Bitte die Zielvereinbarungen zwischen dem Senator für Gesundheit und Soziales und dem Präsidenten des LAGeSo für 2012 und 2013 hereinreichen. Bitte zudem den schriftlichen Bericht über die Umsetzung der Zielvereinbarung 2012 hereinreichen.

Franz Allert (LAGeSo) sagt zu, das Organigramm, ergänzt um die Namen der Referatsleitungen etc., einzureichen. Die Fragen nach der Zielvereinbarung und dem zusätzlichen Personal würden im Rahmen des Gesamtberichts beantwortet. Zusätzliches Personal werde es in erster Linie im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von asylsuchenden Menschen und im Rahmen der Pauschalen Minderausgabe geben. Schwerpunkte müssten noch gesetzt werden. Zu Einsparungen im Jahr 2015 könne er sich erst im Jahr 2014 äußern. Es bleibe abzuwarten, in welchem Umfang Personalmittel eingespart würden, beispielsweise durch vorzeitiges Ausscheiden von Personen durch Krankheit. Die Schwerpunkte, die gesetzt würden, würden auch im Unterausschuss PHPW besprochen, für den diese Informationen aufbereitet würden. Das Einverständnis des Ausschusses vorausgesetzt, würde dies in dieser Vorlage erläutert.

Elke Breitenbach (LINKE) teilt mit, dass alle Fraktionen einen Brief der Beschäftigten des LAGeSo erhalten hätten. Sie bitte, das Thema Befristung in den Bericht zu integrieren.

Franz Allert (LAGeSo) antwortet, dass es dabei um den Bedarf insbesondere im Bereich der Asylbewerberleistungsstelle gehe; das Thema werde dort Bestandteil sein.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 462 01 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Frage Nr. 125, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche Personalstellen und/oder Aufgaben fallen künftig weg?

Frage Nr. 125, Piratenfraktion

Bitte erläutern.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Antwort zu Frage Nr. 125 im schriftlichen Bericht zu Frage Nr. 124 enthalten sein werde.

Titel 526 01 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Frage Nr. 126, Piratenfraktion

Bitte eine Aufschlüsselung, um welche Verfahren es sich inhaltlich und in welcher Anzahl handelt.

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, im Jahr 2012 habe es 2 579 Klagen im Rahmen des Feststellungsverfahrens nach dem SGB IX, also der Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft, gegeben. Gegenüber dem Vorjahr 2011 sei ein leichter Aufwuchs zu verzeichnen gewesen. Die Klagen umfassten Berufungs- und Revisionsverfahren. Darüber hinaus habe es 135 Klagen im Sozialen Entschädigungsrecht gegeben und 2 241 Klagen im Schwerbehindertenklageverfahren. In 820 Fällen, das seien 35 Prozent der Verfahren, hätte das LAGeSo die Kosten tragen müssen. Diese Fälle bestimmten die Höhe des Titels.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 531 01 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 127, Fraktion Die Linke

Auflistung der barrierefreien Veröffentlichungen in 2012/2013, mit finanzieller Unterstützung. Welche barrierefreie Veröffentlichungen, z.B. in leichter Sprache, Brailleschrift, barrierefreier Internetzugang, sind in 2013/2014 geplant?

Franz Allert (LAGeSo) berichtet, dass alle Merkblätter, die das LAGeSo herausgebe, optisch barrierefrei seien. Der Internetauftritt sei auch barrierefrei, wenngleich vielleicht nicht völlig auszuschließen sei, dass ggf. irgendwo noch etwas übersehen worden sei. Zusätzliche Kosten seien dabei nicht entstanden. Hingegen seien Kosten beim Jahresbericht entstanden, der vom Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin – ABSV – mittels einer Audioversion barrierefrei erstellt worden sei, zum Selbstkostenpreis von 255,45 Euro. Das gleiche mache der ABSV seit Jahren auch für den Ratgeber für Behinderte, der sich durch die Werbung finanziere. Die Hörversion koste 386 Euro. Die genannten Größenordnungen gälten auch für die Jahre 2013 bis 2015. Der Berliner Ratgeber für Menschen mit Behinderung werde in der kommenden Auflage, voraussichtlich Ende Oktober 2013, in leichter Sprache erscheinen.

Dies verursache keine weiteren Kosten für das LAGeSo, weil es über ein Modellprojekt laufe, welches ggf. auch für andere Publikationen übernommen werde.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 128, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte ausführlicher den Aufwuchs begründen.

Frage Nr. 128, Fraktion Die Linke

Genauere Erläuterung der Mehrkosten, mit finanzieller Unterlegung, die zu dem erhöhten Ansatz führen.

Frage Nr. 128, Piratenfraktion

Für welche Dienstleistungen sind die Mittel konkret geplant? Welche externen Beratungsdienstleistungen sind in welcher Mittelhöhe geplant? Warum steigt der Ansatz deutlich?

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, der Ansatz enthalte eine Reihe kleinerer Positionen wie die Wartung der Brieföffnermaschine etc., aber auch eine größere Position von 70 000 Euro für Postdienstleistungen, also für die Fahrten zwischen den einzelnen Dienststandorten. Diese sollten künftig extern vorgenommen werden. Perspektivisch müsse die eine oder andere Stelle eingespart werden; dies solle in diesem Bereich geschehen.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, ob die Postdienstleistung von jeder Einrichtung selbst geregelt oder ob dies zentral organisiert werde. Für die Abteilung I, Gesundheit, seien beispielsweise bereits mehr Mittel für die Postdienstleistungen eingestellt worden.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) stellt klar, dass sich dies auf den Dienstleistungstitel beziehe, der ca. 5 000 Euro für Kurierdienste u. a. umfasse. Beim LAGeSo betreffe dies eine andere Größenordnung. Dort existierten unterschiedliche Dienststandorte, zu denen die Akten etc. befördert werden müssten.

Martin Beck (GRÜNE) verweist auf die Erläuterung zu diesem Titel im Haushaltsplanentwurf. Verschiedene Dienstleistungen seien im Rahmen der Personalentwicklung durch externe Berater geplant; es gehe also um Personaleinsparungen. Wenn künftig 70 000 Euro dafür bezahlt würden: Wie hoch seien bislang die Personalmitteln gewesen?

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, dass derzeit weitaus mehr Personalmittel dafür verwendet würden, da mehr Menschen in der Poststelle beschäftigt seien. Wie viele dies seien, könne er ad hoc nicht sagen. Darüber hinaus würde künftig auch ein Dienstfahrzeug wegfallen. Wenn der Fahrer ausscheiden würde, würden die Mittel eingespart werden. Er werde aber im Rahmen einer Personalentwicklungsmaßnahme perspektivisch woanders eingesetzt, die Stelle werde nicht mehr nachbesetzt. Damit würden hier Mittel eingespart, die den Ansatz von 70 000 Euro deutlich überschreiten würden.

Martin Beck (GRÜNE) bittet darum, dass der genaue Betrag, der eingespart werde, nachgeliefert werde.

Franz Allert (LAGeSo) sagt zu, mündlich darüber zu berichten.

Alexander Spies (PIRATEN) macht darauf aufmerksam, dass der Ansatz um mehr als 70 000 Euro steige. Wie erklärten sich die weiteren Mehrausgaben von 40 000 Euro?

Franz Allert (LAGeSo) antwortet, dass sich die Differenz von 40 320 Euro auf den Akten-transport im Schwerbehindertenanerkennungsverfahren beziehe. Dieser koste monatlich 3 360 Euro.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

**Titel 684 06 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –
Zu Erläuterung Nr. 2a:**

Frage Nr. 129, Fraktion Die Linke

Zu 2.a) Auflistung der Maßnahmen/Projekte in 2012/2013, mit finanzieller Unterlegung. Welche Maßnahmen sind in 2014/2015 geplant, mit finanzieller Unterlegung.

Fragen Nrn. 129, 130 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 2a) Modellvorhaben

Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung der bisherigen Tätigkeiten und Finanzierung. Nach welchen Kriterien und durch wen werden diese niedrigschwelligen Angebote ausgewählt und gefördert (bitte Übersicht, welche Maßnahmen bisher gefördert wurden und welche zukünftig gefördert werden sollen)?

Zu Erläuterung Nr. 2b:

Frage Nr. 129, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu 2. b) Selbsthilfegruppen

Frage Nr. 129, Fraktion Die Linke

Auflistung der konkreten Maßnahmen in 2014/2015, mit finanzieller Unterlegung.

Frage Nr. 130, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

In welcher Höhe sollen aus diesem Titel Leistungen rund um Pflege-WGs und insbesondere für Menschen mit Demenz finanziert werden:

Beratung von potentiell Interessierten, von Betroffenen, Angehörigen, gesetzlichen Betreuer. Beratung von Akteuren im Pflegebereich. Beratung von Leistungsanbie-

tern. Beratung von Arbeitskräften mit Einsatz in Wohngemeinschaften. Beratung und Begleitung von Angehörigengremien. Politikberatung.

Zu 2b) Nach welchen Kriterien und durch wen werden derartige Strukturen ausgewählt (bitte Konzept beschreiben und Organisationen aufschreiben, die hieraus gefördert werden sollen)? Inwieweit findet eine Koordinierung mit anderen Selbsthilfestrukturen und den Stadtteilzentren statt?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass ein schriftlicher Bericht zu den Fragen Nrn. 129 und 130 erstellt werden solle.

Kostenträger 79140 – Monozentrische klinische Prüfung –

Frage Nr. 131, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum ist der Kostendeckungsgrad in 2012 gesunken?

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, die Kosten- und Leistungsrechnung ermögliche es, die tatsächlichen Kosten im Bereich der Ethikkommission zu ermitteln und die Entwicklung des Deckungsgrads in den unterschiedlichen Bereichen zu beobachten. Insgesamt liege der Deckungsgrad im Jahr 2012 bei etwas über 100 Prozent. Bei einer Unterdeckung, wie im Jahr 2011, würden die Gebühren für die klinischen Prüfungen angepasst.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Gesundheit –

Titel 111 50 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitswesen – Zu Erläuterung Nr. 8:

Frage Nr. 132, Piratenfraktion

Warum halbieren sich die prognostizierten Einnahmen 2014/2015 trotz deutlich steigender Antragszahlen? Wie viele Tierversuche wurden 2012 in welchen Einrichtungen durchgeführt?

Wie viele Kontrollen hat das LAGeSo 2012 bei Tierversuchseinrichtungen durchgeführt, welche Missstände hat es dabei festgestellt und mit welchen Folgen für die jeweilige Einrichtung?

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, dass sich die Ansatzbildung an den Ist-Einnahmen 2012 orientiere. Die Zahl der Tierversuche sei kein Indikator dafür, da nur ca. 2 bis 4 Prozent der Genehmigungen gebührenpflichtig seien. Die übrigen Tierversuche fänden in der Mehrzahl in Einrichtungen des Landes Berlin statt bzw. in Einrichtungen, die durch die Gebührenordnung von der Zahlung von Gebühren befreit seien. – Mit Datum vom 2. Januar 2013 habe es, rückwirkend festgestellt, 1 445 laufende Tierversuchsvorhaben gegeben. Nicht jedes Vorhaben, das genehmigt worden sei, finde auch statt, es könne nur im Nachhinein die Zahl der laufenden Vorhaben benannt werden. Zum Stichtag 23. Juli 2013 habe es 1 647 laufende Tierversuche gegeben.

suchsvorhaben in insgesamt 35 Einrichtungen gegeben. Im Jahr 2012 seien 88 Vorhaben kontrolliert worden. Es gebe 30 Tierversuchseinrichtungen, die Tierhaltungen hätten.

Simon Kowalewski (PIRATEN) bittet um eine Liste der Einrichtungen, die von den Gebühren befreit seien nebst Begründung der Befreiung.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, dass eine Gebührenbefreiung möglich sei, wenn die im Gebührengesetz definierten Voraussetzungen vorlägen.

Alexander Spies (PIRATEN) bittet um Auskunft, ob bei den Kontrollen Missstände festgestellt worden seien.

Franz Allert (LAGeSo) berichtet, dass ein paar kleinere Missstände im Jahr 2012 festgestellt worden seien, die jedoch sofort abgestellt worden seien. In keinem der Fälle sei es zu einem Ordnungswidrigkeitenverfahren mit Bußgeld gekommen, es sei auch keine Anordnung erlassen worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 112 01 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Frage Nr. 133, Piratenfraktion

Einnahmen und Verfahren 2012 bitte aufschlüsseln und Einnahmeentwicklung 2013 erläutern.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, es seien 20 Verstöße gegen das Apothekengesetz und die Apothekenbetriebsverordnung mit rd. 24 000 Euro Geldbußen geahndet worden. Fünf Fälle mit einer Geldbuße von insgesamt 897 Euro seien im Bereich Tierschutzgesetz und Tierseuchengesetz geahndet worden. Seine vorherige Aussage, es habe keine Verstöße gegeben, sei korrekt, da diese Fälle aus dem Vorjahr stammten, die erst später abgeschlossen worden seien. Eine weitere Geldbuße sei wegen Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz und das Betäubungsmittelgesetz verhängt worden. Bei der Ansatzbildung würden die Durchschnittswerte der Einnahmen, in diesem Falle 2009/2012, zugrunde gelegt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 281 01 – Ersatz von Ausgaben –, Titel 281 07 – Ersatz von Personalausgaben –

Frage Nr. 134, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte den Sachverhalt im Zusammenhalt mit den Bezirken erläutern.

Franz Allert (LAGeSo) erklärt, dass das LAGeSo die Aufgabe übernommen habe, für alle Bezirke die Beschaffung, Erneuerung, Wartung etc. verschiedener IT-Verfahren zu übernehmen. Die Bezirke teilten sich die Ausgaben und erstatteten sie an das LAGeSo. Die dafür eingesetzte Stelle beim LAGeSo werde haushaltsneutral durch die Bezirke gegenfinanziert. Die

Ausgaben fänden sich für die Personalstelle in der Hauptgruppe 4, ansonsten bei Titel 540 85 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IuK-Technik –.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 514 26 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke –

Frage Nr. 135, Piratenfraktion

Bitte erläutern. Wo sollen die Kinder geimpft werden? Warum wird nicht stattdessen der entsprechende Titel bei den Bezirken erhöht?

Franz Allert (LAGeSo) stellt klar, dass es sich hierbei allein um Kosten für die Impfstoffbeschaffung handele. Die Mittel seien ansonsten bei den Bezirken angesiedelt und würden, so sie höher ausfielen, im Rahmen der Basiskorrektur stets zur Verfügung gestellt. Bei zusätzlichen Impfmitteln, die notwendig geworden seien, hätten die Bezirke nicht auf die Basiskorrektur warten wollen. Das LAGeSo sei daher dazu übergegangen, abgesprochen mit SenFin und den Bezirken, 100 000 Euro einzustellen und auf die einzelnen Bezirke, entsprechend deren Anmeldungen, aufzuteilen, um eine umfassende Durchimpfung sicherzustellen. Mit diesem Verfahren sei im Jahr 2013 begonnen worden. Die Mittel seien beim LAGeSo veranschlagt und würden den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 136, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Womit sind die geplanten hohen Ausgaben zu rechtfertigen? Wir bitten um Aufstellung der Ausgaben in 2012 und 2013 für die jeweils genannten Kostenpunkte (Ist 2012 25.900 € und Ist 30.06.2013: 12.796 €)

Frage Nr. 136, Piratenfraktion

Warum ist das Ist 2012 so niedrig? Wie ist das aktuelle Ist 2013? Warum wurde Ansatz des Titels ab 2014 nicht stärker nach unten angepasst?

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, der Ansatz habe sich reduziert, weil die anlassbezogenen Trinkwasseruntersuchungen und die anlassbezogenen Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Infektionsschutzgesetz im Jahr 2012 nicht erfolgt seien. – 10 000 Euro seien eingespart worden, weil das LAGeSo noch kein eigenes Geoinformationssystem angeschafft habe, sondern die Daten der Umweltverwaltung genutzt habe, um die von der EU vorgeschriebenen Badegewässerprofile zu erstellen. Die ausgeschriebene Fortschreibung der Badegewässerprofile sei zudem bei der Abrechnung günstiger ausgefallen als erwartet. Durch den Einsatz einer beim LAGeSo für zwei Jahr befristet angestellten Person, die diese Arbeit qualifiziert begleitet habe, seien ebenfalls Einsparungen erzielt worden. Hierdurch seien rd. 22 000 Euro eingespart worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –

Titel 111 74 – Entgelte für die Inanspruchnahme des besonderen Fahrdienstes –

Frage Nr. 137, Piratenfraktion

Geht der Senat davon aus, dass die Zahl durchgeführter Beförderungen des SFD zurückgehen wird? Bei gleichbleibender Zahl müsste der Ansatz höher ausfallen, da sich die künftig an den Fahrdienstbetreiber zu zahlenden Entgelte gegenüber dem Ist in 2012 erhöhen (siehe S.156 Kapitel 1164, Titel 54010). Bitte erläutern.

Franz Allert (LAGeSo) verweist auf den neu abgeschlossenen Vertrag, womit die Fahrten in bisheriger Höhe gesichert worden seien. Die Ansätze für den besonderen Fahrdienst wie auch für die Taxikosten hätten sich nicht erhöhten, da sie in den vergangenen Jahren nicht vollständig ausgeschöpft worden seien. In den Sommermonaten bestehe nicht die Nachfrage, die ursprünglich prognostiziert worden sei. Die Zahlen der ersten sieben Monate des Jahres 2013 zeugten davon, dass es wiederum zu keiner höheren Inanspruchnahme als im Vorjahr komme. Man gehe daher davon aus, dass ohne Einschränkung des Umfangs der Fahrdienstleistungen die Mittel dafür ausreichen würden und alles wie bislang gesichert sei, nur zu etwas besseren Konditionen. – Ein Konzept für den nächsten Vertrag bestehe noch nicht.

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht einen Bericht zu allen Fragen des Sonderfahrdienstes.

Alexander Spies (PIRATEN) schließt sich dieser Bitte an. Wenn sich die Entgelte erhöhten, müsste sich eigentlich auch der Ansatz erhöhen.

Franz Allert (LAGeSo) wiederholt, dass der Ansatz bislang nicht ausgenutzt worden sei. Daraus habe sich ein Spielraum ergeben.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) weist darauf hin, dass ein neues Konzept, das die EU-Behindertenrechtskonvention und ggf. ganz andere Verzahnungen mit Mobilitätshilfediensten oder mit dem ÖPNV berücksichtige, von Interesse sei. Welche finanziellen Größenordnungen seien im Gespräch gewesen, als mit der BVG über eine Übernahme des SFD verhandelt worden sei? Welche finanziellen Auswirkungen hätte eine neue Struktur des SFD für 2015?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle, der die Antworten der Fragen Nrn. 137, 140 und 143 umfasse.

Titel 119 18 – Rückflüsse auf Entschädigungen an Opfer aus SED-Unrecht –

Frage Nr. 138, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Warum werden diese Rückflüsse nicht höher angesetzt (Ist 2012: 329.132 €; Ist 30.06.2013: 302.682 €)

Franz Allert (LAGeSo) berichtet, dass es im Jahr 2011 erstmals datentechnisch möglich gewesen sei, mit dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten einen Datenab-

gleich für die Rentenzahlfälle vorzunehmen. In einer ganzen Reihe von Fällen sei Berlin nicht mehr für die Anspruchsberechtigten zuständig, resultierend aus den Umzügen der Betroffenen. Diese Fälle seien aufgearbeitet worden. Im Jahr 2012 seien besonders hohe Einnahmen zu verzeichnen gewesen; für das Jahr 2013 gelte dies ebenso. Zum 30. Juni 2013 beliefen sich die Einnahmen bereits auf 302 000 Euro. Danach werde sich wieder das normale Niveau einstellen. Aus den Ansätzen der Jahre 2009 bis 2011 sei ein Mittelwert gebildet worden, der fortgeschrieben worden sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 526 10 – Gutachten –

Frage Nr. 139, Fraktion Die Linke

Wie hat sich die Dauer der Antragsbewilligung eines Schwerbehindertenausweises in den letzten beiden Jahren entwickelt?

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, im Jahr 2011 habe die Bearbeitung von Anträgen auf Erstfeststellung 152 Tage, im Jahr 2012 160 Tage gedauert. Bei den Anträgen auf Neufeststellung seien es 185 Tage im Jahr 2011 bzw. 190 Tage im Jahr 2012 gewesen. Im Jahr 2010 habe die Bearbeitungsdauer bei der Erstfeststellung 173 Tage, bei der Neufeststellung 214 Tage in Anspruch genommen. Trotz der Umstellung auf das neue Verfahren im Jahr 2012 sei man also deutlich unter den Werten des Jahres 2010 geblieben. Das Jahr 2013 werde das erste richtige Referenzjahr sein. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die rote Nummer 0890.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 140, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um Erläuterung der Erhöhung und Darstellung des Zeitplans und der Überlegungen des Konzepts der neuen Vergabe ab 2015? Wir bitten um einen Bericht über die Inanspruchnahme der Sonderfahrdienste in 2012 und 2013. Welche Fallzahlentwicklung hat in den letzten vier Jahren stattgefunden?

Frage Nr. 140, Fraktion Die Linke

Bericht über die Ergebnisse der Neuausschreibung. Bericht über die Fahrdienstleistungen des Sonderfahrdienstes in 2013 (Entwicklung der Nutzerzahlen, Anzahl der Beschwerden, Einsatz von Treppenhilfen, Anzahl der doppelt besetzten Busse die in der Regel täglich im Einsatz sind). Welche Leistungserweiterungen oder Leistungsänderungen sind in 2013/2014/2015 konkret geplant, mit welcher finanziellen Unterlegung? Konkrete Erläuterung über die geplante Erhöhung der Entgelte an den Fahrdienstbetreiber, mit finanzieller Unterlegung. Ist gesichert, dass alle eingesetzten Fahrer und Beifahrer zumindest den Mindestlohn erhalten? Wenn nein, wie hoch ist die Differenz und warum?

Frage Nr. 140, Piratenfraktion

Seit dem 1. Juli 2013 gilt ein neuer Vertrag mit dem alten Betreiber Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Taxibesitzer eG (WBT), der erstmals einen Mindestlohn für Fahrer_innen und Assistent_innen und Verbesserungen des Angebots vorsieht, die zu Mehrausgaben führen. Da der Ansatz nicht erhöht wird, ist die Frage, ob Mehrausgaben allein von den Nutzer_innen des SFD getragen werden oder durch eine Reduzierung der Zahl durchgeführter Beförderungen kompensiert werden sollen? Bitte den neuen Vertrag hereinreichen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass zu den Fragen 137, 140 und 143 ein schriftlicher Bericht vorgelegt werde.

Titel 681 26 – Leistungen wegen Impfschäden –

Frage Nr. 141, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte Erläuterung des Sachverhaltes und Begründung des Anstiegs?

Franz Allert (LAGeSo) verweist auf die Erläuterungen zu dem Titel. Die Fallzahlen seien nicht sonderlich gestiegen. Der Anstieg erkläre sich durch die Rentenerhöhungen – hier würden seit Jahren 2,5 Prozent eingerechnet – sowie durch steigende Kosten im Zusammenhang mit der Heil- und Krankenbehandlung, hier würden 1,6 Prozent eingerechnet. Auch in diesem Jahr werde der Titel wohl ausgeschöpft; am 31. Juli 2013 sei man bereits bei 3,5 Mio. Euro angelangt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage sich damit erledigt habe.

Titel 681 33 – Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten –

Frage Nr. 142, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Fallzahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, die Fallzahlen hätten im Jahr 2008 bei 1 425, im Jahr 2009 bei 1 451, im Jahr 2010 bei 1 494, im Jahr 2011 bei 1 513 und im Jahr 2012 bei 1 541 gelegen. Derzeit seien es 1 542.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage erledigt sei.

Titel 684 74 – Taxikostenerstattung im Rahmen des besonderen Fahrdienstes –

Frage Nr. 143, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Womit sind die geplanten hohen Ausgaben zu erklären (Ist 30.06.2013: 481.468 €)?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass SenGesSoz zu den Fragen 137, 140 und 143 einen schriftlichen Bericht liefere.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Frage Nr. 144, Piratenfraktion

Bitte die Rahmenvereinbarung zur Vermittlung von Unterbringungsplätzen der BUL im Auftrag der Bezirke und der ZAA sowie ZLA hereinreichen. Bitte eine Übersicht der in der Buchungssoftware der BUL erfassten und auswertbaren Daten hereinreichen.

Franz Allert (LAGeSo) erkundigt sich, ob die neue oder die alte, gekündigte Rahmenvereinbarung gemeint sei. Die neue Rahmenvereinbarung werde ab nächstem Jahr gelten. Es bestehe allerdings noch Gesprächsbedarf zwischen den Bezirken und dem LAGeSo. Zur nächsten Besprechung werde er die neue Vereinbarung nicht einreichen können. Die alte Vereinbarung werde hingegen künftig keine Bedeutung mehr haben. Könne er den Ausschuss dazu, als Bericht zugesagt, auch außerhalb der Haushaltsberatungen informieren, zumal das Thema keine finanziellen Auswirkungen habe?

Alexander Spies (PIRATEN) bittet darum, beide Vereinbarungen zu erhalten, um sie vergleichen zu können. Ein späteres Einreichen sei möglich.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein entsprechender schriftlicher Bericht eingereicht werde.

Titel 111 98 – Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch- –

Frage Nr. 145, Piratenfraktion

Bitte die konkreten Maßnahmen nachvollziehbar und finanziell unterlegt auflisten, für welche die Einnahmen aus der Ausgleichsgabe 2012 und 2013 verwendet wurden.

Franz Allert (LAGeSo) verweist auf den Zweckbindungsvermerk zum genannten Titel. Dort sei die Aufteilung sämtlicher Einnahmen dargestellt und wie sie für die Jahre 2014 und 2015 verwendet würden. Dies sei so auch in den bisherigen Plänen enthalten.

Alexander Spies (PIRATEN) bittet um eine nachvollziehbare Aufstellung der Maßnahmengruppen und was davon verwendet worden sei.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, dass es sich um folgende Bereiche handele: Arbeitsplatzbeschaffung, behindertengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes, Gebühren Berufsausbildung, Leistungen bei außergewöhnlichen Belastungen, Hilfe zum Erreichen des Arbeitsplatzes usw. Diese Auflistung werde als Bericht eingereicht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht eingereicht werde.

Titel 111 98 – Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch –

Frage Nr. 146, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Inwieweit ist der Senat bemüht, Anreize zu setzen, damit mehr schwerbehinderte Menschen beschäftigt werden?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist darauf, dass Berlin das einzige Bundesland sei, in dem die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten gestiegen sei. Bundesweit sei sie gesunken, in Berlin gestiegen, auch dank des Landessonderprogramms Schwerbehinderten-Joboffensive – SchwoB –. Er empfehle die Lektüre des Berichts des LAGeSo, der umfänglich über die Maßnahmen des Landes informiere.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage erledigt sei.

Titel 893 98 – Leistungen an schwerbehinderte Menschen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch –, in Verbindung mit MG 01, Titel 111 98 – Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch –

Frage Nr. 147, Fraktion Die Linke

b) Finanzierung von Modellvorhaben. Leistungen an Sozialversicherungsträger Bericht über das geplante Modellvorhaben, mit finanzieller Unterstützung.

Elke Breitenbach (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass in der Synopse der Verweis auf Seite 186 des Haushaltsplanentwurfs fehle.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, dass es sich bei dem geplanten Modellvorhaben um die Unternehmensberatung Inklusion handele, ein Projekt der Fortbildungsakademie der Wirtschaft. Dieses zielen darauf ab, die Beschäftigungssituation insofern zu verbessern, dass die leistungsgewandelten Mitarbeiter auf den vorhandenen Arbeitsplätzen bleiben könnten. Dafür müssten die Wünsche und Notwendigkeiten der Mitarbeiter aufgenommen werden. Gemeinsam mit dem Arbeitgeber müsse dann geklärt werden, wie die Arbeitsplatzgestaltung verändert werden müsse, um den Arbeitsplatz zu sichern. Dies werde mit einer Zielvereinbarung begleitet: 60 Beratungen pro Berater im Jahr, mindestens 90 Betriebe müssten beraten werden, 8 Netzwerktreffen mit Kooperationspartnern wie die Agenturen für Arbeit, Jobcenter, die Rentenversicherung, Unfallkasse, Berufsschulen sollten erfolgen, Runde Tische sollten den Unternehmen die Möglichkeiten und Chancen verdeutlichen, den diesen neue Dienst bieten. Zielgruppen seien Klein- und Kleinstbetriebe, die bislang wenig mit dem Thema zu tun hätten, wie auch mittelständische Unternehmen, die eine Stütze bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen darstellten. Diesen Betrieben solle geholfen werden, Arbeitsplätze zu sichern.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt nach Projektbeginn, Laufzeit und Kosten.

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, dass das Projekt bereits begonnen habe und bis zum Jahr 2015 laufe. Über die Jahre verteilt werde es rd. 1,72 Mio. Euro kosten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage Nr. 147 im Rahmen des schriftlichen Berichts zu Frage Nr. 145 berücksichtigt werde.

Titel 540 10 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 148, Piratenfraktion

Bitte erläutern: Welche externe Stelle führt die Prüfungen durch, zahlenmäßige Entwicklung der überprüften Betriebskostenabrechnungen in den Jahren seit 2010 etc.

Franz Allert (LAGeSo) erklärt, dass das Büro für stadtteilteilnahe Sozialplanung die Betriebskostenabrechnung durchführe. – Im Jahr 2010 hätten 214 Beratungen stattgefunden, im Jahr 2011 146 Beratungen, im Jahr 2012 162.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die sich die Frage erledigt habe.

Titel 671 22 – Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbaugesellschaften –

Frage Nr. 149, Fraktion Die Linke

Bericht über die Entwicklung des geschützten Marktsegments in den letzten 2 Jahren. Wie viele Wohnungslose konnten in entsprechenden Wohnungen untergebracht werden (Auflistung nach Männern und Frauen)? Konnte der Bedarf gedeckt werden? Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Anzahl der Wohnungen im geschützten Marktsegment zu erhöhen? Plant der Senat eine Änderung des Kooperationsvertrages mit den Wohnungsunternehmen zur Unterbringung von Asylbewerber/-innen, mit dem Ziel, die vereinbarte Anzahl der Wohnungen zu erhöhen? Welche Schritte wurden eingeleitet/sind geplant, um zukünftig eine reibungslose Umsetzung des Kooperationsvertrages zu gewährleisten? Welche weiteren Maßnahmen plant der Senat um ausreichend Wohnungen für Asylbewerber/-innen zu Verfügung zu stellen?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, dass im Jahr 2011 1 025, im Jahr 2012 1 109, bis zum 15. August 2013 681 Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte mit Wohnraum versorgt worden seien. Eine Aufschlüsselung nach Männern und Frauen sei nicht dokumentiert. Der Bedarf habe nicht gedeckt werden können. Seit Januar liege er, über das Jahr hinweg gesehen, relativ konstant bei über 1 350 Haushalten. Die Anzahl der aktuell gemeldeten Vermittlungsberechtigten beziehe sich stichtagsbezogen jeweils auf den ersten eines jeden Monats und werde bei den Fachstellen in den Bezirken abgefragt. – Trotz regelmäßiger Intervention von SenGesSoz werde die vertraglich vereinbarte Wohnungsquote von den Wohnungsunternehmen seit Jahren nicht in vollem Umfang erbracht. Angesichts der angespannten Lage am Berliner Wohnungsmarkt erscheine eine Erhöhung der Quote als nicht realistisch. Wichtiger wäre es, das Vereinbarte umzusetzen. Die Umsetzung verlaufe reibungslos. Vertragliche Veränderungen seien daher schon allein im Hinblick darauf, dass nicht genügend preiswerter Wohnraum zur Verfügung stehe, nicht geplant.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, welche weiteren Maßnahmen geplant seien, um ausreichend Wohnraum für Asylbewerberinnen und -bewerber zur Verfügung zu stellen.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) antwortet, dass erst einmal keine weiteren Maßnahmen geplant seien. Weiterhin würden Gespräche mit den Vertragspartnern geführt, auch die private Wohnungswirtschaft sei aufgefordert worden, mit SenGesSoz in Gespräche einzutreten. Sachverhalte wie die Bereitstellung von Kauttionen etc. seien erläutert worden. Die Informationen seien bei allen vorhanden. Da die Marktlage angespannt sei, gebe es im geschützten Segment derzeit kein ausreichender Wohnraum. Die Zahl der Menschen, die in Wohnungen untergebracht seien, steige aber.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um Erklärung, warum keine geschlechtsspezifische Auflistung existiere. In den letzten Jahren sei die Zahl der wohnungslosen Frauen gestiegen. Um den Bedarf zu erkennen, würden genaue Zahlen benötigt.

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, ihm sei nicht bekannt, ob die Bezirke diese Dokumentation vornehme; im Rahmen der Berichtspflichten sei dies nie eine Fragestellung gewesen. Das LAGeSo stelle den Bezirken die Wohnungen lediglich zur Verfügung, es schließe nicht auch die Mietverträge ab, daher sei nicht bekannt, wer die Wohnung nutze. Wichtig sei, den Bedarf der Ein- und Mehrzimmerwohnungen zu kennen. Wie der Bedarf bei den Frauen aussehe, sei ihm nicht bekannt. Die zwei beim LAGeSo mit dieser Aufgabe betrauten Mitarbeiterinnen versuchten, möglichst viele Wohnungen von den Wohnungsbaugesellschaften zu erhalten.

Elke Breitenbach (LINKE) nimmt die Antwort zur Kenntnis; ggf. werde die Frage noch einmal im Hauptausschuss gestellt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass sich die Frage in diesem Ausschuss erledigt habe.

**Titel 540 98 – Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen aus der
Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch- –**

Frage Nr. 150, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um Aufstellung der Ausgaben in 2012 und 2013 für die jeweils genannten Kostenpunkte. Wie setzen sich die Ausgaben innerhalb des Inklusionspreises zusammen? An welche Zielgruppen richten sich die Maßnahmen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

- Titel 683 98 – Leistungen an private Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe
nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch- – in Verbindung mit MG 01,
Titel 111 98 – Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –
Titel 282 98 – Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach dem
Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –
Titel 683 98 – Leistungen an private Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe
nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –
Titel 892 98 – Leistungen an private Unternehmen für Investitionen aus der
Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- –**

Frage Nr. 151, Fraktion Die Linke

Bericht über das Landessonderprogramm "Schwerbehinderten-Joboffensive Berlin 2010" (SchwoB 2010). Wie viele Arbeits- und Ausbildungsplätze konnten neu geschaffen werden - bitte nach Jahren und getrennt nach Männern und Frauen auflisten)? Wie hoch waren die gezahlten Leistungen? Wie bewertet der Senat das Projekt? Was waren die Gründe dafür, dass das zum Ende Mai 2013 beendet und Projekt nicht verlängert wurde?

Bericht über die Umsetzung des Bundesarbeitsmarktprogramms Initiative Inklusion. Welche Maßnahmen/Projekte hat der Senat in 2012/2013 eingeleitet, mit finanzieller Unterstützung? Wie hoch waren die Zuweisungen des Bundes? Wofür wurden diese Mittel verwendet, mit finanzieller Unterstützung? Wie viele Arbeits- und Ausbildungsplätze konnten in 2012/2013 geschaffen werden, bitte getrennt nach Männern und Frauen ausweisen. Welche Maßnahmen/Projekte plant der Senat in 2014/2015, mit finanzieller Unterstützung?

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht einen schriftlichen Bericht.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass die Frage Nr. 151 im schriftlichen Bericht zu Frage Nr. 145 berücksichtigt werde.

**Titel 671 98 – Kostenersatz aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - – in Verbindung mit MG 01,
Titel 111 98 – Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - –**

Frage Nr. 152, Fraktion Die Linke

Bericht über die geplanten Maßnahmen zu qualitativen und quantitativen Ausbaus des Begleitbereichs der IFD, mit finanzieller Unterlegung

Franz Allert (LAGeSo) führt aus, dass sich folgende Themen hinter den Maßnahmen des Ausbaus der Integrationsfachdienste verbergen würden: Maßnahmen zur unterstützenden Beschäftigung, Job-to-Job, Jobcoaching sowie eine Spezialisierung von Integrationsfachdiensten. Die Vermittlung von schwerbehinderten Menschen dürfe laut Gutachten des Deutschen Vereins rechtlich nicht gefördert werden.

Elke Breitenbach (LINKE) verweist darauf, dass diese Informationen in den Erläuterungen zum Titel enthalten seien. Beziehe sich der Satz „Mehr wegen des qualitativen und quantitativen Ausbaus des Begleitbereichs der IFD“ auf eben jene Erläuterungen?

Franz Allert (LAGeSo) bestätigt dies.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass sich die Frage erledigt habe.

**Titel 892 98 – Leistungen an private Unternehmen für Investitionen aus der
Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - –**

Frage Nr. 153, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

An welchen Projektträger sollen die Ausgaben gehen? Nach welchen Kriterien und durch wen wurde dieser ausgewählt?

Franz Allert (LAGeSo) verweist auf Ziffer d) der Erläuterungen zum Titel. Es handele sich um das Projekt Brauerstraße, Träger: Lebenshilfe gGmbH. In den Jahren 2014 oder 2015 seien keine weiteren Neubauten geplant. Die Mittel bezögen sich auf die Raten für die Jahre 2014 und 2015, Teilbetrag bzw. Restbetrag. Darüber hinaus gebe es keine weiteren Projektträger. Die Integrationsprojekte seien keine Projekte; hiermit seien die 35 Integrationsfirmen bzw. Integrationsabteilungen in Berlin gemeint, bei denen mindestens 25 und höchstens 50 Prozent schwerbehinderte Menschen beschäftigt würden.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) fragt, warum und wie das Projekt ausgewählt worden sei.

Franz Allert (LAGeSo) antwortet, der Träger Lebenshilfe habe sich vor Jahren darum bemüht und einen Antrag gestellt. Die Konditionen seien festgelegt worden, und das Land habe einen entsprechenden Bescheid erteilt.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass sich die Frage erledigt habe.

**Titel 893 98 – Leistungen an schwerbehinderte Menschen aus der
Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch –**

Frage Nr. 154, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir bitten um eine detaillierte Aufschlüsselung der geplanten Ausgaben für die Maßnahmen der begleitenden Hilfe an schwerbehinderte Menschen.

Welche Modellvorhaben sind geplant (bitte unter Angabe von Zielgruppe, Ziel, Zeitraum, Kooperationspartner etc.)?

Franz Allert (LAGeSo) weist darauf hin, dass auch diese Frage im Rahmen des Berichtsauftrags zu Frage Nr. 145 beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt Einvernehmen fest.

MG 02 – Leistungen an Asylbewerber/innen –

Frage Nr. 155, Fraktion Die Linke

Warum orientiert sich der Senat bei der Bedarfsberechnung der Ansätze an der Entwicklung 2012, wenn er mit einer weiterhin steigenden Zahl von Asylsuchenden und stark steigenden Ausgaben rechnet?

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht einen schriftlichen Bericht.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) berichtet, dass der Gesamtansatz für das Haushaltsjahr 2013 33 Mio. Euro betrage.

Elke Breitenbach (LINKE) moniert, dass die Frage offenbar mündlich beantwortet werde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) verweist darauf, dass die Antwort in aller Kürze gegeben werden könne.

Ulker Radziwill (SPD) bittet darum, dass die Antwort auch mündlich vorgetragen werde.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, dass der Gesamtansatz künftig 43 Mio. Euro umfasse, also ein Aufwuchs von 30 Prozent vorgesehen sei, der zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung als auskömmlich angesehen worden sei. Sollte dieses Volumen wider Erwarten nicht ausreichen, müsse dies im Rahmen der Haushaltswirtschaft gelöst werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 636 15 – Nichtstationäre Krankenhaus –

Frage Nr. 156, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Fallzahlen und Einzelfallkosten in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, dass die Entwicklung sehr unterschiedlich ausfalle. Die Zahlen in der stationären als auch ambulanten Krankenhaus seien sehr schwer prognostizierbar. Die Ausgaben hätten im Jahr 2008 bei 358 000 Euro, im Jahr 2012 bei 234 000 Euro gelegen. Dies zeige deutlich, dass die Zugangszahlen keine Rolle spielten. Teuer sei der jeweilige Einzelfall. Im Durchschnitt seien es im Jahr 2008 245 Personen, im Jahr 2012 184 Personen gewesen. Da die einzelnen Kosten für jede Person pro Jahr nicht gesammelt worden seien, könnten nur Durchschnittswerte und Durchschnittseinzelfallkosten ermittelt werden. Die Einzelfallkosten hätten im Jahr 2008 bei 1 461 Euro gelegen, im Jahr 2012 lägen sie bei 1 272 Euro. In der Größenordnung seien sich die Kosten ähnlich, allerdings schwankten auch die Einzelfallkosten, die höchsten hätten bei 1 777 Euro gelegen, die niedrigsten im Jahr 2012 bei 1 272. – Der Ansatz werde gebildet aus dem Durchschnittssatz, er liege für die Jahre 2014/2015 bei je 240 000 Euro.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass sich die Frage erledigt habe.

Titel 636 25 – Stationäre Krankenhaus –

Frage Nr. 157, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Fallzahlen und Einzelfallkosten in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Franz Allert (LAGeSo) bemerkt, dass die Systematik hier dieselbe sei. Im Jahr 2008 hätten die Ausgaben bei 101 000 Euro gelegen, im Jahr 2012 bei 110 000 Euro. Die Einzelfallkosten hätten im Jahr 2008 bei 412 Euro, im Jahr 2012 bei 598 Euro gelegen. Die Fallzahlen hätten sich von 245 auf 184 Personen verringert.

Titel 671 24 – Nichtstationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 158, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie haben sich die Fallzahlen und Einzelfallkosten in den letzten 5 Jahren entwickelt?

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, dass der Titel Pflegeleistungen, ambulante Psychotherapie, Hilfe bei Schwangerschaft u. ä. umfasse, also Leistungen, die nicht im Leistungskatalog enthalten seien. Die Kosten hätten sich erhöht von 106 000 Euro im Jahr 2008 auf 380 000 Euro im Jahr 2012. Die Einzelfallkosten hätten im Jahr 2009 durchschnittlich 140 Euro ausgemacht, im Jahr 2012 105 Euro. Auch hier werde zur Ansatzbildung ein Durchschnittswert herangezogen.

Jasenka Villbrandt (GRÜNE) bittet um Erläuterung des Umstandes, dass die Kosten bei der nichtstationären Krankenhilfe gesunken seien, wohingegen sie bei der stationären Krankenhilfe gestiegen seien.

Franz Allert (LAGeSo) erläutert, dass dies mit den stattgefundenen Geburten zusammenhänge. Bei den Asylbewerbern, die sich weniger als 48 Monate in Berlin aufhielten, würden die Leistungen über das Bezirksamt Pankow mit den Krankenkassen abgerechnet. Die soeben genannten Kosten bezögen sich auf anderweitige Leistungen bzw. auf jene Asylbewerber, die bereits mindestens 48 Monate in der Stadt seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, die Frage sei erledigt.

Titel 671 50 – Bestattungen nach dem SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 159, Piratenfraktion

Gab es bislang keine „Sozialbestattungen“ nach dem SGB XII und AsylbLG im Zuständigkeitsbereich des LAGeSo?

Franz Allert (LAGeSo) bestätigt, dass niemand gestorben sei.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage erledigt sei.

Titel 671 59 – Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 160, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte die Kosten 2012 und 2013 nach Unterbringungsart aufgeschlüsselt darstellen (auch Hotels oder Pensionen!).

Frage Nr. 160, Fraktion Die Linke

Bericht über die Entwicklung der Anzahl der Asylsuchenden und der Entwicklung der Anzahl Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen, Notunterkünften und Gemeinschaftsunterkünften sowie der Kosten. Wie viele Plätze fehlen derzeit für die Unterbringung von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften? Welche Maßnahmen plant der Senat, um ausreichend Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende zu Verfügung zu stellen? Welche Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte und Notaufnahmen sollen saniert und/oder ausgebaut werden? Welches Finanzvolumen soll dafür aufgewendet werden und wo wurde es im Haushalt eingestellt? Wie hoch ist das IST in 2013? Hält der Senat die Ansätze in 2014/2015 für ausreichend um den Bedarf an Unterbringungsplätzen zu decken?

Frage Nr. 160, Piratenfraktion

Von welchen Fallzahlen an unterzubringenden Asylsuchenden geht das LAGeSo bis Ende 2013 sowie Ende 2014 derzeit aus und wie viele Unterbringungskapazitäten müssen bis dahin noch geschaffen werden? Wie hat sich nach Ansicht des Senats das Konzept zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Berlin bewährt? Bitte eine tabellarische, einzelplanübergreifende Übersicht über die Gesamtausgaben im Land Berlin für die Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 (aufgeschlüsselt nach Bezirken und Rechtskreisen).

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, dass sich die Ansätze, die im Haushalt des LAGeSo eingestellt seien, auf die Asylbewerber bezögen, deren Asylverfahren laufe, einschließlich der Zeit von sechs Monaten nach Abschluss des Verfahrens. Danach seien die Bezirke zuständig. Wie sei die Frage der Piratenfraktion nach einer einzelplanübergreifenden Übersicht zu verstehen? Die Angaben zu den Leistungen nach dem SGB XII könne er nicht liefern, da diese die gesamten Sozialausgaben der Bezirke umfassten.

Alexander Spies (PIRATEN) verweist darauf, dass die Formulierung sich auf die Erläuterung des Titels beziehe. Selbstverständlich interessiere sich seine Fraktion auch für die Ausgaben der Bezirke.

Franz Allert (LAGeSo) teilt mit, dass er die Angaben zu den Bezirken nicht leisten könne.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers hält fest, dass ein schriftlicher Bericht eingereicht werden solle.

**Titel 681 07 – Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII
und AsylbLG –**

Frage Nr. 161, Fraktion Die Linke

Nach welchen Kriterien wird über die Übernahme einer Mietgarantie entschieden? Werden unbefristete Mietgarantien in Fällen einer Aufenthaltsgestattung- die in der

Regel 6 Monate beträgt und verlängert wird, wenn das Asylverfahren andauert-übernommen? Wenn nein, in wie vielen dieser Fälle wurden die Mietüberkosten nicht übernommen und wie viele Menschen mussten dadurch weiter in einer Gemeinschaftsunterkunft bleiben?

Frage Nr. 161, Piratenfraktion

Bitte eine tabellarische, einzelplanübergreifende Übersicht über die Gesamtausgaben im Land Berlin für die Laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 (aufgeschlüsselt nach Bezirken, Rechtskreisen sowie den Bestandteilen Regelleistung und Kosten der Unterkunft).

In welcher Höhe hat das LAGeSo in den Jahren 2012 und 2013 rückwirkend geltend gemachte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2011 im Falle noch nicht bestandskräftiger Bescheide ausgezahlt?

Elke Breitenbach (LINKE) verweist darauf, dass sich die Fragen ihrer Fraktion auf Anfragen des Flüchtlingsrates bezögen.

Franz Allert (LAGeSo) betont, die Wohnaufwendungsverordnung – WAV – bilde die Grundlage für die Übernahme der angemessenen Kosten von Wohnraum. Die Übernahme der Kautions müsse gemäß rechtlicher Vorgabe im Einzelfall geprüft werden. Bislang sei keine Wohnungsvergabe an der Bereitstellung der Mietkaution gescheitert. Diese seien rechtlich gesehen Darlehen und würden auch unter diesem Titel veranschlagt, da sie letztlich wieder vereinnahmt würden. Solange jemand ein bescheinigtes Aufenthaltsrecht habe, werde die Miete übernommen und hierfür eine Mietgarantie erstellt. Das LAGeSo finde in allen Fällen praktikable Lösungen. Problematische Einzelfälle gebe es immer mal wieder, das seien jene, die der Flüchtlingsrat anspreche, auch gegenüber dem LAGeSo. Auch hier bemühe man sich stets um eine Klärung. Im Jahr 2012 seien rd. 550 Personen in Wohnungen untergebracht worden; so viele wie nie in den Vorjahren. Im Jahr 2013 seien bereits rd. 350 Personen mit Wohnungen versorgt worden. Zu den Kriterien: Die Unterbringung in einer Wohnung müsse günstiger als die in einer Gemeinschaftsunterkunft sein; wenn der angemessene Wohnraum gemäß WAV vorliege, sei dies regelmäßig der Fall.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, wie viele Mietkautionen beantragt worden seien.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) informiert, im Jahr 2012 seien es 288 Fälle mit einem Volumen von 254 000 Euro, bis Ende Juli 2013 seien es 170 Fälle mit einem Volumen von 146 000 Euro gewesen.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um Auskunft, wie viele der beantragten Kautions bewilligt worden seien.

Franz Allert (LAGeSo) antwortet, dass alle bewilligt worden seien.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass damit Frage Nr. 161 und Teile von Frage Nr. 165 erledigt seien.

Titel 863 22 – Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 165, Fraktion Die Linke

Wie viele Asylbewerber/innen hatten in 2012/2013 Mietkautionen beantragt und wie vielen wurden sie bewilligt? Wie hoch waren die Kosten für die Mietkautionen? Nach welchen Kriterien werden Mietkautionen bewilligt?

Frage Nr. 165, Piratenfraktion

Bitte Ausgaben in den Jahren 2011 und 2012 nach Rechtskreisen und Rechtsgrundlagen aufschlüsseln.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) antwortet, dass im Jahr 2011 seien 168 Fälle gemäß § 29 SGB XII, 13 Fälle gemäß §§ 37, 38, 42, 73 und 91 SGB XII mit 4 000 Euro bewilligt worden seien. Die bereits genannten 288 Fälle aus dem Jahr 2012 seien gemäß § 29 SGB XII, weitere fünf Fälle gemäß §§ 37, 38, 42, 73 und 91 SGB XII in Höhe von 2 000 Euro bewilligt worden. Die 170 Fälle, die es bis zum 30. Juli 2013 gegeben habe, bezögen sich nur auf den Rechtskreis des § 29 SGB XII.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass Frage Nr. 165 erledigt sei.

Titel 681 30 – Rückkehrförderung –

Frage Nr. 162, Piratenfraktion

Wie hoch waren die Ausgaben in den Jahren 2011, 2012 und 2013 (bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Programmen)?

Auf welche Staatsangehörige und welche Zielländer verteilen sich die Ausgaben im Jahr 2012?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 681 35 – Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 163, Piratenfraktion

Bitte Ausgaben für 2011 und 2012 aufschlüsseln nach Erstaussstattung für Wohnungen, Fahrtkosten für Leistungsberechtigte, Rückkehr- und Weiterreisekosten und Winterbrennstoffhilfe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden solle.

Titel 681 49 – Bekleidung und Wäsche nach SGB XII und AsylbLG –

Frage Nr. 164, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ansatz erscheint zu niedrig (siehe sonstige Begründungen wegen steigender Fallzahlen). Bitte um Begründung des niedrigen Ansatzes.

Franz Allert (LAGeSo) erklärt, dass der Ansatz nicht alleine abhängig sei von der Zahl der Asylsuchenden, sondern auch von dem Grad der Bedürftigkeit, der sehr unterschiedlich sei. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2013 seien 595 000 Euro ausgegeben worden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage damit erledigt sei. Frage Nr. 165 sei bereits im Zusammenhang mit Frage Nr. 161 beantwortet worden.

Kapitel 1169 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Deutsche Dienststelle (WAST) –

Titel 111 05 – Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung –

Frage Nr. 166, Fraktion Die Linke

Warum sind die Ansätze, angesichts des IST in 2012, so niedrig?

Senator Mario Czaja (SenGesSoz) führt aus, dass die Deutsche Dienststelle nach Tarifstelle 1001, Buchstabe c) Nr. 1 des Gebührenverzeichnisses Gebühren für Fotokopien, nach Tarifstelle 1003, Buchstaben a) und b) des Gebührenverzeichnisses Gebühren für schriftliche Auskünfte und Bescheinigungen erhebe. Es sei im Vorhinein nicht bekannt, wie viele Anträge auf Auskunft etc. eingehen würden. Der Titelanatz sei daher auf der Basis von Erfahrungswerten früherer Jahre, trotz des hohen Ist im Jahr 2012, konservativ geschätzt. Das Ist 2012 sei einmalig hoch gewesen. Die Mittel würden vom Bund erstattet. Bei höheren Einnahmen sei die Erstattung des Bundes geringer.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers stellt fest, dass die Frage erledigt sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.